

# KLASSENKAMPF

Magazin für die kommunistische Bewegung



#02 | 05 / 2025 | 5 Euro



## Die Entwicklung des deutschen Imperialismus

Ist der DGB  
alternativlos?

> Seite 34

Nationaler Kurs oder  
Klassenkampf?

> Seite 62

Die Strategie der  
Frauenrevolution

Übersetzung > Seite 88

## Abo

Das Magazin *Klassenkampf* kann beim *Roter Stern Verlag* abonniert werden. Füllt dazu das Kontaktformular auf [roterstern-shop.de/magazin-abo](http://roterstern-shop.de/magazin-abo) aus oder sendet eine Mail an: [verlag@roterstern-shop.de](mailto:verlag@roterstern-shop.de)

## Impressum

Mai 2025

Herausgeber & V.i.S.d.P.:

Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung

Georg-Schwarz-Straße 44, 04177 Leipzig

Redaktionskollektiv von Klassenbildung

[www.klassenbildung.net](http://www.klassenbildung.net) // [magazin@klassenbildung.net](mailto:magazin@klassenbildung.net)

Verlag & Hersteller:

Roter Stern Verlag, Holzstr. 12, 45141 Essen

[www.roterstern-shop.de](http://www.roterstern-shop.de) // [verlag@roterstern-shop.de](mailto:verlag@roterstern-shop.de)

Fragen zur Produktsicherheit an: [info@roterstern-shop.de](mailto:info@roterstern-shop.de)

Druck: MCP Druck



Eigentumsvorbehalt: Diese Postsendung bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem:der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Textes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden.  
Der Rest ist auszuhändigen

# KLASSENKAMPF

| Magazin für die kommunistische Bewegung //

Ausgabe 02 - Mai 2025

# INHALT

## **#00 - Seite 06**

Vorwort

## **#01 - Seite 08**

Die Entwicklung  
des deutschen  
Imperialismus

## **#02 - Seite 34**

Ist der DGB  
alternativlos?

## **#03 - Seite 62**

Nationaler Kurs oder  
Klassenkampf?

## **#04 - Seite 88**

Die Strategie der  
Frauenrevolution  
und die Frage des  
Bündnisses mit  
dem proletarischen  
Mann

Übersetzung aus „Marsist Teori“



## Liebe Leser:innen,

Liebe Leser:innen,

in der vorliegenden Ausgabe widmen wir uns einer Reihe von verschiedenen Themen, die für die aktuelle Entwicklung der Klassenkämpfe in Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

Zuerst analysieren wir im Text „Die Entwicklung des deutschen Imperialismus“ die aktuelle Lage Deutschlands als kapitalistische Großmacht und diskutieren mögliche Entwicklungsszenarien für die nächsten Jahre. Wird sich die BRD als imperialistische Macht weiterhin eher defensiv verhalten, sind ihre Entwicklungsmöglichkeiten durch andere Mächte blockiert oder steht für sie der Sprung zu einer militärischen Großmacht mit samt atomarer Bewaffnung an? Wir untersuchen diese und andere Fragen aufbauend auf einer Darstellung der bisherigen historischen Entwicklung Deutschlands als Großmacht – und widmen uns der Frage, wie die kommunistische und politische Widerstandsbewegung auf die neuen Großmachtpläne der BRD reagieren sollte.

Danach zoomen wir tiefer nach Deutschland rein und beschäftigen uns mit einer spezifischen Frage der innenpolitischen Realität in diesem Land – der Rolle der DGB-Gewerkschaften. Die Haltung zu IG Metall, ver.di und Co. stellt schon seit Jahrzehnten eine Art Gretchenfrage für Kommunist:innen und fortschritt-

liche Aktivist:innen in Deutschland dar: Können wir diese Institutionen nun erobern oder nicht? Wir legen historisch und anhand der konkreten Ausgestaltung des DGB dar, dass diese Frage klar zu verneinen ist. Vielmehr sind die DGB-Gewerkschaften heute ein integraler Bestandteil des deutschen Imperialismus und eines dessen wichtigster Instrumente zur Integration kämpferischer Arbeiter:innen und politischer Aktivist:innen. Trotzdem wäre es falsch, eine Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften rundheraus abzulehnen. Unter welchen Umständen dies ratsam ist und welche Strategie wir ansonsten für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für richtig halten, legen wir im Artikel „Ist der DGB alternativlos?“ dar.

Bis zu den Bundestagswahlen im Februar sahen viele politisch interessierte Menschen die neue Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ im Aufwind, dann ist sie an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Das Phänomen der letzten Jahre, dass politische Kräfte linke Themen mit Nationalismus vermischen oder sich Strömungen der politischen Widerstandsbewegung in kürzester Zeit weit nach rechts entwickeln, bleibt aber aktuell. Diesem Thema widmen wir uns im Artikel „Nationaler Kurs oder Klassenkampf?“. Darin untersuchen wir ebenfalls, wie rechte Bewegungen heute gezielt versuchen, „linke Themen“ aufzugreifen und „Querfronten“ zu in-

itiieren. Was davon zu halten ist, dürfte vielen bereits klar sein – was wir als Kommunist:innen konkret für eine Arbeit dazu entwickeln sollten, diskutieren wir im letzten Abschnitt des Textes.

Nicht zuletzt präsentieren wir auch in dieser Klassenkampf-Ausgabe einen Gastbeitrag, diesmal eine Übersetzung aus dem türkischsprachigen marxistischen Theorieorgan „Marxist Teori“. Thema des Artikels ist „Die Strategie der Frauenrevolution und die Frage des Bündnisses mit dem proletarischen Mann“.

Darin geht es unter anderem um männlich dominierte revolutionäre Programme, das Verhältnis von Feminismus und Antikapitalismus und die „Krise der männlichen Souveränität“, die am Beispiel der politischen Situation in der Türkei und Kurdistan diskutiert wird.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Ausgabe viele konstruktive Diskussionen anregen können und wünschen allen Leser:innen viel Spaß bei der Lektüre!

*Redaktion Klassenkampf*



# **Die Entwicklung des deutschen Imperialismus**

Um die Wende zum 20. Jahrhundert hinkte der deutsche Imperialismus seiner Konkurrenz noch meilenweit hinterher. Dann folgte sein Aufstieg im Rekordtempo. Weder die zeitweise fortgeschrittenste Arbeiter:innenbewegung der Welt noch zwei verlorene Weltkriege konnten ihn seitdem langfristig zu Boden bringen. Heute steht die herrschende Klasse dieses Landes vor neuen Herausforderungen. Den Kampf um die größten Profite und die Macht über die ganze Welt führen derzeit die USA und China. Die europäischen Imperialisten – und mit ihnen auch Deutschland – sehen vor sich die Gefahr, vollständig ins Hintertreffen zu geraten. Die Widersprüche, aus denen das imperialistische Weltsystem besteht, entwickeln sich immer schneller, und der nächste Weltkrieg deutet sich schon am Horizont an.

Die Arbeiter:innenklasse in Deutschland steht diesen Entwicklungen heute noch in großen Teilen hilflos gegenüber. Aber wir werden nicht wie die Schafe zur Schlachtbank gehen. Statt „kriegstüchtig“ für die Imperialisten zu werden, müssen wir verstehen, was um uns herum passiert, und widerstandsfähig werden. Dieser Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, zu analysieren, unter welchen Bedingungen wir heute und morgen leben und kämpfen werden. Von einem kurzen historischen Abriss über die Geschichte des deutschen Imperialismus gehen wir zu jüngeren Entwicklungen über und richten unseren Blick auf die möglichen Entwicklungen der nächsten Jahre. Zum Schluss widmen wir uns kon-

kreter der Frage, wie unsere Antwort als Kommunist:innen und Arbeiter:innen aussehen muss.

## Das imperialistische Weltsystem heute

Die Entwicklung Deutschlands ist ein Bestandteil der Gesamtentwicklung des Imperialismus als Weltsystem. Insofern ist es für unsere Analyse von Bedeutung, wie wir den Imperialismus heute einschätzen und welche Rolle Deutschland darin spielt.

Wir können dabei auf die Untersuchungen von Lenin aus seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ aufbauen. Die darin beschriebenen kapitalistischen Monopole, die die Produktion und das Kapital kontrollieren und die Märkte unter sich aufteilen, gibt es weiterhin. Dabei sind heute die Produktionsprozesse internationalisiert und es herrschen globale Lieferketten vor. Die größten Monopole sind zu Weltmonopolen geworden, die nicht nur nationale, sondern internationale Produktionsprozesse kontrollieren. Sie machen die Unternehmen auf unteren Stufen der Produktion von sich abhängig, die selbst in einem bestimmten Bereich Monopole sein können. Ihr Konkurrenzkampf untereinander findet heute ebenfalls auf Weltebene statt.

Dabei nutzen die Weltmonopole die Nationalstaaten als ihre Machtbasis für den internationalen Konkurrenzkampf. Sie bauen auf die Fähigkeit des Staatsapparates, die kapitalistische Ordnung

herzustellen und zu beschützen, d. h. die Arbeiter:innenklasse niederzuhalten und den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben umzuverteilen. Gegenüber anderen Ländern soll der Staat das eigene Territorium beschützen und den eigenen Einflussbereich auf verschiedenen Wegen (ökonomisch, militärisch, ideologisch-politisch) erweitern. Je nachdem, wie viele Weltmonopole in welcher Machtposition hinter ihm stehen, so mächtig und durchsetzungsstark ist ein Staat heute. Auf dieser ökonomischen Basis bauen weitere Faktoren auf, wie die erreichte militärische Stärke und die Möglichkeit einer umfassenden Kriegswirtschaft. Ebenfalls damit in Wechselwirkung stehen die Funktionsfähigkeit des politischen Systems im Sinne der Monopole und die gesellschaftliche Stabilität innerhalb eines Staates. Steht dem Staat viel Geld zur Verfügung, kann er dieses nutzen, z. B. um mithilfe von Reformen Protestbewegungen einzufangen. Ist mit weniger politischen Krisen und Protesten zu rechnen, kann ein Staat seine Macht mehr gegen seine Konkurrenz zur Geltung bringen. Auch die geografische Lage, natürliche Ressourcen und die Größe seines Territoriums und seiner Bevölkerung sind Faktoren, die seine Machtstellung beeinflussen und unterschiedliche Herausforderungen oder Vorteile mit sich bringen können.

Die USA und nach ihnen China sind heute die mächtigsten imperialistischen Länder der Welt. Auch wenn Deutschland von dieser Größenordnung einiges entfernt ist, nimmt es

den Status eines der darauffolgenden mächtigsten imperialistischen Länder der Welt ein. Es hat eine breit aufgestellte ökonomische Basis, das drittgrößte nominelle Bruttoinlandsprodukt der Welt<sup>1</sup> und ist in der Lage, sich im internationalen Konkurrenzkampf mit einer eigenen Strategie am Kampf um die Welthegeemonie zu beteiligen. Das heißt, es ist aufgrund seiner Machtstellung gegenüber einer großen Anzahl von Staaten weltweit in der Lage, seine Interessen durchzusetzen und ist dabei nicht nur z. B. auf eine bestimmte Region begrenzt. Eine besondere Rolle für den deutschen Imperialismus spielt die Europäische Union (EU). Als imperialistisches Bündnis nutzt Deutschland die EU zur Durchsetzung seiner Interessen in Europa und darüber hinaus. Ein Beispiel für Letzteres ist das Mercosur-Abkommen, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, das voraussichtlich 2026 in Kraft treten wird und vor allem die Bedingungen für deutsche Monopole verbessert.

## Der Weg des deutschen Imperialismus

Um die aktuell laufenden und zukünftigen Entwicklungen des deutschen Imperialismus verstehen zu können, ist es notwendig, diese in den historischen Kontext einzuordnen. Dazu wollen wir an dieser Stelle

<sup>1</sup> | World Economic Outlook Database 2024, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/October>

eine kurze Skizze der geschichtlichen Entwicklung zeichnen und auf einige Besonderheiten der deutschen Verhältnisse eingehen.

Der ungarische Kommunist Eugen Varga (1879- 1964) stellt diese in seinem Werk „Die historischen Wurzeln der Besonderheiten des deutschen Imperialismus“ umfassend dar. So blieb der deutsche Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts zunächst hinter seinen Konkurrenten zurück. Im Kampf um die Kontrolle eines möglichst großen Anteils am Weltmarkt hatten vor allem England und Frankreich schon einen deutlichen Vorsprung. Um aufzuholen, wandte das deutsche Kapital besonders zwei Methoden an: Auf der einen Seite hohe Schutzzölle auf Industriewaren, um den inneren Markt zu sichern, und auf der anderen Seite das Betreiben von Preisdumping, d. h. Waren unter ihrem Produktionspreis ins Ausland zu verkaufen. Die dadurch entstandenen Verluste wurden wiederum auf die Arbeiter:innen im eigenen Land abgewälzt. Um die Bedingungen für das deutsche Kapital möglichst günstig zu gestalten, bildeten sich besonders schnell und viele Zusammenschlüsse von Kapitalist:innen, die ihre Interessen gemeinsam auch gegenüber dem Staat durchsetzten: „Hohe Zölle allein genügten den deutschen Kapitalisten nicht, sie forderten zumindest eine Duldung, wenn nicht eine positive Unterstützung der Monopolbildung und der hohen Inlandspreise durch den Staat. Die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, seine Einmischung zugunsten des

*Monopolkapitals war in Deutschland größer als in jedem anderen kapitalistischen Lande. Die alte Praxis des preußischen bürokratischen Staates, der sich in alle Angelegenheiten der Staatsbürger einmischte, wurde vom Monopolkapital in seine Dienste gestellt. So entwickelten sich in Deutschland sehr früh, noch vor dem ersten Weltkrieg, gewisse Tendenzen zum Staatskapitalismus.“<sup>2</sup>* Daraus folgte ein besonders schneller Aufstieg der deutschen Industrie, die Anfang des 20. Jahrhunderts die Führung im Bereich Metall, Chemie und Elektrotechnik in Europa übernommen hatte.

Das Hochhalten des Preises für Industriegüter im Inland stieß jedoch mit der weiteren technischen Entwicklung der Industrie an seine Grenzen, und im Kampf um Kolonien als weitere Absatzmärkte hatte Deutschland bis 1914 keine größeren Erfolge erzielen können. Die deutschen Kapitalist:innen drängten auf die gewaltsame Ausweitung des Marktes, während ihre imperialistische Konkurrenz ihre Machtstellung behalten und weiter ausbauen wollte. Um diesen Widerspruch zu lösen, entfachten die Imperialisten den Ersten Weltkrieg, den ersten imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt.

Mit diesem ersten Versuch, sich weite Teile Europas, Westasiens und Afrikas zu unterwerfen, scheiterte der deutsche Imperialismus jedoch. Die Kapitalist:innenklasse rettete sich

2 | Varga, Eugen (1946): Die historischen Wurzeln der Besonderheiten des deutschen Imperialismus, Berlin – Leipzig 1946, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, S. 11

nach ihrer Niederlage 1918 vor der Novemberrevolution durch ihr Bündnis mit den Sozialdemokrat:innen, die schon 1914 durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten offenen Verrat an der Arbeiter:innenklasse begangen hatten. Nachdem sie ihre Macht durch eine Kombination aus gewaltsamer Niederschlagung der Novemberrevolution bei einigen Zugeständnissen an die Arbeiter:innen gesichert hatten, machte sich ein Teil der Monopole direkt an die Vorbereitungen für den nächsten Krieg. Die Reichswehr wurde zunächst im Geheimen wieder aufgebaut, Rüstungsbetriebe und -produktion über die im Friedensvertrag festgelegte Anzahl ausgeweitet und in anderen Ländern mit deutschem Kapital neugegründet. Finanziert wurden diese Unternehmungen durch den Verkauf von Marknoten ins Ausland, durch die die Inflation<sup>3</sup> nach oben getrieben wurde: „Der dadurch angeeignete Mehrwert wurde vor allem in ‚Sachwerten‘ angelegt und für den Neuaufbau des mit Krieg abgenutzten Produktionsapparates verwendet. Außerdem beraubte die Finanzoligarchie den Staat auch in der Form, daß sie riesige Kredite bei der Reichsbank aufnahm, diese in Sachwerten anlegte, der Reichsbank aber die Schuld in mittlerweile völlig entwerteten Noten zurückzahlte. Das Monopolkapital raubte das Land aus, während Arbeiter, Angestellte und Beamte hungerten.“<sup>4</sup>

Dazu kamen große Auslandskredi-

3 | Die Menge an Banknoten, die sich im Umlauf befand, überstieg die Warenmenge deutlich.

4 | Ebd., S. 16

te, sodass das deutsche Kapital auch nach seiner Niederlage schnell wieder konkurrenzfähig wurde. Bis Anfang der 1930er Jahre setzten wichtige Teile der Monopole zunächst noch auf eine diplomatische Außenpolitik. Durch Wirtschaftskrisen und Handelskriege geriet dieser Weg jedoch an seine Grenzen. Die NSDAP gewann rasend schnell an Einfluss und stellte ein geeignetes Mittel zum Ausbau einer vielfach aggressiveren Außen- sowie Innenpolitik dar. 1933 begann ihre offene Terrorherrschaft im Sinne der rückschrittlichsten Teile der Kapitalist:innen und feudalen Großgrundbesitzer:innen.

Der deutsche Faschismus ließ alle Deckmäntel der bürgerlichen Fortschrittlichkeit fallen und zeigte das wahre Gesicht des deutschen Imperialismus. Im Inneren wurden die bürgerlich-demokratischen Institutionen abgeschafft, die Arbeiter:innen verloren alle ihre Rechte in Betrieb und Gesellschaft, unterdrückte gesellschaftliche Gruppen sowie fortschrittliche Kräfte wurden brutal verfolgt. Die Wirtschaft wurde auf die Kriegsproduktion umgestellt und andere Länder sollten zu Arbeitskraft-, Agrar- und Rohstoffquellen für die deutschen Monopole werden.

Von Europa aus war das Ziel, die ganze Welt zu erobern. Der Eroberungskrieg wurde vor allem Richtung Osteuropa geführt, um eine imperialistische Macht mit vergleichbarer Stärke zu den USA zu schaffen, die nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Weltmacht aufgestiegen waren.

Die imperialistische Geostrategie eines Landes umfasst alle planmäßigen politischen, ökonomischen, militärischen usw. Maßnahmen, die auf das Erreichen der Welthegemonie im Interesse des eigenen Monopolkapitals abzielen. Für dieses Ziel spielt Eurasien, also Europa und Asien als ein zusammengefasster Kontinent, eine zentrale Rolle. Es ist die größte zusammenhängende Landmasse der Welt. Eine Macht, die Eurasien kontrolliert, hätte dadurch eine imperialistische Welthegemonie erreicht und große Vorteile gegen jede amerikanische, afrikanische oder ozeanische Konkurrenz.

Deutschland liegt am westlichen Ende Eurasiens, aber im Zentrum Europas. Für seine Nachbarländer ist es ein Gebiet, durch das sie hindurch müssen, um den Rest des Kontinents zu erreichen. In diesem Sinne ist Deutschlands Territorium dauerhaft von allen Seiten bedroht. Das führt dazu, dass für den deutschen Imperialismus die Sicherung seiner Basis in Mitteleuropa an erster Stelle steht. Danach kann er sich strategisch in Richtung Osten (über Polen und die Ukraine in Richtung Kaukasus) oder Südosten (über den Balkan in Richtung Türkei) ausdehnen.

Diese Strategie hat ihren Ausdruck im Agieren Deutschlands in zwei imperialistischen Weltkriegen gefunden, durch die Besetzung und teilweise Einverleibung z. B. von Polen, der Ukraine, des Balkans usw. Aber auch in Zeiten, in denen militärische Annexionen nicht auf der Tagesordnung stehen, gilt sie. So hat der deutsche Imperialismus zu jeder Zeit mindestens um einen europäischen Wirtschaftsraum mit scheinbarer Unabhängigkeit, jedoch faktischer Dominanz Deutschlands gekämpft.

Ein weiteres Problem, das sich aus der geografischen Lage Deutschlands ergibt, ist der Mangel an Bodenressourcen und die unter anderem damit verbundene Frage der Energieherstellung in Deutschland. Die größten Erdgasvorkommen liegen in Schiefergestein, das nur mithilfe von neueren (und seit 2017 in Deutschland verbotenen) Fracking-Methoden gefördert werden kann. Auch der Erdölbestand und die Vorkommen Seltener Erden sind zu gering für den eigenen Verbrauch und zum größten Teil nicht profitabel förderbar. Auch die bekannten und vermuteten Uranvorkommen sind fast vollständig abgebaut und die Förderung seit 1991 eingestellt. Braun- und Steinkohle gibt es im Gegensatz dazu in großen Mengen, worauf historisch dementsprechend auch ein Großteil der Energieerzeugung basierte. Steinkohle wurde über Jahrzehnte abgebaut, unterlag aber aufgrund ihres Vorkommens in 1.000 Metern Tiefe Ende des 19. Jahrhunderts der internationalen Konkurrenz und wird heute nur noch importiert.<sup>1</sup> Mit der Entwicklung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen hat sich die Situation etwas verändert, sie reichen aber bislang nicht aus<sup>2</sup>, um Deutschland im Bereich der Energie autark zu machen.

Vom deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland haben diese strategischen Fragen den deutschen Imperialismus dauerhaft begleitet.

1 | <https://www.deutschlandfunk.de/gas-fracking-oel-kohle-uran-bodenschaeetze-deutschland-energie-100.html>

2 | Neben der benötigten Menge des produzierten Stroms ist vor allem die Speicherung von Überschüssen ein großes Problem.

## Die Situation nach 1945

1945, nach Jahren des Krieges und der Zerstörung, konnte der deutsche Imperialismus erneut militärisch besiegt werden. Die umfangreiche Niederlage bedeutete für das deutsche Kapital, dass sein Wiederaufstieg vor allem von den Interessen der Besatzungsmächte abhing. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Frage der Konkurrenz unter den imperialistischen Ländern im Westen anders als zuvor. Die USA führten dieses Lager als damals neue Weltmacht an. Die Existenz des sozialistischen Lagers auf der anderen Seite und die Rolle von Atomwaffen waren neue Bedingungen.

So wurde der deutsche Staat selbst durch die Lager geteilt. In der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR kam es zu umfangreichen Enteignungen und Ansätzen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik. Unter diesen Bedingungen war an eine Erholung des deutschen Kapitals nicht zu denken. In der BRD schafften die Kapitalist:innen es, sich unter Führung der USA in die westlichen Bündnisse zu integrieren. Dazu gehörte zuallererst die NATO, die 1949 gegründet wurde und der die BRD 1955 beitrug. Deutschland kam dabei zugute, dass die USA ein Interesse daran hatten, die BRD als antikommunistischen Außenposten aufzubauen, und sich dabei auch gegen Frankreich durchsetzen konnten, das einer so schnellen Erholung des deutschen Imperialismus entgegenstand.

In einem widersprüchlichen Prozess begann danach die Formung imperialistischer Bündnisse in Europa. Dieser Bestand in einem dauerhaften Ringen um die Vorherrschaft vor allem zwischen Frankreich und Deutschland. 1992 war das Ergebnis die Gründung der Europäischen Union, als deren Führungsmacht sich Deutschland durchsetzen konnte.

Wirtschaftlich stieg die BRD nach 1945 ebenfalls wieder auf. Durch das Exportgeschäft war Deutschland ein Gewinner der beginnenden Globalisierung der Produktionsketten und Märkte. Gleichzeitig waren auch weiterhin die Industriebereiche, die in Deutschland besonders gut ausgebaut waren, wichtige Elemente der weltweiten Produktion. Auch hier nutzte die BRD die Hegemonie des US-Imperialismus aus. In seinem Windschatten konnte sie mit einem großen Teil der Welt gute Geschäfte machen. Seit den frühen 1950er Jahren exportiert die BRD mehr Waren, als sie importiert. Westeuropa war dabei ein besonders wichtiger Markt. Den Handel mit Osteuropa wiederum erschwerten die USA durch zahlreiche Handelsrestriktionen zunächst stark. 1937 machte Osteuropa noch 16 Prozent der Exporte aus Deutschland aus, 1960 nur noch vier Prozent.<sup>5</sup> Heute liegt der Wert wieder bei ca. 18 Prozent.<sup>6</sup> Weltweit stieg die BRD dennoch 1960 zur zweitgrößten Handelsnation auf und

5 | <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-50er-jahren-256/10131/wirtschaft-in-beiden-deutschen-staaten-teil-1/>

6 | <https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/2025-Handelszahlen/Deutscher%20Osthandel%202024.pdf>

wurde erst in den 2000ern durch den Aufstieg Chinas auf den dritten Platz verdrängt.

### Von der Annexion der DDR zum Ukraine-Krieg

Der deutsche Imperialismus hatte immer das Ziel, die Nachkriegsordnung zu seinen Gunsten zu verändern. Einer der wichtigsten Schritte dabei war die Einverleibung der DDR durch die BRD im Jahr 1989/1990, die größte Annexion ohne Krieg in der Geschichte des Imperialismus. Sie sicherte zusätzliche Absatzmärkte und ermöglichte eine Bereicherung der westdeutschen Monopole an der Bevölkerung der DDR und ihrer Produktion. Damit waren zwar nicht alle durch den Krieg verlorenen Gebiete wieder Teil Deutschlands (die BRD gab erst mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 Ansprüche auf Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze auf), jedoch genug, um sich damit vorerst zufrieden zu geben. Nach der Annexion der DDR und der Auflösung der Sowjetunion veränderten sich so die Machtverhältnisse in Europa erneut. Die EU wurde gegründet, dadurch ein gemeinsamer Markt geschaffen, in dem die Freiheit des Kapital- und Warenexports herrscht, und der Euro eingeführt, der beides innerhalb von Europa massiv ankurbelte. Die anderen europäischen Länder konnten sich nun u. a. nicht mehr durch Abwertung ihrer Währungen vor einer Überschwemmung mit Waren aus Nordeuropa und insbesondere Deutschland schützen.

Die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 überstand der deutsche Imperialismus vergleichsweise schnell und nutzte sie, um in diesen Jahren seine Führungsposition in Europa weiter auszubauen. Zum Beispiel als Verwalter der Rettungsfonds, mithilfe derer u. a. in Griechenland und Italien Sparprogramme erzwungen wurden. Diese machten den Weg frei für den Aufkauf von Staatsbesitz durch deutsche Monopole. Gleichzeitig zeigte diese Krise, wie das deutsche Exportmodell durch zwischenimperialistische Widersprüche ins Wanken geraten kann.

Militärisch sollte die Bundeswehr ab 1990 Deutschlands „internationaler Verantwortung“ nachkommen, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (1930 - 2017) bereits einen Tag nach der „Wiedervereinigung“ erklärte. Dafür wurde sie von einer großen Armee für die „Landesverteidigung“ zu einer spezialisierten Armee umgebaut, die vor allem im Rahmen von Besatzungs- und Kontrolleinsätzen im Ausland bestimmte Aufgaben erfüllen sollte. Ihr Personal wurde auf 370.000 Personen beschränkt und die Anzahl an Standorten wurde reduziert. In den folgenden Jahren wurde die Anzahl der Soldat:innen immer weiter gesenkt und 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt.<sup>7</sup> Mit der Annexion der Krim durch Russland begann 2014 ein erneuter Wandel, der wieder zu einer Erhöhung der Militärausgaben und auch der Rüstungsproduktion in Deutschland führte. Mit dem Angriff

7 | <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/reformen-bundeswehr>

Russlands auf die Gesamt-Ukraine seit 2022 hat diese Entwicklung massiv an Geschwindigkeit zugenommen. Im Vordergrund steht heute wieder die „Landes- und Bündnisverteidigung“, zu deren Zweck Soldat:innen an die Ostgrenze der NATO verlegt werden. Deutschland war und ist aber heute und auf absehbare Zeit zunächst nicht mehr in der Lage, einen Weltkrieg von sich aus zu führen, sondern ist dabei auf Bündnispartner angewiesen. Die Priorität des deutschen Imperialismus ist heute vor allem, sich für weitere Kriege in eine möglichst günstige Ausgangslage zu bringen.

### **Die aktuelle Lage des deutschen Imperialismus**

Heute ist überall auf der Welt der Kapitalismus die vorherrschende Produktionsweise. Wir leben in einem imperialistischen Weltsystem, das imperialistische Staaten verschiedener Einflussstärke und abhängige, neokolonial und kolonial unterdrückte Staaten umfasst. Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus treibt den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung durch die Weltmonopole und das Finanzkapital auf die Spitze. Seit 2008/2009 befindet sich darüber hinaus das aktuelle Modell der globalen Produktion in der Krise.<sup>8</sup>

Auf Weltebene ist die Konkurrenz zwischen den USA und China als den mächtigsten imperialistischen

8 | Vgl. Smith, John (2016): Imperialism in the twenty-first century, Monthly Review Press, S. 279 ff.

Kräften ein zentraler Angelpunkt. Die USA versuchen, ihre Hegemonie zu verteidigen, während China als aufsteigender Staat sie in immer mehr Bereichen herausfordert.

Deutschland ist auf Weltebene auch davon abhängig, wie sich dieser und andere Konflikte weiterentwickeln. Grundsätzlich war das deutsche Bündnis mit den USA seit 1945 immer das bestimmende. Ernsthaft in Frage gestellt wurde das auch von keiner politischen Partei, und verstärkte Beziehungen z. B. zu Russland waren ergänzend, anstatt dass sie jemals einen Ersatz hätten darstellen können. Aus den USA selbst, in Donald Trumps Amtszeiten aber auch unter Joe Biden, wurde immer wieder mit einer stückweisen Auflösung der „transatlantischen“ Bündnisse gedroht und einzelne Maßnahmen in diese Richtung umgesetzt. Die USA haben klargemacht, dass sie sich auf die Auseinandersetzung mit China konzentrieren werden und dass die Europäer sich um sich selber kümmern sollen. Damit setzten sie seit den letzten Jahren Bestrebungen um, die schon z. B. 2011 von der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton unter der Überschrift „America’s Pacific Century“ (dt. Das pazifische Jahrhundert der Vereinigten Staaten) formuliert wurden.<sup>9</sup>

Die Beziehungen zu China haben sich über die Jahrzehnte ebenfalls verändert. Ab den 2000ern war China vor allem Standort für billige

9 | <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/clinton.html>

Produktion und ein Absatzmarkt für Autos, Chemieerzeugnisse und Maschinen aus Deutschland. Der über Jahrzehnte bestehende Kapitalexport führte aber gleichzeitig zu einer schnellen Entwicklung der chinesischen Industrie. Die Handelsbeziehungen wurden immer weniger einseitig, was das Export-Import-Verhältnis betrifft. 2023 war China auf Rang eins der deutschen Handelspartner beim Import und auf Platz 4 beim Export, wobei die Importe die Exporte seit Jahren stark übersteigen.<sup>10</sup> Besonders im Bereich der Elektrotechnik importiert Deutschland viele Vorprodukte, und auch Seltene Erden kommen überwiegend aus China. In der China-Strategie der Ampelregierung von 2023 wird das Land als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ bezeichnet.<sup>11</sup> Partner soll China in Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bleiben, eine Entkopplung der Wirtschaft wird abgelehnt – wobei eine kurzfristige Entflechtung auch schlicht unmöglich wäre. Unternehmen, die besonders in ihr China-Geschäft investieren, sind z. B. BASF, Volkswagen oder Continental. So hat BASF 2023 angekündigt, zehn Milliarden Euro in ihren chinesischen Standort zu investieren.<sup>12</sup> Hinter „systemischer Rivalität“ steckt die geostrategische Konkurrenz, deren Zuspitzung als Zunahme von Elementen

„der Rivalität und des Wettbewerbs“ in der deutsch-chinesischen Beziehung beschrieben wird. Das chinesische Verhältnis zu Russland und zu den USA ist ebenfalls eine Herausforderung für Deutschland, das weiter mit allen Bündnisse eingehen und möglichst breiten Handel treiben will.

### Die wirtschaftliche Lage

Die aktuelle wirtschaftliche Lage der deutschen Unternehmen ist geprägt von einem Rückgang der Industrieproduktion seit 2017, den darauf folgenden Jahren der Corona-Pandemie und den Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Industrieproduktion liegt heute weiter deutlich unter ihrem letzten Höchststand Ende 2017 und eine dauerhafte Erholung der deutschen Industrie ist nicht in Sicht.

Besonders getroffen hat der Ukraine-Krieg die energieintensiven Bereiche der Industrie, da der Wegfall von günstigem russischem Gas für einen starken Gas- und Strompreisanstieg gesorgt hat. Zu den energieintensiven Bereichen gehören laut dem Statistischen Bundesamt die Chemie-, Metall-, Papier- und Glasindustrie sowie die Kokerei und Mineralölverarbeitung. Nicht dazu zählt z. B. der Maschinenbau.<sup>13</sup> Der Industriesektor machte in Deutschland 2023 28,1 Prozent aus (Frankreich: 18,7 Prozent; Großbritannien: 16,9 Pro-

zent).<sup>14</sup> Im Gegensatz zur Produktion ist die Bruttowertschöpfung in der Industrie insgesamt um 0,6 Prozent seit 2019 gestiegen.<sup>15</sup> Bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung handelt es sich um den erzielten Wert der Produktion nach Abzug aller bezogenen Vorleistungen. Bei der Industrieproduktion hingegen wird die Gesamtheit aller Güter erfasst.

Im Technologiebereich hinkt Deutschland hinter anderen Ländern hinterher. Hier führen die USA, z. B. mit dem Konzern Nvidia, der 90 Prozent des Marktes für Grafikprozessoren und 80 Prozent für KI-Chips hält.<sup>16</sup> Bei Geschäftssoftware ist SAP das einzige deutsche Unternehmen, das mit US-Unternehmen konkurrieren kann. Gleichzeitig gibt es spezielle Bereiche, in denen deutsche Unternehmen Marktführer sind. So z. B. das Start-Up Celonis im Bereich Process Mining, in dem es um Software für die Visualisierung, Analyse und Optimierung von Geschäftsprozessen geht.<sup>17</sup> Außerdem wurde die fortgeschrittenste Technologie in der Halbleiterherstellung gemeinsam von der Trumpf SE + Co. KG und der Carl Zeiss AG gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut entwickelt, mit der seit 2024 Maschinen für TSMC, Samsung und Intel produziert werden.<sup>18</sup> Im KI-Bereich kann Deutsch-

land ebenfalls nicht mit der amerikanischen Open AI oder dem chinesischen Deepseek konkurrieren. Dafür gibt es spezialisierte KI für Forschung und für Unternehmen.<sup>19</sup>

Ebenfalls in besonders spezialisierten Bereichen führend sind weiterhin deutsche Rüstungsunternehmen. Dazu gehören Rheinmetall im Panzerbau, Thyssenkrupp bei U-Booten und Diehl bei Raketen- und Sensorsystemen. Zu den Endherstellern kommen zahlreiche Zulieferer, die von der Informationsstelle Militarisierung auf etwa 1350 Unternehmen geschätzt werden.<sup>20</sup>

Der Wert der geplanten ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland lag 2023 bei 34,8 Milliarden Euro.<sup>21</sup> Viele Unternehmen investieren im Bereich Halbleiter, Batterieproduktion und -recycling und wollen Produktion ansiedeln oder Forschung und Entwicklung betreiben. Wobei in diesem Bereich auch eines der größten Projekte aktuell auf Eis liegt: die zwei Chipfabriken von Intel in Magdeburg. 30 Milliarden Euro sollten investiert werden und die Bundesregierung wollte das Projekt mit zehn Milliarden Euro subventionieren. Dann stoppte der Konzern das Projekt, wobei eine endgültige Entscheidung erst 2026 getroffen

10 | Bezüglich der Handelsbilanz lag China im selben Jahr auf dem letzten Rang. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile)

11 | <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/asien/china-strategie/2607934>

12 | <https://www.basf.com/global/de/who-we-are/organization/locations/asia-pacific/our-engagement-in-china#item-1695368598541-704122995>

13 | [https://www.bundestag.de/resource/blob/1001612/9d30550023549da8958e5c71136bcb53/Anlage\\_zum\\_76\\_Protokoll.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/1001612/9d30550023549da8958e5c71136bcb53/Anlage_zum_76_Protokoll.pdf)

14 | <https://de.statista.com/infografik/28507/anteil-des-industriesektors-am-bruttoinlandsprodukt/>

15 | Handelsblatt Ausgabe 11. Oktober 2024 Seite 8

16 | <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/stimme-aus-shanghai-deutschland-soll-mit-china-gemeinsam-us-dominanz-brechen-li.2293971>

17 | <https://www.celonis.com/analyst-reports/gartner-magic-quadrant-2024/>

18 | <https://www.zdf.de/wissen/deutscher-zukunftspreis/deutscher-zukunftspreis-2020-100.html>

19 | <https://www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/gipfel-treffen-der-weltmarktfuehrer-wir-muessen-uns-beim-the-ma-ki-keine-sorgen-machen/30201276.html>

20 | <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/ruestungsindustrie-branchen-waffen-101.html>

21 | <https://www.nzz.ch/wirtschaft/ist-der-standort-besserals-sein-ruf-auslaendische-direktinvestitionen-in-deutschland-sind-stark-gestiegen-ld.1830380>

werden soll.<sup>22</sup> Weitere Großkonzerne, die Investitionen angekündigt haben, sind u. a. Apple (eine Milliarde Euro für sein europäisches Zentrum für Chip-Design in München) und TSMC aus Taiwan (10 Milliarden Euro für eine Chipfabrik in Dresden).

## Der Spuk der „Deindustrialisierung“

Im Zusammenhang mit der schwächelnden wirtschaftlichen Situation in Deutschland fällt häufig der Begriff der Deindustrialisierung, die als besonderes Risiko gewertet wird. Im Kontext der aktuellen Lage handelt es sich heute aber lediglich um einen Kampfbegriff der Kapitalist:innen, um ihre Interessen starkzumachen. Im Vergleich mit anderen imperialistischen Ländern macht die Industrie in Deutschland einen deutlich größeren Anteil am BIP aus. So liegt der Anteil der Industrie am BIP in Deutschland 5,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU und fast 10 Prozentpunkte über dem des größten EU-Konkurrenten Frankreich. Dabei haben alle Imperialisten über Jahrzehnte einen großen Teil ihrer Industrie in Länder verlagert, in denen sie billiger produzieren konnten. Den Löwenanteil der Profite streichen trotzdem die Monopole in Deutschland, Frankreich usw. ein, auch wenn ihre Fabrik in Indonesien oder Mexiko steht. Heute ist der konkrete Ausdruck der Krise in der deutschen Industrie nicht ihr Verschwinden, sondern vor

allem Stellenabbau, z. B. bei VW oder BASF. Was ansteht, und die Kapitalist:innen tatsächlich vor reale Probleme stellt, ist eine Transformation ihrer Kernindustrien. Diese wird aktuell vor allem durch technologische Entwicklungen, wie die Elektromobilität und Künstliche Intelligenz, und die darin fortgeschrittenere Konkurrenz vorangetrieben.

Als weitere Transformation kommt ebenfalls die sogenannte „Energie- wende“ hinzu, d. h. die Umstellung der Stromerzeugung von fossilen Brennstoffen auf Wind-, Wasser- und Solarkraft. Diese Umstellung hat dabei wenig mit Klimaschutz zu tun, sondern kommt vor allem dem mit knappen Ressourcen ausgestatteten Deutschland entgegen. Bei der Stromerzeugung betrug 2023 der Anteil von Kohle, Erdgas und Kernenergie 48 Prozent und der Anteil erneuerbarer Energien 52 Prozent. Im ersten Halbjahr 2024 machten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 61,5 Prozent aus.<sup>23</sup> Laut der Bundesregierung soll bis 2030 rund 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen produziert werden. Kohle ist vor allem zentral für die Absicherung der Stromleistung und einer stabilen Frequenz im Stromnetz. Erdgas sollte den Ausstieg aus der Kohleverstromung ermöglichen, wurde aber durch die Folgen des Ukraine-Kriegs und die Zerstörung der Nordstream-Pipelines teurer und knapper. Russische Lieferungen machten 2020

noch etwa 55 Prozent des Gasimports aus. In der Konsequenz des Ukraine-Kriegs wurde viel mehr Flüssigerdgas (LNG) aus u. a. Norwegen, den USA, Kanada und Aserbaidschan importiert und die Infrastruktur dafür ausgebaut.

## Die Schuldenfrage

Eine industrielle und energietechnische Transformation wird Unternehmen und den Staat viel Geld kosten. Eine Möglichkeit, die Mittel dafür zu sammeln, ist, Schulden aufzunehmen.

Weltweit wächst der Schuldenberg auch immer weiter an. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet damit, dass die globale Schuldenquote – also das Verhältnis der weltweiten Schulden zur jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) – bis 2030 auf fast 100 Prozent steigen wird. Das bedeutet, dass die gesamten Schulden der Welt in etwa der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung entsprechen. Getrieben wird der Schuldenstand vor allem von China und den USA.<sup>24</sup> Deutschland geht bislang gegen den Trend. 2024 lagen die Staatsschulden hier bei 63 Prozent des BIP (Japan: 251 Prozent; Frankreich: 112 Prozent; Großbritannien: 102 Prozent).<sup>25</sup> Bislang hatte sich die deutsche Politik darauf beschränkt, lediglich Ausnahmeregelungen von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse in Krisenzeiten zu nutzen. Eine geringe Staatsverschuldung hat für Deutsch-

land vor allem den Vorteil, dass dadurch seine Währung stabil bleibt, was für eine Exportmacht ein wichtiger Faktor ist. Eine deutlich stärkere Verschuldung wäre ökonomisch aber für Deutschland aufgrund seiner ökonomischen Stärke durchaus möglich. Selbst wenn die Schuldenbremse nicht weiter gelockert oder gleich komplett abgeschafft wird, können gigantische Schuldenberge auch im Rahmen von sogenannten Sondervermögen etwa für die weitere Aufrüstung oder Investitionen in Infrastruktur aufgenommen werden.

## Demografie und Arbeitskräfte

Die Großkonzerne brauchen aber nicht nur Geld, sondern auch Arbeiter:innen, um Gewinne einzufahren. Insgesamt hat Deutschland mit 83,6 Millionen die größte Einwohnerzahl in Europa (ohne Russland und die Türkei). Gleichzeitig sterben in Deutschland seit Jahrzehnten mehr Menschen, als hier geboren werden, wobei die Migration nach Deutschland dem Sinken der Bevölkerungszahl bislang entgegenwirkt. Die Anzahl an Menschen im sogenannten „Erwerbsalter“ von 20 bis 66 lag 2021 bei 51,4 Millionen und wird laut Prognosen bis Mitte der 2030er Jahre um 1,6 bis 4,8 Millionen sinken.<sup>26</sup> In Ostdeutschland ist die Bevölkerung heute schon durchschnittlich deutlich älter als in Westdeutschland. Laut Prognosen wird deswegen die Zahl der 20- bis 66-jährigen im

22 | <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/Intel-Magdeburg-chipindustrie-sachsen-anhalt-trump-102.html>

23 | Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 334 vom 4. September 2024, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24\\_334\\_43312.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_334_43312.html)

24 | <https://www.tagesschau.de/ausland/iwf-verschuldung-deutschland-100.html>

25 | <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2024/10/22/world-economic-outlook-october-2024>

26 | <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553026/zukuenftige-bevoelkerungsentwicklung/>

Osten kontinuierlich abnehmen, während sie sonst tendenziell stagnieren wird.

Diese Entwicklungstendenz wirkt sich heute schon auf das gesetzliche Rentensystem aus und wird es in Zukunft noch stärker tun, da immer weniger Menschen arbeiten, dafür aber mehr Menschen Renten beziehen werden. Schon heute stehen einer Person in Altersrente nur rund zwei erwerbstätige Personen gegenüber. 1962 lag in Westdeutschland das Verhältnis noch bei eins zu sechs. Denn die Zahl der Rentenempfänger:innen wächst deutlich schneller als die Zahl an Arbeiter:innen, die Rentenbeiträge zahlen.<sup>27</sup> Die absolute Zahl an Personen im Erwerbsalter wird zudem in Zukunft voraussichtlich sinken.<sup>28</sup> Hinzu kommt, dass es dem deutschen Imperialismus besonders an spezialisierten Arbeiter:innen in verschiedenen Bereichen fehlt. Viele offene Stellen gibt es hier aktuell vor allem bei sozialen, Gesundheits- und technischen Berufen.<sup>29</sup> Die Antwort auf dieses Problem sieht der deutsche Imperialismus bislang darin, sowohl Frauen als auch Menschen im Rentenalter mehr und länger zu Vollzeitarbeit zu bringen. Dazu kommt die Notwendigkeit der Migration von Arbeiter:innen, wobei hier vor allem vom Staat versucht wird, die Migration im Interesse des Kapitals zu beeinflussen und zu steuern.

27 | <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/altersrentner-beitragszahler.html>

28 | <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html#!y=2043&a=20,67&v=4&g>

29 | <https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++74debf86-472f-11ee-894c-001a4a160129>

## Die militärische Lage

Eugen Varga stellt in einer Untersuchung über den japanischen Imperialismus fest: „Die militärische Macht eines Landes wird durch zwei Hauptfaktoren bestimmt:

a) die ökonomische Stärke eines Landes,

b) die Festigkeit seines Gesellschafts-systems.“<sup>30</sup>

Beide Faktoren bilden in Deutschland eine günstige Basis für den Aufbau einer militärischen Macht, deren Potential aber durch die Imperialisten bislang nicht vollständig ausgeschöpft wurde.

2024 umfasste die Bundeswehr 181.570 Personen im militärischen und 81.731 im zivilen Bereich. Die Soldat:innen bestehen aus Soldat:innen auf Zeit, Berufssoldat:innen, freiwillig Wehrdienstleistenden und freiwillig Wehrdienstleistenden im Heimatschutz. Erstere machen mit ca. 113.000 die größte Gruppe aus. Etwas mehr als 13 Prozent der Soldat:innen sind Frauen.<sup>31</sup> Die aktuellen Zahlen über ihre Ausstattung mit Waffensystemen hält die Bundeswehr geheim, um die Einschätzung ihrer Stärke zu erschweren. Laut eines Berichts des Kieler Instituts für Weltwirtschaft hat sich die Beschaffung von neuen Waffen aber seit Ende 2023 beschleunigt. Bei vielen Waffentypen würde es mit

30 | Varga, Eugen (1932): Der japanische Imperialismus im Mittelpunkt der Weltpolitik, aus: Ausgewählte Schriften 2, Pahl-Rugenstein 1982, S. 243

31 | <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>

der aktuell durchschnittlichen Anzahl der Bestellungen pro Jahr aber noch mehrere Jahrzehnte dauern, bis überhaupt der Bestand von 2004 wieder erreicht wäre. Dies liegt auch an einem deutlichen Rückgang der Rüstungsindustrie in Europa seit den 1990er Jahren bis ins Jahr 2015. So lag der Bestand an z. B. Kampfpanzern der Bundeswehr 2021 bei 339 und 2004 bei 2.398, wobei zwischen Februar 2022 und Juli 2024 im Durchschnitt jährlich 49,2 Panzer bestellt wurden. Damit würde ohne Abgabe, Ausmusterung oder Verlust von Panzern im Jahr 2038 der Bestand von 2004 wieder erreicht werden.<sup>32</sup> Deutschland besitzt keine Atomwaffen und hat den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben und ratifiziert, der ihre Herstellung und Beschaffung verbietet. Gleichzeitig ist es Teil der Nuklearstrategie der NATO. Dadurch befinden sich amerikanische Atomwaffen in Deutschland, die auch im Kriegsfall von deutschen Kampfflugzeugen transportiert und eingesetzt werden dürften. Gleichzeitig kann Deutschland über diese eben nicht eigenständig verfügen.

Zum Zweck der Kriegsvorbereitung wurde im April 2024 mit der Umstrukturierung der Bundeswehr begonnen. Mit dem „Osnabrücker Erlass“ wurden dafür die Grundsätze festgelegt. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) schreibt dazu: „Mit den Anfang April beschlossenen Strukturänderungen fokussiert sich der Geschäftsbereich des BMVg wieder auf

32 | [https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IFW-Publications/fis-import/1bcebf8c-84e8-4f3d-a7d3-1793b3ba9850-Kiel\\_Report\\_Nr\\_1.pdf](https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IFW-Publications/fis-import/1bcebf8c-84e8-4f3d-a7d3-1793b3ba9850-Kiel_Report_Nr_1.pdf)

eine zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung. Dies stellt eine Abkehr vom Kontingentdenken der letzten Jahre dar, das den seit März 2012 geltenden Dresdner Erlass prägte. Um die Bundeswehr auf eine kriegstüchtige Bundeswehr der Zeitenwende auszurichten gilt es, die Verantwortlichkeiten, Entscheidungsbefugnisse und das Zusammenwirken aller Ebenen grundlegend zu bestimmen.“<sup>33</sup> Teil der Umstrukturierung ist, dass als vierte Teilstreitkraft der Bereich „Cyber- und Informationsraum“ zu Heer, Marine und Luftwaffe hinzukommt. Zudem werden dem neuen Operativen Führungskommando alle Bundeswehrein-sätze im In- und Ausland unterstellt und die Trennung von Einsatzführungskommando und dem Territorialen Führungskommando aufgelöst.<sup>34</sup>

Zusätzlich wurde mit dem „Operationsplan Deutschland“<sup>35</sup> in den letzten Jahren ein Strategiepapier erarbeitet, das detaillierte Planungen für einen Kriegsfall enthält. Das geheime Dokument wurde von der Bundeswehr gemeinsam mit Verantwortlichen aus dem Bund, den Ländern und Kommunen, von der Polizei, Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk und von Unternehmen erstellt, wobei das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr die Verantwortung trägt. Er enthält sowohl Pläne für den Kriegsfall in Deutschland als auch für den

33 | <https://www.bmvg.de/de/presse/osnabruecker-erlass-regelt-neue-grundsaeetze-spitzengliederung-5778130>

34 | <https://www.bundeswehr.de/de/organisation>

35 | <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5761202/5101246ca9de726f78c4d988607532fc/oplan-data.pdf>

Auf- und Durchmarsch von NATO-Streitkräften bis an die NATO-Ostgrenze. Bei einem Angriff Russlands auf die NATO würde der größte Teil der aktiven Soldat:innen nach Litauen verlegt werden, während in Deutschland die territoriale Reserve, der „Heimatschutz“, verbleibt. Dazu würde die Einbindung von Ehrenamtlichen (z. B. aus dem Roten Kreuz, den Maltesern usw.) kommen.

Neben den Strukturen des Ehrenamts kann Deutschland im Kriegsfall auch auf eine breite industrielle Basis zurückgreifen. Obwohl eine Störung der internationalen Produktionsketten verheerende Folgen hätte, haben dennoch der Maschinenbau, die Elektro-, Metall-, Chemie- und Pharmaindustrie zentrale Standorte auch in Deutschland, in denen produziert werden kann.

### **Die politische Lage**

Neben seiner grundsätzlichen ökonomischen Macht war historisch die Stabilität seines politischen und gesellschaftlichen Systems eine große Stärke des deutschen Imperialismus. Ein Ausdruck davon ist, dass es seit 1945 keine Regierung ohne Beteiligung entweder der SPD oder der CDU/CSU gab und Regierungswechsel selbst kaum grundsätzliche Veränderungen mit sich brachten. So wurden z. B. mit der Agenda 2010 von einer rot-grünen Regierung umfassende Kürzungen des Sozialsystems durchgeführt, die so auch von CDU und FDP unterstützt wurden.

Politische Instabilität und z. B. Minderheitsregierungen sind in anderen Ländern nicht ungewöhnlich, in Deutschland hingegen die Ausnahme. Das Erstarren der Faschist:innen, das Schrumpfen der „Volksparteien“ CDU und SPD, und auch der Bruch der Ampel-Koalition 2024 sind Anzeichen dafür, dass die politische Stabilität mehr bedroht ist und sich auch hier Veränderungen zeigen.

Während die bürgerliche Demokratie in Deutschland zahlreiche Integrationsmöglichkeiten bietet, machen diese den Staat aber auch zum Teil besonders bürokratisch und langsam. In Hinblick auf die gestiegene Geschwindigkeit, mit der Entwicklungen auf Weltebene stattfinden, stellt sich auch hier die Frage nach größeren Umstrukturierungen in Richtung autoritärerer Herrschaft, die auch mal „durchregiert“ und einen größeren Fokus auf Repression legt, um auch in unruhigeren Zeiten den Staat und die Wirtschaft abzusichern.

### **Perspektiven der weiteren Entwicklung**

Aus den dargestellten Entwicklungen und der aktuellen Lage ergeben sich verschiedene Probleme, vor denen der deutsche Imperialismus heute steht. Wie es für ihn in den nächsten Jahren weitergeht, hängt nicht nur oder vor allem von Bundestagswahlen oder dem Willen einzelner Kapitalverbände ab, sondern ist u. a. eng mit der weiteren Entwicklung der Weltlage, dem Kampf

zwischen den USA und China und nicht zuletzt mit der Entwicklung des Widerstands der Arbeiter:innenklasse hierzulande verbunden. Alle imperialistischen Staaten wollen ihre Stellung in der Weltordnung verteidigen oder stärken. Trotz der Herausforderungen, vor denen Deutschlands Monopolkapitalist:innen stehen, werden sie nicht einfach das Handtuch werfen, sondern stattdessen aller Voraussicht nach noch stärker und eben auch aggressiver versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und dafür die notwendigen Maßnahmen umsetzen.

Begonnen haben sie damit bereits schon auf militärischem Gebiet. Mit der „Zeitenwende“ wurde der Kurs auf Aufrüstung und Militarisierung festgelegt. Die Umsetzung einer vollständigen Wehrpflicht (auch unabhängig vom Geschlecht) braucht sicher noch einige Jahre, bis sie rein logistisch umsetzbar wäre, aber spätestens in 5 - 10 Jahren könnte dieses Problem vermutlich behoben sein. 2027 soll bereits die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr-Brigade in Litauen hergestellt sein. Damit hat Deutschland laut Kriegsminister Boris Pistorius dort bereits „eine Führungsverantwortung im Bündnis hier an der NATO-Ostflanke“.<sup>36</sup> Da die USA sich immer weiter aus Europa zurückziehen wollen, wird dies weitere Lücken öffnen, die der deutsche Imperialismus füllen könnte. Dadurch würde gleichzeitig die Konkurrenz zu England, Frankreich und Polen stärker hervortreten.

36 | <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutsche-rampfbrigade>

In der Frage der Atomwaffen spielt das Verhältnis zu Frankreich und England ebenfalls eine bedeutende Rolle, denn im Gegensatz zu Deutschland zählen beide Länder zu den Atommächten. Frankreich besitzt Flugzeuge mit nuklearen Raketen mit kürzerer Reichweite und vier Atom-U-Boote mit strategischen Langstreckenraketen, Großbritannien ebenfalls vier Atom-U-Boote. Über die Errichtung eines europäischen Nuklearschirms mit französischen Atomwaffen wurde schon in der Vergangenheit debattiert, wobei Deutschland stets zur Bedingung stellte, Kontrolle über potentiell bei sich stationierte Waffen zu haben, was Frankreich bislang abgelehnt hat. Im Zuge des angekündigten strategischen US-Rückzugs, der auch zu einem Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Europa führen könnte, begann die Diskussion jedoch erneut.<sup>37</sup> Für Deutschland wäre eine Einigung günstig, da eigene deutsche Atomwaffen die Aufkündigung zahlreicher Verträge bedeuten, den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen und extrem teuer werden würde und damit auf absehbare Zeit nicht in Betracht kommt.

Dass die deutschen Militärausgaben so oder so weiter steigen werden, ist jetzt schon deutlich, auch wenn noch unklar ist, um wie viel. 2024 wurden 11 Prozent des Bundeshaushalts für Verteidigung ausgegeben (51 Milliarden Euro, ohne das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen). In Zukunft ist

37 | <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9882>

geplant, die Rüstungsausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen. Wird in Zukunft das NATO-Soll-Ziel von zwei Prozent vom Bruttoinlands-Produkt (BIP) umgesetzt, würde der Anteil auf 18 Prozent vom Bundeshaushalt (86 Milliarden Euro) ansteigen. 3,5 Prozent des BIP, wie von manchen Politiker:innen aktuell gefordert, würden ganze 31,5 Prozent des Bundeshaushalts (150 Milliarden Euro) ausmachen.<sup>38</sup>

Ebenfalls wird die Bedeutung von deutschen Rüstungsunternehmen weiter zunehmen. Deutschland und die EU wollen sich auf „einheimische“ Waffen stützen<sup>39</sup> und die deutsche Rüstungsindustrie erscheint als möglicher Treiber des Wirtschaftswachstums. Hinzu kommt, dass unrentable zivile Industriestandorte für sie nutzbar gemacht werden können, wie es bereits in Görlitz mit dem Verkauf eines Alstom-Werks an KNDS passiert ist.<sup>40</sup> VW mischt schon jetzt mit seinem Tochterunternehmen Renk im Rüstungsgeschäft mit, das als Weltmarktführer bei Getrieben für Panzer und Kriegsschiffe gilt. Über das von der Krise von VW betroffene Osnabrücker VW-Werk gab es bereits Ende 2024 Gerüchte, dass es an einen Rüstungskonzern verkauft werden soll, seitdem jedoch keine weiteren Meldungen<sup>41</sup>

38 | <https://www.imi-online.de/2025/01/22/nicht-verwirren-lassen/>

39 | <https://www.imi-online.de/2024/04/24/umschalten-auf-kriegswirtschaft/>

40 | <https://www.niederlausitz-aktuell.de/niederlausitz-aktuell/orte/nachbarn/288084/knds-uebernimmt-alstom-werk-in-goerlitz-produktion-von-panzern-ab-2025.html>

41 | Ein Schweizer Medienportal hatte darüber berichtet, die Aussage aber wieder gestrichen – ohne Begründung oder Kennzeichnung. Dazu: <https://www.hasepost.de/verkauf-von-volkswagen-osnabrueck-an-ruestungskonzern-schon-wieder-vom-tisch-548002/>

Bis die Rüstungsindustrie z. B. die Einbußen der Automobilindustrie auffangen könnte, ist es dennoch ein weiter Weg. Der deutsche Imperialismus muss es schaffen, seine Wirtschaft langfristig neu aufzustellen und darf in der technologischen Weiterentwicklung nicht zu weit zurückfallen. Zur Veränderung seiner Industrie gehört auch, dass er seine Energieversorgung langfristig sichern muss, was nicht nur die Frage der Erzeugung, sondern auch der dazugehörigen Infrastruktur, des Netzausbaus usw. betrifft. Ebenso der Umgang mit dem demografischen Wandel: Tausende Arbeiter:innen werden in den nächsten Jahren in Rente gehen, was nicht einfach für immer und überall durch Migration ausgeglichen werden kann. Eine Antwort darauf wird in der Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren gesehen.

Eine zentrale Frage für alle Bereiche bleibt die Entwicklung der Wirtschaft. Um den großen Monopolen unter die Arme zu greifen und sie aus der Krise zu holen, will die kommende Regierung bereits ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro an Infrastrukturprojekten auf den Weg bringen. Eine mögliche Ausweitung der Märkte für deutsche Unternehmen zeichnet sich zudem in Lateinamerika und in Osteuropa ab, was auch durch den Rückzug der USA aus diesen Gebieten begünstigt werden würde. Das würde Deutschland zwar immer noch nicht in eine ökonomische Liga mit den USA und China bringen, aber seine Stellung gegenüber Frankreich und auch Russland stärken.

Ob die deutsche Wirtschaft auf- oder absteigt: Den Preis dafür werden im Kapitalismus die Arbeiter:innen bezahlen. Wir können davon ausgehen, dass in den nächsten Monaten und Jahren eine Reihe von Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse durchgeführt werden: Mit der Militarisierung und der Kriegsvorbereitung wurde hier schon längst begonnen, auch wenn die direkten Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen noch ausbleiben. Was heute schon gespürt wird, sind das Abwälzen von hohen Industriepreisen und die Entlassungen, die uns auch in Zukunft weiter begleiten werden. Für die möglichen hunderten Milliarden an Krediten zur Unterstützung der Monopole und die Finanzierung der Aufrüstung können ebenfalls stärkere Kürzungen in den Sozialsystemen und -leistungen auf uns zukommen, wo bisher nur vorsichtig und teilweise Schritte in diese Richtung gegangen wurden. Um dem demografischen Wandel und Fachkräftemangel zu begegnen, gibt es bereits Forderungen, die tägliche Höchstarbeitszeit aufzuweichen, das Rentenalter immer weiter zu erhöhen und Rentner:innen stärker wieder zum Arbeiten zu bringen. Unter dem Deckmantel des „Bürokratieabbaus“ könnten zudem Regulationen z. B. in Bezug auf Umwelt- und Arbeitsschutz abgeschafft werden.

Grundsätzlich besitzt der deutsche Imperialismus alle Voraussetzungen, um auch seine aktuelle schwächere Phase für einen Sprung nach vorne zu nutzen. Aufgrund der sich immer schneller zuspitzenden Widersprüche bleibt ihm dabei aber nicht ewig Zeit, was ra-

dikalere Veränderungen und Varianten wahrscheinlicher macht als eine Fortsetzung des aktuellen Status Quo.

## Kampf um die Umsetzung

Auch wenn die Kapitalist:innen die herrschende Klasse darstellen, können sie ihre Wünsche nicht einfach so durchsetzen. Auf politischer Ebene braucht der deutsche Imperialismus Kräfte, die in der Lage sind, diese Maßnahmen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter:innenklasse, durchzusetzen oder sie im besten Fall sogar gegen ihre eigenen Interessen einzuspannen. Den offeneren Konkurrenzkampf auf ökonomischer wie politischer Ebene nutzen diese, um die Gesellschaft nach rechts zu treiben. Je schärfer die Widersprüche auf internationaler Ebene werden, desto schärfer werden die notwendigen Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse aus der Sicht der Kapitalist:innen und ihrer Politiker:innen. Die AfD wird in den nächsten Jahren weiter normalisiert und eine Regierungskoalition mindestens vorbereitet werden. Ein zentraler Grund, der dem bisher entgegenstand, war vor allem eine vermeintlich zu starke Abgrenzung von den USA durch die AfD. Durch den aggressiven Kurs der aktuellen US-Regierung sprechen aber auch eingefleischte „Transatlantiker“ wie Friedrich Merz (CDU) von der Notwendigkeit einer größeren Unabhängigkeit von den USA. Jede Regierung wird in Zukunft entsprechende Maßnahmen umsetzen. Dabei werden nicht nur kurzfristige Veränderungen durchgeführt, sondern auch langfristig

andere Standards gesetzt werden.

Neben ihrer Präsenz im Parlament in Form der AfD treibt die faschistische Bewegung auch auf der Straße und in den Medien diese Entwicklung voran. Parteien und Organisationen wie Der Dritte Weg oder die Neue Stärke Partei bedrohen Linke, Migrant:innen oder LGBTI+ Demonstrationen bereits heute auf offener Straße. Faschistische Denkfabriken und Theoriemagazine wie die Sezession, deren Chefredakteur Götz Kubitschek enge Verbindungen u. a. zu Björn Höcke hat, die sich selbst als „rechtsintellektuell“ beschreiben, legen dafür ideologische Grundsteine, und rechte Boulevardmedien wie NIUS, das vom ehemaligen Bild-Chefredakteur Julian Reichelt betrieben wird, verbreiten die faschistische Propaganda dann massenhaft. Trotz den verschiedenen Widersprüchen, die es auch innerhalb der faschistischen Bewegung gibt, sorgen sie insgesamt dafür, den aggressivsten Kurs des deutschen Imperialismus voranzubringen.

Als offene Interessenvertretung des Kapitals wirken außerdem die zahlreichen Unternehmensverbände (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Industrie- und Handelskammer, Gesamtmetall usw.) und ihre Denkfabriken (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft usw.). Über ihre eigenen Auftritte in der Öffentlichkeit hinaus verbreiten sie die Forderungen der Kapitalist:innen auch über die Medienmonopole z. B. der Bertelsmann-Stiftung (u. a. RTL

Group) oder Axel-Springer-Verlagsgruppe (u. a. Welt, Business Insider, Politico). Der Verlag der Bertelsmann-Stiftung gibt auch zahlreiche Bücher für Schulen und Ausbildungsstätten heraus, wo sie beispielsweise zusammen mit Texten der Bundeszentrale für politische Bildung (die wiederum zum Innenministerium gehört) den Unterricht im Interesse der Kapitalist:innen gestalten.

Der über verschiedene Wege vorangetriebene Rechtsruck erzeugt gleichzeitig eine Gegenbewegung, die fortschrittliche bis revolutionäre Kräfte stärken kann. Jeder Angriff kann nur unter der Gefahr der stückweisen Auflösung der gesellschaftlichen Stabilität durchgeführt werden. Damit steigt auch das Potenzial für Protest und Widerstand. Ein Beispiel dafür waren die massenhaften Demonstrationen gegen rechts und gegen die gemeinsame Abstimmung der CDU mit der AfD kurz vor der Bundestagswahl 2025. Vor allem die Linkspartei konnte dadurch in ihrer Geschichte einmalige Erfolge erzielen. Auch die DGB-Gewerkschaften, die heute grundsätzlich systemerhaltende Funktion einnehmen, werden jedoch durch ihre Basis zu Aktionen gegen Stellenabbau, Reallohnverlust usw. gedrängt.<sup>42</sup>

<sup>42</sup> | Zur Einschätzung des DGB als gelbe Gewerkschaft siehe den Artikel „Ist der DGB alternativlos?“ in dieser Ausgabe.

## Unsere Antwort

Der deutsche Imperialismus hat es historisch aus sehr vielen für ihn sehr schwierigen Lagen wieder herausgeschafft. Von alleine wird er also nicht fallen – dazu braucht es eine schlagkräftige Arbeiter:innenklasse und eine sozialistische Revolution. Aber wie kommen wir diesen Zielen unter diesen Umständen näher?

So wie in den Ministerien, Denkfabriken, Instituten usw. daran gearbeitet wird, die Strategie des deutschen Kapitals zu entwickeln und der Weltlage anzupassen, so müssen auch wir als Kommunist:innen unsere Antworten auf diese Entwicklungen finden. Grundsätzlich ist die Arbeiter:innenklasse heute immer noch die einzige gesellschaftliche Kraft, die positiv in die Entwicklung des Imperialismus eingreifen kann, indem sie ihn zerschlägt. In Deutschland ist es unsere Aufgabe, dem deutschen Imperialismus keine freie Bahn in seiner Entwicklung zu lassen.

Geht es dabei um die kurzfristigen Herausforderungen, dann müssen wir schon jetzt gegen jeden Angriff kämpfen, um uns nicht zu einem späteren Zeitpunkt in einer noch schlechteren Situation wiederzufinden. Bevor z. B. das Rentenalter weiter nach oben verschoben oder die wöchentliche Arbeitszeit angehoben wird, müssen wir auch schon gegen „freiwillige“ Anreize für Mehrarbeit (und dadurch größere Ausbeutung) kämpfen. Soll die Wehrpflicht wieder eingesetzt werden,

hunderte Milliarden für die Aufrüstung ausgegeben werden und die deutsche Rüstungsindustrie Weltmarktführer werden, gewinnt der antimilitaristische Kampf an besonderer Bedeutung, auch bevor Bundeswehrsoldat:innen an der Ostfront in Kämpfe verwickelt sind. Gegen die Vorbereitungen für einen nächsten großen imperialistischen Verteilungskrieg muss die Arbeiter:innenklasse international aktiv werden. Beispielhaft dafür stehen bereits die Proteste gegen den Krieg und Völkermord in Gaza. Krisen und Kriege in anderen Teilen der Welt werden ebenfalls wieder in Deutschland finden und müssen von Kommunist:innen aufgegriffen werden, um alle Teile der Arbeiter:innenklasse, die hier leben, zu aktivieren und zu organisieren.

Dazu gehört auch, die besonderen Auswirkungen von Krisen und Angriffen auf die Frauen der Arbeiter:innenklasse aufzuzeigen und gegen das Erstarren vermeintlich „vergänger“ Ausdrücke des Patriarchats anzukämpfen, wie z. B. einer möglichen Verschärfung des Abtreibungsrechts, wie es in den USA bereits Realität ist. Eine stärkere Rückkehr zur Propagierung der Rolle der Hausfrau und Mutter ist gerade in Hinblick auf kriegerische Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen, auch wenn sie im Widerspruch zum geplanten weiteren Einzug von Frauen in den Arbeitsmarkt, der Erhöhung ihrer Arbeitszeiten und einer „Wehrpflicht für alle“ steht. Der deutsche Imperialismus benötigt beides, und z. B. ein bürgerlicher Feminismus kann ihm dafür auch den Weg bereiten.

Ganz im Sinne von: Frauen können selbst bestimmen, wie sie Deutschland dienen – ob an der Waffe oder an der Heimatfront. Die revolutionäre Alternative zu dieser falschen Wahl deutlich zu machen, ist ebenfalls eine zentrale Aufgabe.

Mit dem krisenhaften Ausdruck der sich zuspitzenden Widersprüche steigt das Potential für Umbrüche in den Lebensläufen unserer Klasse im Gesamten. Heute machen sich das vor allem faschistische Kräfte zunutze, indem sie Sorgen und Ängste der Menschen vor der Zukunft auf Feindbilder wie Migrant:innen oder LGBTI+ Personen lenken. Neben direkter antifaschistischer Arbeit und Konfrontation, um der Rechtsentwicklung etwas entgegenzusetzen, müssen Kommunist:innen es vor allem schaffen, selbst aus

diesen Brüchen politische Aktivität zu erzeugen und Klassenbewusstsein bei den Menschen zu entwickeln.

Langfristig müssen daraus eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung und aus ihren fortschrittlichsten Kräften eine Kommunistische Partei wieder aufgebaut werden. Jede andere Strategie bleibt unter den aktuellen Bedingungen zum Scheitern verurteilt. So alt diese grundsätzlichen Erkenntnisse auch sein mögen, umso wichtiger ist das konkrete Arbeiten an ihrer Schaffung unter Anpassung an die dargestellte Lage, in Deutschland und auf der ganzen Welt. Dann liegt es auch in unseren Händen, in was für einer Welt wir in den nächsten Jahren leben werden.





**Ist der DGB  
alternativlos?**

Die Gewerkschaftsfrage ist so alt wie die Arbeiter:innenbewegung selbst. Sie beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle Gewerkschaften im Kampf um die Befreiung der Arbeiter:innenklasse einnehmen, und wie die Kommunist:innen mit diesem Instrument arbeiten sollten.

Wichtige Grundlagen, um hier zu Antworten zu kommen, hat bereits Karl Marx (1818 - 1883) in seinem klassischen Werk „Lohn, Preis, Profit“ klar dargelegt: *„Gewerkschaften tun gute Dienste als „Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“*<sup>1</sup>

Diese grundlegende Ausrichtung ist nach wie vor gültig. Auch heute benötigen wir Arbeiter:innen Gewerkschaften als „Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“ die aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wiederkehrend auf uns einprasseln und im alltäglichen Kampf abgewehrt werden müssen. Sie müssen jedoch auch „als ein Hebel zur schließlichen Befreiung

der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“ dienen, da die Angriffe durch das Kapital so lange andauern werden, wie der Kapitalismus existiert. Wollen wir also aus dem Hamsterrad unserer Ausbeutung ausbrechen, benötigt es nämlich die Überwindung der Lohnarbeit als Ganzes.

Solche Organisationen haben wir als Arbeiter:innenklasse in Deutschland heute dringend nötig. In den letzten Jahren stehen wir besonders unter Beschuss: Die Teuerungen haben zu massiven Reallohnverlusten geführt. Zudem gibt es in nahezu allen Bereichen der Industrie seit 2024 einen massiven Stellenabbau oder die Ankündigung dessen – allen voran in der Autoindustrie, die mit ihren großen Monopolen und den Zulieferunternehmen eine zentrale Rolle in der deutschen Wirtschaft spielt. Auch die Insolvenzen stiegen Anfang 2025 auf Rekordniveau.

Die Folgen davon müssen wir Arbeiter:innen ausbaden. Die Kapitalist:innen drohen uns nicht nur mit Entlassungen, sondern greifen darüber hinaus unsere Rechte an. Sie fordern eine höhere Wochenarbeitszeit oder ein späteres Renteneintrittsalter, verlangen von uns, mehr Überstunden zu machen, und wollen Krankentage nicht mehr bezahlen.<sup>2</sup> Ideologisch werden diese Debatten mit Begriffen wie fehlender „Arbeitsmoral“ und

2 | Arbeitgeber fordern: Deutsche müssen einfach länger arbeiten, <https://www.schwaebische.de/wirtschaft/arbeitgeber-fordern-deutsche-muessen-einfach-laenger-arbeiten-3306927>

„Arbeitseffizienz“ aufgeladen, um Teile der Klasse selbst hinter diesen Forderungen zu versammeln und diese Angriffe zu rechtfertigen.

Bürgerliche Ökonom:innen liefern uns derweil immer wieder neue „Antworten“, mit denen konkrete Teilereignisse als Gesamtursache für die aktuelle Krise herhalten sollen. So war es zunächst alleine die Corona-Pandemie, die für den wirtschaftlichen Einbruch verantwortlich gemacht wurde, später der Ukraine-Krieg und aktuell wird in der Autoindustrie der verpasste Umstieg auf die Elektromobilität als Hauptursache auserkoren. Sicherlich hatten diese Ereignisse starken Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Allerdings ist ein zentrales Element von wirtschaftlichen Krisen, dass sie innerhalb des Kapitalismus zyklisch wiederkehren. Nach der letzten großen Krise 2008/2009 gab es eine längere Phase des Aufschwungs, die zwangsläufig in eine weitere Überproduktionskrise münden musste. Diese zeigte ihre Auswirkungen 2018/2019. Was wir heute spüren, sind einerseits noch die Nachwirkungen dieser Krise selbst, andererseits aber auch die Folgen eines durch Pandemie und Krieg krass verzerrten Krisenzyklus. Zugleich zeigen sich strukturelle Probleme des deutschen Imperialismus, dessen exportorientiertes Erfolgsmodell immer stärker unter Druck gerät.<sup>3</sup>

Wie steht es in dieser Situation nun um die Gewerkschaften in Deutsch-

land? Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als größter gewerkschaftlicher Dachverband in Deutschland, in dem mehrere Millionen Arbeiter:innen organisiert sind, steht bei dieser Frage in den meisten Diskussionen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Schauen wir uns also exemplarisch an, welche Rolle er in einigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre eingenommen hat:

- Während der Corona-Pandemie sagte der DGB die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ab. Zum einen sorgte er damit für eine Nullrunde in einer der bedeutendsten Branchen in Deutschland. Zum anderen gab er in einer Situation, in der so viele Menschen in Kurzarbeit waren wie noch nie zuvor in der Geschichte der BRD, in der ein Kampf (unter Einbeziehung des Gesundheitsschutzes) so notwendig für unsere Klasse gewesen wäre, das zentrale Kampfmittel des Streiks in der Branche mit dem höchsten „Organisierungsgrad“ bewusst aus der Hand.
- Nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 gab es vom DGB keinen Widerstand gegen das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr, sondern eine ideologische Unterstützung der Kriegsinteressen des deutschen Imperialismus. Von der grundlegenden Idee der Arbeiter:innenbewegung, dass „Arbeiter:innen nicht auf Arbeiter:innen schießen“, war hier nichts zu sehen. Im Gegenteil: Die IG Metall rief zusammen mit SPD und dem

3 | Vgl. dazu den Artikel zum deutschen Imperialismus in dieser Ausgabe.

zentralen Lobbyverband der Rüstungsindustrie zur weiteren Aufrüstung auf.<sup>4</sup>

- Im Zuge der darauffolgenden Energiekrise erlebte die Arbeiter:innenklasse so hohe Inflationszahlen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Doch der DGB begab sich 2022 zum zweiten Mal nach 1967 in die „Konzertierte Aktion“, wo er mit Kapital und Politik einen Pakt schloss, die Reallöhne langfristig zu senken und mit Einmalzahlungen abzufedern. In der Folge haben wir gesehen, wie in einer Tarifrunde nach der anderen Reallohnverluste abgeschlossen wurden.
- Bei dem seit über einem Jahr vor den Augen der Welt stattfindenden Völkermord an den Palästinenser:innen in Gaza machte sich der DGB an der Seite der israelischen Gewerkschaft "Histadrut" zum Komplizen. Gegen Gewerkschafter:innen, die dagegen protestierten, ging er aktiv vor.<sup>5</sup>
- Auch zu den angekündigten Massenentlassungen und Werkschließungen bei VW Ende letzten Jahres führte der DGB lediglich Aktionen zum Dampf ablassen durch und organisierte trotz laufender Tarifrunde keinen ernsthaften Widerstand gegen diese Angriffe. Dass es innerhalb des DGB auch fortschrittliche Positionen und kämpferische Mitglieder

gibt, die immer wieder konsequente Arbeitskämpfe anzetteln, verändert an den grundlegenden Problemen wenig. Zum einen bewegen sich diese trotzdem meistens im Rahmen des „*Kleinkriegs gegen die Wirkungen des bestehenden Systems*“. Zum anderen sind die DGB-Führung und der hauptamtliche Apparat der Einzelgewerkschaften sehr gut geübt darin, selbst diese spontane Widerständigkeit in geordnete Bahnen zu lenken und damit zu sabotieren.

Um zu verstehen, warum der DGB heute so handelt, welche Interessen dem zugrunde liegen und was unsere Haltung dazu als Kommunist:innen sein sollte, möchten wir uns in diesem Text mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Warum sind die DGB-Gewerkschaften heute nicht die notwendigen Strukturen wie von Marx gefordert? Was hat ihre Entstehungsgeschichte damit zu tun und wie haben sie sich bis heute entwickelt?
2. Wie können wir die klassischen Ausführungen von Lenin zur notwendigen „Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften“ auf heute anwenden?
3. Wie kann eine konsequent klassenkämpferische Politik in der Gewerkschaftsfrage und Schritte in die Richtung notwendiger revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen für unsere Klasse aussehen?

## Wie ist der DGB einzuschätzen?

### Die Vorläufer des DGB

Mit der Herausbildung der deutschen Arbeiter:innenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich auch ihre Organisationsformen. Nach ersten regional und beruflich beschränkten kleinen Gewerkschaften und ihrem Verbot zur Zeit der Sozialistengesetze (1878 - 1890) gründete sich 1890 die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (GK) als erster gewerkschaftlicher Dachverband im Deutschen Reich. Die GK stand klar unter der Kontrolle der damals noch revolutionären SPD. Doch bereits im Jahr 1905 hatten sich die reformistischen Kräfte klar durchgesetzt, gegen die Marx und Engels jahrzehntelange ideologische Kämpfe geführt hatten. In diesem Jahr beschloss der Reichskongress der GK eine klare Trennung der politischen und ökonomischen Kämpfe, was von der SPD ein Jahr später wiederum bestätigt wurde. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs beging die GK dann zusammen mit der SPD den Verrat an der Arbeiter:innenklasse durch die Unterstützung der Kriegskredite, welche Kaiser Wilhelm II. zur Kriegsführung benötigte. Während des Ersten Weltkriegs waren es dann revolutionäre Kräfte in und außerhalb des ADGB, welche die großen Arbeiter:innenstreiks anführten.

Mit der Novemberrevolution 1918/1919 erkämpfte die revolutionäre deutsche

Arbeiter:innenbewegung die demokratische Republik, wurde jedoch durch den erneuten Verrat der SPD und den Einsatz des Militärs am Voranschreiten zur sozialistischen Revolution gehindert. Nach der Niederschlagung der Novemberrevolution wurde dann im Juli 1919 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) gegründet. Dieser stand von Beginn an unter führendem Einfluss der SPD. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hatte sich gerade erst mit ihrer Gründung Ende 1918 von der SPD organisatorisch losgelöst und unterstützte noch längere Zeit den Zusammenschluss aller Arbeiter:innen im ADGB. Hintergrund dessen war auch, dass der ADGB im Kampf zur Verteidigung der demokratischen Republik und gegen den aufkommenden Faschismus zu Beginn eine relevante Rolle einnahm. 1920 konnte noch mit dem größten Generalstreik der deutschen Geschichte der Kapp-Putsch verhindert werden.

Zugleich verschmolz der ADGB immer stärker mit dem Staatsapparat der Weimarer Republik: Unter Friedrich Ebert und Hermann Müller war er durch die SPD direkt an der Regierungspolitik beteiligt und wurde darüber hinaus in das Reichsarbeitsministerium durch aktive Mitarbeit an Gesetzen sowie in verschiedenen ministeriellen Beiräten und Kommissionen eingebunden. Hinzu kam der Aufbau einer institutionalisierten Form der Tarifverhandlungen, bei denen Kapital und ADGB-Gewerkschaften im Sinne der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des deutschen

4 | Nazarenko, Phillipp (2024): Wie uns die Sozialpartnerschaft aus IG Metall, SPD und Waffenlobby in den Krieg führt. In: <https://perspektive-online.net/2024/02/wie-uns-die-sozialpartnerschaft-aus-ig-metall-spd-und-waffenlobby-in-den-krieg-fuehrt/>

5 | Berufsverbot wegen Protest gegen den Völkermord in Gaza: <https://offene-akademie.org/berufsverbot-wegen-protest-gegen-den-voelkermord-in-gaza/>

Imperialismus Arbeits- und Lohnbedingungen aushandelten. Im „Schlichtungsfall“ kam das Reichsarbeitsministerium ins Spiel. Auch wenn der ADGB nicht ursprünglich von der Kapital-Seite gegründet worden war, entwickelte er sich immer mehr zum integralen Teil des deutschen Kapitalismus und Co-Manager für das Kapital und wurde somit zu einer gelben Gewerkschaft. Besonders augenfällig wurde diese

Zusammenarbeit während der ersten großen Weltwirtschaftskrise 1928, als der ADGB eine aktive Streikpolitik verhinderte und Sozialabbaumaßnahmen unterstützte, obwohl die Krise massives Elend für die Arbeiter:innenklasse brachte. Gegen rebellierende Arbeiter:innen in den eigenen Reihen begann die ADGB-Führung eine rigorose Ausschlusspolitik.

dazu gedrängt – ihre Gewerkschaftslinie anzupassen.

Ursprünglich waren die Ziele der RGO:

1. eine oppositionelle Arbeit innerhalb des ADGB gegen die sozialdemokratische und reformistische Politik zu entfalten,
2. Arbeiter:innen innerhalb und außerhalb des ADGB gemeinsam zu organisieren, nachdem vor allem Kommunist:innen bereits ausgeschlossen wurden,
3. eine Verbindung zwischen Arbeiter:innen, Arbeitslosen und Mitgliedern der freien, außerhalb des ADGB stehenden Gewerkschaften herzustellen.

Zu Beginn der RGO-Politik konnten „Rote Listen“ als Konkurrenz zu den ADGB-Listen in einigen Betrieben bei den Betriebsratswahlen starke Erfolge erzielen. Der ADGB reagierte mit scharfer Repression gegen die Mitglieder der RGO, indem er sie nicht nur aus den ADGB-Gewerkschaften ausschloss, sondern auch in Zusammenarbeit mit den Kapitalist:innen ihre Entlassungen aus den Betrieben durchsetzte. So sank die Zahl der KPD-Mitglieder in den Industriebetrieben zwischen 1928 und 1931 von 63 Prozent auf knapp 20 Prozent. Die RGO und damit auch die KPD verlor trotz einiger Erfolge in einzelnen Betrieben unter anderem dadurch sehr schnell an Masseneinfluss und war nach wenigen Jahren deutlich isolierter von den restlichen Teilen der Klasse. Nachdem das Hauptziel der Schaf-

fung einer Opposition innerhalb des ADGB nicht mehr umgesetzt werden konnte – auch weil die Kommunist:innen aufgrund der Massenausschlüsse schlichtweg nicht mehr Mitglieder im ADGB waren – orientierte die RGO zunehmend auf den Aufbau einer eigenen roten gewerkschaftlichen Organisation. Dabei konnte sie jedoch aufgrund der fehlenden Massenbasis keine großen Erfolge mehr vor der Machtübertragung an die Faschisten im Jahr 1933 erzielen.

Der deutsche Faschismus stellte ohne Zweifel das dunkelste Kapitel für die Gewerkschaftsbewegung in diesem Land dar. Die ADGB-Führer versuchten sich zu Beginn mit den Hitlerfaschist:innen zu arrangieren, und so beging man am 1. Mai 1933 gemeinsam den „Tag der nationalen Arbeit“. Einen Tag später wurden die Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt und sämtliche Strukturen des ADGB gliederten sich in die am 10. Mai 1933 gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF) ein. Ab dann kam es zur Abschaffung der meisten Rechte der Arbeiter:innen, Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung von gewerkschaftlich aktiven Menschen. Während sich Teile der gewerkschaftlichen Basis an das neue System anpassten, flüchteten andere ins Exil. Eine Reihe von Gewerkschafter:innen begab sich auch in den antifaschistischen Widerstand, der jedoch nicht so stark wurde, dass er das System von innen entscheidend in Gefahr brachte. Deutschland wurde im Mai 1945 von außen, unter wesentlichem Anteil der Roten Armee, befreit.

## Gelbe Gewerkschaften

Der Begriff der „gelben Gewerkschaft“ kommt aus der frühen französischen Arbeiter:innenbewegung. Damals wurde von dem französischen Syndikalist Pierre Biétry (1872 - 1918) die Gewerkschaft Fédération nationale des Jaunes de France in Abgrenzung zur Confédération générale du travail (CGT) gegründet, die von Anarchist:innen und Kommunist:innen dominiert war. Anstatt auf Klassenkampf sollte die neue „Gewerkschaft“ auf friedliche Verhandlungen mit dem Unternehmen setzen, über welche ein starker Staat wachen sollte. In Abgrenzung zum „roten“ Sozialismus bezeichnete sich seine Bewegung selbst als „gelber Sozialismus“. Später schwor die Bewegung jeglicher sozialistischer Elemente ab. Auch in anderen Ländern entstanden in diesem Sinne gelbe Gewerkschaften, die sich in erster Linie durch ihre Feindschaft zum Marxismus und ihren korporatistischen Ansatz gegenüber Unternehmen auszeichneten. Der Begriff der gelben Gewerkschaft wurde in der Folge umgekehrt auch von sozialistischen Gewerkschafter:innen genutzt, um sich gegenüber ebensolchen gelben Gewerkschaften abzugrenzen, die im Interesse von Kapital und Staat agierten.

Als Antwort darauf entwickelte die KPD nach mehreren parteiinternen Auseinandersetzungen bis 1929 dann in der Gewerkschaftsfrage die Politik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Dem vorausgegangen war eine organisatorische und politische Festigung der Partei ab Mitte der 20er Jahre. Hier hatten die Betriebe im Organisationsaufbau eine immer grö-

ßere Rolle eingenommen. Dies hing mit der „Bolschewisierung“ ab 1925 zusammen, in deren Zusammenhang sich die KPD mehr an dem Aufbaukonzept der Bolschewiki orientierte, welche ihren Einfluss maßgeblich auf kommunistische Zellen in den Betrieben gestützt hatten. Damit sah sich die KPD nun gefestigt genug – und zugleich durch die äußeren Umstände

## Die Gründung des DGB als fest integrierte gelbe Gewerkschaft

Schon als sich das Ende des Nazi-Regimes abzeichnete, begannen im Exil die Vorbereitungen für den Wiederaufbau gelber Gewerkschaften. Deutlich wird das an einem Zitat des ehemaligen ADGB-Funktionärs Fritz Tarnow (1880 - 1951), der bereits 1944 deutlich machte: *„Beim Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften stehen wir vor dringenden Aufgaben. Es ist gewiss, dass eine der Hauptaufgaben der deutschen Arbeiter die Forderung nach Einheit sein wird und sie werden versuchen, starke nichtpolitische Verbände von Industriegewerkschaften zu schaffen, oder vielleicht sogar Gewerkschaften verlangen, die alle Arbeiter umschließen (Einheitsgewerkschaften). Wir müssen dies um jeden Preis verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und den amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich (nach Deutschland, d.V.) zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der (westlichen, d.V.) Militärbehörden rechnen (...), da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt.“*<sup>6</sup>

Tatsächlich fand nach dem Zweiten Weltkrieg die Bildung neuer Gewerkschaften in Westdeutschland unter

6 | Wheeler, George S. (1958): Die amerikanische Politik in Deutschland (1945-1950). S. 39 f.

strenger Aufsicht der USA, Großbritanniens und Frankreichs statt. Zentralen Einfluss hatten die US-amerikanischen Besatzungsbehörden. Sie wollten eine Gewerkschaft nach dem Vorbild der American Federation of Labor (AFL) aufbauen, die auf Basis der Ideologie des „free trade unionism“ ihre Kämpfe rein auf ökonomische Anliegen beschränkte und antikommunistisch ausgerichtet war.

Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der ab 1949 geschaffen wurde, gelang dann das Kunststück, sowohl dem Ruf nach „Einheitsgewerkschaften“ Rechnung zu tragen und zugleich die Kommunist:innen Stück für Stück herauszudrängen. Dafür wurde ein Dachverband aufgebaut, der offiziell alle politischen Strömungen und Berufsgruppen eingliedern sollte. Er umfasst bei seiner Gründung 16 verschiedene Einzelgewerkschaften. Sowohl der DGB als auch die jeweiligen Einzelgewerkschaften wurden in eine bundesweite Ebene, eine Länderebene und eine lokale Ebene unterteilt. Auf den lokalen Ebenen gab es dann noch verschiedene Formen von AGs und Ausschüssen. Was auf den ersten Blick also nach einer demokratischen, unabhängigen Gewerkschaft aussah, war faktisch eine noch stärker in das System des deutschen Kapitalismus integrierte gelbe Gewerkschaft.

So trat der DGB in Bezug auf die Verschmelzung mit Staat und Kapital in die Fußstapfen des ADGB. Die Führungsposten der Gewerkschaft wurden mit SPD-Politikern wie Hans

Böckler (1875 - 1951) besetzt, die sich bereits in der Weimarer Republik durch eine besonders antikommunistische Politik hervorgetan hatten. Die SPD war weiterhin entscheidendes Bindeglied zwischen Staat und DGB. Zugleich ordnete sich der DGB noch „offizieller“ in das bundesdeutsche Wirtschaftssystem ein. Hatte der ADGB noch die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien gefordert, bekräftigte der DGB nun ganz offen den als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichneten deutschen Kapitalismus. Mit dem vom DGB mit vorangetriebenen Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 wurde die paritätische Besetzung von Aufsichtsräten<sup>7</sup> in Deutschlands wichtigsten Monopolen festgelegt und damit das spezifisch deutsche System der „Sozialpartnerschaft“ geschaffen, welches die Gewerkschaftsspitzen zu Co-Manager:innen macht.

## Der DGB und sein Kampf gegen links

So wie alle gelben Gewerkschaften zeichnete sich auch der DGB durch seinen aktiven Kampf gegen Kommunist:innen in seinen Reihen aus. Schon kurz nach seiner Gründung wurden die Kommunist:innen an den Rand des DGB gedrängt. Dabei musste man rabiater vorgehen, denn die KPD hatte beispielsweise bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1946 in der Kohleindustrie in NRW – und damit dem Kern

7 | Der Aufsichtsratsvorsitz mit doppelter Stimme wird dabei von der Kapitaleseite gestellt, sodass die tatsächliche Macht immer in den Händen der Unternehmer:innen verbleibt.

des deutschen Monopolkapitalismus – 38,8 Prozent der Stimmen erhalten. Das waren gut zwei Prozent mehr als die SPD. Dieser Einfluss wurde nicht akzeptiert, was sich an insgesamt 650 Ausschlüssen von KPD-Mitgliedern in den 1950er Jahren aufgrund von „gewerkschaftsfeindlichem Verhalten“ zeigte, da diese sich weigerten, sich schriftlich vom Parteiprogramm der Partei zu distanzieren. Dabei half es auch nicht, dass sich die KPD selber in dieser Zeit mehr und mehr nach rechts entwickelte und sich der Sozialdemokratie anbot. Der DGB folgte damit der Linie der Bundesregierung, die bereits 1951 Berufsverbote gegen KPD-Mitglieder im öffentlichen Dienst erließ und im selben Jahr das Verbotungsverfahren gegen die Partei einleitete.<sup>8</sup>

Da wo einzelne Ausschlüsse nicht ausreichten, schreckte der DGB auch nicht davor zurück, ganze Landesverbände aufzulösen, in denen die Kommunist:innen zu stark waren. Dazu gehörte etwa der Bezirk Nordrhein der IG Bau mit 49.000 Mitgliedern, der im Jahr 1956 vollständig aufgelöst und neu gegründet wurde. Betriebliche und staatliche Repression ergänzten sich: Mit dem KPD-Verbot im selben Jahr war die kommunistische Bewegung zu diesem Zeitpunkt deutlich geschwächt.

Erst mit der 68er-Bewegung gab es wieder einen Aufschwung der kommunistischen Bewegung, der jedoch in den Strukturen des DGB sogleich

8 | Bois, Marcel / Jaeger, Alexandra (2023): Die Grenzen der Toleranz - 50 Jahre Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB. In: <https://www.fes.de/feshistory/unvereinbarkeit>

mit weiteren Ausschluss- und Auflösungswellen einherging. So wurde nach langen internen Auseinandersetzungen der gesamte Landesverband der GEW in Westberlin ausgeschlossen. Noch heute spricht die GEW in einem Geschichtsrückblick offen über die reaktionären Gründe: *„Die ‚linken‘ Tendenzen der jungen Mitglieder wurden auch in Berlin heftig bekämpft. Als links galt jede\*r, die die etablierten Machtstrukturen in Frage stellte und Partizipation verlangte. So erklärte der damalige Vorsitzende der GEW BERLIN, Dietrich Schaeffer, kurzerhand eine Forderung nach Senkung der Teilungsfrequenz für alle Grundschulklassen von 35 auf 30 als umstürzlerisch.“*<sup>49</sup>

1972 erließen Bund und Länder zusammen den „Radikalenbeschluss“, um kritische Kräfte aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen. Es kam zu einer immer stärker werdenden Repression gegen die 1968 neu gegründete DKP sowie verschiedene „K-Gruppen“, die sich am Marxismus-Leninismus orientierten. Der DGB schloss sich dieser Entwicklung an: Im Jahr 1973 wurde ein „Unvereinbarkeitsbeschluss“ getroffen, wonach Mitglieder von K-Gruppen kein Mitglied in DGB-Gewerkschaften sein dürfen. Er differenzierte hier jedoch und ließ die Mitglieder der DKP weitestgehend unbehelligt, da diese sich in ihrer Gewerkschaftspolitik vollkom-

men dem DGB unterordneten.<sup>10</sup>

Es folgten an die 1000 weitere Ausschlüsse sowie verweigerte Neuaufnahmen von Mitgliedern, welche in den K-Gruppen aktiv waren. Auch der Rechtsschutz wurde Gewerkschafter:innen verweigert, welche unter dem Verdacht standen, K-Gruppen-Mitglieder zu sein. Das führte dann z. B. dazu, dass Lehrer:innen, die ein Berufsverbot erhielten, von den DGB-Gewerkschaften aufgrund ihrer politischen Gesinnung keinen Rechtsschutz mehr erhielten, um gegen das Berufsverbot vorgehen zu können.

In dieser Situation gingen einige K-Gruppen dazu über, das Konzept der RGO wiederzubeleben. Dabei blieben die Konzepte sehr nah an denen der Parteien angelehnt, welche diese historisch initiiert hatten<sup>11</sup>. Zugleich traten sie in der Praxis durchaus immer wieder gemäßigter auf. So erklärte Peter Vollmer (geb. 1940): *„Die von mir initiierte Kandidatenliste zur Betriebsratswahl 1978 im Kabelwerk Winkler mit dem Namen ‚Frischer Wind‘ war damals schon eine RGO-Liste, in deren Programm ‚Revolution‘ nicht vorkam. Streng genommen stellte sie nach der damaligen Begrifflichkeit eine ‚rechtsopportunistische Abweichung‘ von der RGO-Politik dar. Das wurde jedoch vermutlich wegen des guten Wahlergebnisses nie offen*

10 | Jaeger, Alexandra (2022): „Wendepunkt zum Unrechtsstaat?“ Gewerkschaftliche Kritik am Radikalenbeschluss von 1972. In: <https://www.fes.de/feshistory/blog/radikalenbeschluss>

11 | So wurde 1973 etwa von der RGO dazu aufgerufen, den 1. Mai „unter der Fahne der KPD“ zu begehen. (Vgl. [https://web.archive.org/web/20221205001816/https://www.mao-projekt.de/BRD/DGB/AO/KPD-RGO\\_Erster\\_Kongress.shtml](https://web.archive.org/web/20221205001816/https://www.mao-projekt.de/BRD/DGB/AO/KPD-RGO_Erster_Kongress.shtml))

*kritisiert.“*<sup>12</sup> Diese RGO konnte also sehr wohl Arbeiter:innen organisieren und sich in der Klasse verankern. Wenn es hart auf hart kam und ökonomische Forderungen durchgesetzt werden sollten, hatten die Arbeiter:innen keine Probleme, Kommunist:innen zu folgen. Aber das hieß noch lange nicht, dass sie für den Kommunismus gewonnen waren oder bereit gewesen wären, im Klassenkampf für den Sozialismus aktiv zu werden. Die schwierige Aufgabe, den ökonomischen Tageskampf in den Kampf um den Sozialismus einzubetten und Arbeiter:innen zu politisieren, gelang auch ihnen nicht in ausreichendem Umfang. Die allermeisten Betriebsaktivist:innen, die in den 80er Jahren nicht direkt die Seiten gewechselt haben, endeten als kämpferische Gewerkschafter:innen im Reformismus. Statt Kommunist:innen aus der Arbeiter:innenklasse durch die Betriebsarbeit zu gewinnen, haben die K-Gruppen also reihenweise Kader:innen an die Sozialdemokratie verloren. Das dahinter stehende Problem, eine revolutionäre Politik mit der Eroberung der Mehrheit der Arbeiter:innen unter imperialistischen Bedingungen richtig zu verbinden, blieb eine nach wie vor ungelöste Aufgabe.

Nach der erfolgreichen Integration und Repression gegenüber der revolutionären Bewegung in Politik und Gewerkschaft in den 70er Jahren folgte nach der Annexion der DDR 1989/1990 der nächste Tiefpunkt für die kommunistische Bewegung in

12 | Vollmer, Peter (2003): Autobiographie, 1976 bis 1978 Zwei Jahre im Kabelwerk Winkler in Berlin – Ein Rückblick nach persönlichen Aufzeichnungen, trafo Verlag, S. 17

Deutschland. Die meisten K-Gruppen verschwanden in der Bedeutungslosigkeit. Eine Ausnahme stellt dabei die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) dar, deren organisatorische Kontinuität bis in die Zeit der K-Gruppen zurückreicht und die auch in den 90ern noch eine Arbeit in den DGB-Gewerkschaften aufrechterhalten konnte. Nachdem man ihr kein „gewerkschaftsfeindliches Verhalten“ vorwerfen konnte, ging der DGB dazu über, die Ausschlüsse gegenüber MLPD-Mitgliedern nicht aufgrund von konkretem Fehlverhalten, sondern lediglich aufgrund der sozialistischen Gesinnung und des Ziels einer revolutionären Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu begründen.

Ein bedeutendes Beispiel, wie auf der anderen Seite eine erfolgreiche Integration von Kommunist:innen verlaufen kann, ist die Karriere von Bertold Huber (geb. 1950). Dieser startete seine Arbeit im DGB als Teil des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands – dem Vorläufer der MLPD – und arbeitete sich dann bis zum Betriebsratsvorsitzenden bei VW hoch. Der VW-Konzern vertraute Huber so sehr, dass er im Jahr 2015 sogar Aufsichtsratsvorsitzender des größten deutschen Monopols wurde.

Auch wenn es heute vereinzelt noch Ausschlüsse gibt, die jedoch häufig auch stark auf persönlichen Konflikten oder Machtkämpfen beruhen, kann man sagen, dass der DGB es inzwischen weitestgehend geschafft hat, den Einfluss der

9 | Will, Klaus / Schaad, Ilse (2023): So wie es ist, so wird es nicht bleiben. In: <https://www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/so-wie-es-ist-so-wird-es-nicht-bleiben>

Kommunist:innen geringzuhalten oder sie so zu integrieren, dass das Ausnutzen ihrer politischen Erfahrung und Arbeitsdisziplin den gewerkschaftlichen Apparat stärkt, anstatt die kommunistische Bewegung oder die Entwicklung des Klassenkampfes. Wenn es doch mal rebellischer wird, dann greifen bereits früh subtile Formen des gleichen Systems. So werden z. B. Ortsverbände mit widerständigen Kolleg:innen mit anderen Ortsverbänden zusammengelegt oder Kolleg:innen in andere Ämter versetzt. Auch das Locken mit den bestens bezahlten hauptamtlichen Funktionärspositionen ist ein beliebtes Mittel, um oppositionelle Tendenzen im Zaum zu halten.

## Der DGB heute

Zwischen 1991 und 2024 halbierte sich die Mitgliederzahl des DGB von 11,8 Millionen auf 5,58 Millionen<sup>13</sup>. Auch durch die in den vergangenen Jahren vermehrt eingesetzten „Organizing“-Strategien und die bezahlte externe Mitgliederwerbung konnte dieser Prozess nur abgebremst, aber nicht umgekehrt werden. So verlor allein die Gewerkschaft Verdi 2024 innerhalb eines Jahres 1,73 Prozent ihrer Mitglieder, der DGB insgesamt 1,53 Prozent. Mit 34 Prozent sind Frauen zudem stark unterrepräsentiert in den Reihen des DGB. Allein bei Verdi machte darüber hinaus im Jahr 2024 der Anteil der Rentner:innen 17,6 Pro-

zent der Mitglieder aus<sup>14</sup>. 2012 gibt die Friedrich-Ebert-Stiftung an, dass insgesamt 27 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos oder in Rente sind<sup>15</sup>. Somit organisiert der DGB derzeit weniger als 10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland.

Der Umstand, dass der DGB die größten Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse der letzten beiden Jahrzehnte mitgetragen hat, hat die Situation sicherlich nicht besser gemacht. Sowohl an der Planung und Umsetzung der Agenda 2010 als auch an der gesetzlichen Verankerung der Leiharbeit war der DGB maßgeblich beteiligt. Durch das 2015 beschlossene Tarifeinheitsgesetz versuchte der DGB, konkurrierende Gewerkschaften, die erfolgreiche Arbeitskämpfe durchführen, wie z. B. die GDL, zu schwächen.

Dass der DGB so offensichtlich arbeiter:innenfeindlich agiert, hängt zum einen damit zusammen, dass er systematisch mit staatlichen Institutionen verschmolzen ist. Es gibt dafür nicht nur offensichtliche Beispiele wie die „Konzertierte Aktion“ oder dass fast alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften Mitglieder der Monopolpartei SPD sind. Sondern der DGB-Apparat ist auch organisch an mehreren Stellen direkt in den Staatsapparat des deutschen Imperialismus integriert: Er ist in verschiedenen Gremien der

Regierung und Verwaltung wie Bundestagsausschüssen und der Mindestlohnkommission vertreten. Als Teil des Sozialversicherungssystems macht der DGB ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit aus. Auch in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und der Rentenversicherung ist der DGB in den Verwaltungsorganen vertreten. Hierüber sind bereits verschiedene Klassenkämpfe von oben geführt worden, wie etwa die Einführung von Zusatzbeiträgen oder ein voranschreitender Leistungsabbau.

Hinzu kommt, dass er selbst zahlreiche kapitalistische Unternehmen führt. Bereits früh entwickelte der DGB eigene unternehmerische Tätigkeiten, welche offiziell mit dem Füllen der Streikkassen begründet wurden, in der Realität jedoch zur Profitmachelei führten. Ein prominentes Beispiel ist die „Neue-Heimat-Affäre“ aus dem Jahr 1982. Seit 1952 hatte der DGB mit der „Neuen Heimat“ Europas größten Wohnungsbaukonzern aufgebaut. Statt umfangreichen sozialen Wohnungsbau zu organisieren, steckten sich die Vorstände jedoch Millionen in die eigenen Taschen. Auch heute verwaltet der DGB weiterhin unzählige Immobilien im ganzen Land und hat sich mit der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH (früher BGAG) sein eigenes Kapitalverwaltungsunternehmen geschaffen. *„Die BGAG spielt eine bedeutende Rolle in der deutschen Wirtschaft und ist ein wichtiger Akteur auf dem Kapital-*

*markt. Ihre Beteiligungen unterstützen nicht nur die Gewerkschaften, sondern tragen auch zur Stärkung der deutschen Unternehmenslandschaft bei“<sup>16</sup>*, frohlockt dazu ein Aktienratgeber.

Dass all diese Strukturen nicht dem Arbeitskampf zugutekommen, zeigt ein Blick auf die Finanzen der IG Metall. Ihr Gesamtvermögen wird auf mehrere Milliarden Euro geschätzt – davon seien laut einem Bericht der Tagesschau<sup>17</sup> aus dem Jahre 2022 rund 1,1 Milliarden Euro in der Streikkasse. Demgegenüber steht, dass der kostenintensivste Streik der IG Metall innerhalb der letzten 25 Jahre gerade einmal 27 Millionen Euro gekostet hat (2018).

Der Unternehmenscharakter schlägt sich auch auf die personelle Zusammensetzung des Gewerkschaftsapparats nieder. Auf dem Papier gibt es zwar die Möglichkeit, die lokalen, regionalen und bundesweiten Vorstände demokratisch zu wählen und über Beschlüsse auf den Gewerkschaftskongressen abzustimmen. Die innergewerkschaftliche Demokratie zeigt jedoch ähnliche Begrenzungen auf wie der Parlamentarismus der bürgerlichen Demokratie. Natürlich ist es abstrakt-theoretisch möglich, sich in einem demokratischen Wahlverfahren mit klassenkämpferischen Positionen beispielsweise für einen Vorstand

14 | Verdi News - Informationen für Aktive, Nr.3, 15. Februar 2025

15 | Dribbusch, Heiner / Birke, Peter (2012): Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland - Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen. In: <https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/08986.pdf>

13 | DGB (2025): Gewerkschaft in Zahlen. In: <https://www.dgb.de/der-dgb/geschichte-des-dgb/#c9202>

16 | Alle Aktien (2025): Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG (BGAG). In: <https://www.alleaktien.de/lexikon/beteiligungsgesellschaft-der-gewerkschaften-ag-bgag>

17 | Nathusius, Ingo (2022): Metaller-Tarifrunde: Die Streikkasse ist gut gefüllt. In: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/igmetall-tarifrunde-101.html>

aufstellen zu lassen. Genau wie im Parlamentarismus ist der Erfolg einer solchen Kandidatur jedoch davon abhängig, inwieweit man sich an das System und seine Machtstrukturen anpasst. Hinzu kommt, dass im DGB ein bedeutender Teil der Hauptamtlichen wie z. B. die Gewerkschaftssekretär:innen nicht in einem demokratischen Prozess gewählt werden kann, sondern diese Stellen durch ein klassisches Ausschreibungsverfahren besetzt werden, das sich nicht von einem kapitalistischen Betrieb unterscheidet. Im Alltag kommen dann noch die üblichen Machtspielchen und Konkurrenzkämpfe um die besten Posten dazu, die wir auch aus allen anderen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft kennen.

Während es durch etliche ehrenamtliche Arbeitskreise zu den unterschiedlichsten Themenfeldern eine Integration kämpferischer Kräfte in den demokratischen Apparat gibt, so zeigen sich die Begrenzungen dieser Demokratie auch ganz deutlich beim Herzstück der gewerkschaftlichen Aktivitäten, den betrieblichen Kämpfen:

Die Tarifrunden laufen inzwischen so ab, dass in einer kurzen Periode zu Beginn der Tarifrunde groß Zustimmung gemacht wird und einige wenige Warnstreikaktionen organisiert werden, auf denen dann versucht wird, fleißig Mitglieder zu werben. Gegen Ende der angesetzten Verhandlungen kommt es dann doch wieder zu einer Einigung, die in jedem Fall als größtmöglicher Erfolg verkauft wird, egal

ob sie einen Reallohnverlust bedeutet oder nicht. Dabei übergehen Tarifkommissionen auch gerne mal die demokratischen Abstimmungen für Streiks, wie zuletzt im Poststreik 2023<sup>18</sup>.

Hinzu kommt: In den kurzen Phasen der (Streik-)Aktivität setzt der DGB inzwischen vermehrt auf „Organizer:innen“, die von eigens dafür aufgebauten Firmen für den Zeitraum der Tarifrunde angeheuert werden und möglichst viele organisatorische Aufgaben übernehmen. Das führt letztendlich dazu, dass die Kampferfahrungen nach Beschäftigungsende verloren gehen und von der Belegschaft an die „Organizer:innen“ abgegeben werden. Das Stellvertretertum der DGB-Funktionär:innen wird dadurch nochmals verstärkt und die Rolle der Millionen Mitglieder immer weiter reduziert.

Wie wenig der DGB mit einer Kampforganisation für die Interessen der Arbeiter:innenklasse zu tun hat, wurde zuletzt bei seiner Reaktion auf die angekündigten Entlassungswellen in der deutschen Industrie deutlich – das eigentliche „Kerngeschäft“ der IG Metall als stärkster DGB-Gewerkschaft. Insbesondere bei VW, dem Vorzeigebetrieb der deutschen Sozialpartnerschaft, half die Gewerkschaft sogar bei der Abwicklung, als die Konzernführung Pläne zum Stellenabbau und zu Werkschließungen vorlegte. Die berechnete Wut der Belegschaft konnte die IG Metall zunächst nicht abwimmeln und so kam es immer

18 | Tschernig, Fridolin (2023): Deutsche Post: Ver.di und der „Klassenkompromiss“ In: <https://perspektive-online.net/2023/04/post-ver-di-und-der-klassenkompromiss/>

wieder zu spontanen Versammlungen und wilden Arbeitsniederlegungen der Arbeiter:innen. Nachdem es der IG Metall dann doch gelang, den Aufbruch in geordnete Bahnen zu lenken, stimmten sie am Verhandlungstisch einem massiven Stellenabbauprogramm zu und gaben alle Kampfmittel aus der Hand. Ähnliches Verhalten der DGB-Gewerkschaften können wir aktuell und historisch an unzähligen Beispielen feststellen. Es geht hier also nicht um einzelne Abweichungen oder Ausnahmen, sondern um die dauerhafte und systematische Abwiegung und Befriedung von Arbeits- und Tarifkämpfen im Interesse des Kapitals.

Insgesamt befindet sich der DGB heute in einer strukturellen Krise. Millionen Arbeiter:innen haben das Vertrauen in den DGB verloren und fühlen sich nicht mehr von ihm vertreten. Seine Rolle als Vermittler der Positionen von Regierung und Kapital ist offensichtlich und er verliert auch real immer mehr an Einfluss und Durchsetzungskraft. Hinzu kommt, dass sich für viele Arbeiter:innen die Mitgliedschaft nicht lohnt, weil die eigene Branche ein blinder Fleck beim DGB ist, der sich mehr und mehr alleine auf Großbetriebe beschränkt (wo der DGB nach wie vor eine relevantere Kraft ist). Oder aber die Arbeiter:innen sind keine Mitglieder, weil sie keinen Sinn in dem immer gleichen Spektakel der Tarifrunden sehen, bei denen es eben nicht um einen organisierten Kampf gegen die Interessen des Kapitals geht, sondern vielmehr um einen faulen Kompromiss, bei dem die Gewerkschaftsvertre-

ter:innen einen „Interessenausgleich“ im Rahmen der gesetzten klassenversöhnlerischen Sozialpartnerschaft verhandeln.

Abschließend können wir also feststellen, dass die Vorläuferorganisationen des DGB historisch bereits auf einem ökonomistischen Irrweg starteten und dann gemeinsam mit der Sozialdemokratie immer weiter nach rechts rückten. Schon in der Weimarer Republik begann der 1919 gegründete ADGB dann immer mehr mit dem Staatsapparat zu verschmelzen und zu einer Institution der Integration statt des Kampfes zu werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der DGB in seiner heutigen Form auf dem Papier als „unabhängige“ Einheitsgewerkschaft aufgebaut. Wir müssen ihn jedoch ganz klar als eine mit Staat und Kapital verwachsene gelbe Gewerkschaft bezeichnen. Kommunist:innen werden nur toleriert, solange diese sich anpassen und in der bedeutungslosen Minderheit bleiben, ansonsten werden sie mit allen Mitteln bekämpft und mit Repressionen überzogen. Die Funktion des DGB ist also die Absicherung des kapitalistischen Systems durch die Sozialpartnerschaft mit den Kapitalist:innen.

## Mit Lenin für den DGB?

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich: Die DGB-Gewerkschaften verfehlen die marxistische Ausrichtung für die notwendige Funktion von Gewerkschaften im Klassenkampf nicht nur teilweise, sondern gänzlich.

Wir müssen sogar darüber hinausgehen: Sie sind nicht nur eine „reformistische“ Gewerkschaft, sondern eine Organisation, welche die systematische Befriedung der Arbeiter:innenklasse und Integration von ihren Anführer:innen in das System des deutschen Imperialismus institutionalisiert hat. Ebenso wie beispielsweise eine Eroberung des bürgerlichen Staatsapparats unmöglich und deren Versuch politisch fatal ist, ist auch der Versuch, eine so in den Staatsapparat und das bürgerliche System integrierte Gewerkschaft zu erobern, unmöglich und politisch fatal. Ebenso wie etwa der Versuch, das bürgerliche Parlament zu erobern, historisch immer in einer Integration in dessen Apparat geendet hat, so muss auch der Versuch, eine gelbe Gewerkschaft wie den DGB zu erobern, in der Integration derer, die dieses versuchen, in das bürgerliche System enden.

Dies muss erst einmal Ausgangspunkt für jegliche strategische Herangehensweise in dieser Frage sein. Diese Herangehensweise bedeutet in der umgekehrten Schlussfolgerung, dass wir auf dem Weg von jetzt zur sozialistischen Revolution Gewerkschaften als Arbeiter:innenbewegung schaffen müssen, die nicht nur Sammelpunkte gegen die Angriffe des Kapitals sind, sondern auch als ein Hebel zur Abschaffung des Lohnsystems, als Teil einer revolutionären Gesamtbewegung dienen.

Innerhalb der klassenkämpferischen und kommunistischen Bewegung ist

diese Haltung jedoch wenig verbreitet. Viele Organisationen orientieren einen gewichtigen Teil ihrer Kräfte darauf, vor allem innerhalb der DGB-Strukturen zu arbeiten und damit zu versuchen, ihn langfristig zu beeinflussen oder zu erobern. Dafür, in Diskussionen darüber hinauszudenken, setzen sie sich enge Grenzen, die sie durchaus leidenschaftlich verteidigen.

Bei der Verteidigung dieser scheinbaren Alternativlosigkeit beziehen sich viele am Marxismus orientierte Genoss:innen in ihrer Argumentation auf den russischen Revolutionär Wladimir I. Lenin und seine Schrift „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (1920). Im Kapitel „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“<sup>19</sup> setzte sich Lenin das Ziel, die Erfahrungen der Bolschewiki zu verallgemeinern, um sie für Westeuropa anwendbar zu machen und eine linksradikale Abweichung deutscher Kommunist:innen zu kritisieren. Auch wenn dieser Text über 100 Jahre alt ist, prägt eine schematische Übertragung seiner Zeilen bis heute die Debatte unter kommunistischen Gewerkschafter:innen, weshalb sich eine genauere Analyse aus heutiger Sicht lohnt. Lenin entwickelte in diesem Text nämlich eine Reihe an politisch-ideologischen Punkten in der Gewerkschaftsfrage, auf die wir im Folgenden eingehen wollen, um dies zur Klärung einiger grundlegender Fragen für die

19 | Lenin, Wladimir I. (1920): Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 31 ff. Alle folgenden Zitate in dem Kapitel beziehen sich auf diesen Text, wenn nicht anders gekennzeichnet.

kommunistische Strategiedebatte zu nutzen.

### Gewerkschaften als Massenorganisationen für Revolution und sozialistischen Aufbau

Zu Beginn des Kapitels beschreibt Lenin, welche Rolle die Gewerkschaften in Russland nach der sozialistischen Revolution 1917 gespielt haben. Es handelte sich um einen „der Form nach nicht kommunistischen, elastischen und verhältnismäßig umfassenden, überaus mächtigen proletarischen Apparat, durch den die Partei mit der Klasse und der Masse eng verbunden ist und durch den, unter Führung der Partei, die Diktatur der Klasse verwirklicht wird.“ Daneben nennt er noch als wichtige Instrumente der Verbindung von Partei und Klasse die Sowjets sowie Versammlungen parteiloser Arbeiter:innen und Bäuer:innen. Er berichtet zudem darüber, wie sich dieser „Mechanismus im Laufe von 25 Jahren aus kleinen, illegalen, unterirdischen Zirkeln entwickelt“ habe. So haben sich in Russland die Gewerkschaften unter Führung der sozialdemokratischen Partei in der Illegalität aufgebaut und wurden immer wieder durch den Zarismus massiv unterdrückt.

Damit die Gewerkschaften diese Rolle im Sozialismus auch einnehmen können, müssten sie laut Lenin eine „Schule des Kommunismus“ sein, „eine Vorbereitungsschule für die Proletarier zur Verwirklichung ihrer

*Diktatur, eine unentbehrliche Vereinigung der Arbeiter für den allmählichen Übergang der Verwaltung der gesamten Wirtschaft des Landes in die Hände der Arbeiterklasse (aber nicht einzelner Berufszweige) und sodann aller Werktätigen.“*

Wenden wir diese Positionen auf heute an, so können wir festhalten, dass auch in einer sozialistischen Revolution in Deutschland Instrumente der Massenorganisation notwendig sind, die über eine verdeckt aufgebaute und aus Kader:innen bestehende kommunistische Partei hinausgehen. Dazu gehören vor allem Rätestrukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen – Stadtteilen, Schulen usw. und insbesondere in den Betrieben. Letztere sind revolutionsstrategisch von besonderer Relevanz, da die Ökonomie die Basis der Gesellschaft bildet und deren Kontrolle zum sozialistischen Aufbau unerlässlich ist. Hier werden klassenkämpferische gewerkschaftliche Strukturen, in welchen Hunderttausende bereits vor der Revolution organisiert sein müssen und im entscheidenden Moment für den Kampf um die Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei mobilisiert werden können, eine zentrale Rolle spielen.

Solche Gewerkschaften können wir ebenso wie die Räte selbstredend heute noch nicht schaffen, sondern sie werden erst in der revolutionären Situation selbst Massencharakter annehmen. Und doch müssen wir – ebenso wie es die russischen Bolschewiki

25 Jahre vor der Revolution taten – schon heute die Keime für solche gewerkschaftlichen Strukturen legen und dies in den Kern unserer betrieblichen Strategie aufnehmen.

Leider ist dieser Gedanke in der Debatte unter Kommunist:innen oftmals unterrepräsentiert. Viel zu oft wird nicht von unserem strategischen Ziel – einer sozialistischen Revolution – ausgegangen, sondern sich am Status Quo abgearbeitet. Dementsprechend wird dann die Arbeit innerhalb des DGB in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.

### Fordern Lenins Ideen uns auf, den DGB zu erobern?

Wie notwendig es ist, sich die konkrete Gewerkschaftsorganisation, über die wir sprechen, anzusehen, zeigt auch die Auseinandersetzung mit weiteren Aussagen Lenins. Er spricht 1920 bezüglich der westlichen Gewerkschaften von der „*Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind*“ und lehnt es zugleich ab, aus diesem Grund den Schluss zu ziehen, „*daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!! und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!!*“.

Es wird hier deutlich, dass Lenin zum damaligen Zeitpunkt das Hauptproblem vor allem in einer Schicht an Bürokraten, vor allem in den Gewerkschafts-„Spitzen“, sieht. Daraus zieht

er den Schluss, dass die Kommunist:innen die Arbeit in den Gewerkschaften nicht aufgeben dürfen. Und tatsächlich handelte es sich z. B. beim ADGB von 1920 um einen Apparat, der erst 1919 als Gewerkschaftsdachverband neu gegründet worden war und dessen Vorläufer bis 1906 noch auf revolutionärer Grundlage standen. Im Ersten Weltkrieg war dieser dann, wie oben erwähnt, offen auf die Burgfriedenspolitik eingeschwenkt und von der SPD in der Führung dominiert worden, war jedoch auch in den Jahren zuvor und danach ein heiß umkämpftes Feld geblieben. Es war eine Phase, in welcher der ADGB ein relevanter Akteur im Generalstreik zur Niederschlagung des Kapp-Putsches war oder dazu aufrief, die Lieferung von Kriegsmaterial an Polen zu verhindern, welches von den Weißgardisten gegen die Rote Armee eingesetzt werden sollte.<sup>20</sup> Große Teile seiner Basis hatten sogar an der Novemberrevolution teilgenommen und hunderttausende ADGB-Mitglieder waren aktiv in revolutionären Parteien wie der KPD und USPD.

Der DGB im Jahr 2025 ist jedoch nicht der ADGB von 1920! Schon 1920 spricht Lenin davon, dass sich im Westen bereits ein reaktionärer Geist „*viel stärker geltend gemacht*“ habe als in Russland. Er analysiert eine im Vergleich zu Russland „*viel stärkere Schicht*“ der „*imperialistisch*

20 | ADGB, SPD, USPD, KPD (1920): Gemeinsamer Aufruf des ADGB, der SPD, der USPD und der KPD vom 7. August 1920 zur Verhinderung des Transports von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland nach Polen. In: Dokumente zur deutschen Geschichte 1919-1923. Berlin 1975. S. 46f

*gesinnten und vom Imperialismus be-  
stochenen, vom Imperialismus demoralisierten Arbeiteraristokratie*“ die sich in den Gewerkschaften „*festgesetzt*“ habe. Bestimmte Kampfmethoden seien hier „*schwerer durchzuführen*“. Dennoch sieht er zu diesem Zeitpunkt noch die Möglichkeit, den Kampf „*bis zur völligen Diskreditierung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus und ihrer Vertreibung aus den Gewerkschaften*“ zu führen.

Heute existiert im DGB nicht nur diese „*viel stärkere Schicht*“ der Arbeiteraristokratie welche als Träger der Reaktion aus einer umkämpften Institution der Arbeiter:innenbewegung verdrängt werden könnte. Innerhalb der letzten 100 Jahre hat sich durch die Entwicklung des Imperialismus hier einiges verändert. Die Rolle, welche die Arbeiter:innenaristokratie insbesondere als Gruppe an Menschen eingenommen hat, wird heute auch von ganzen Institutionen der systematischen Integration eingenommen. Mit den DGB-Gewerkschaften ist die Funktion dieser Schicht praktisch institutionalisiert worden und es wurde eine Organisation geschaffen, welche von ihrem gesamten Aufbau her systematisch Individuen in das System des deutschen Kapitalismus integriert. Mit welchen Mechanismen dies beim DGB von Kopf bis Fuß stattfindet und dieser dadurch mit dem deutschen Staatswesen ideologisch-politisch im weitesten Sinne verschmilzt, wurde weiter oben dargestellt. Heute davon auszugehen, man müsse nur die DGB-

Spitzen absägen und man habe dann ein quasi leeres Gerüst, was man mit neuem Inhalt füllen könne, verschließt die Augen vor genau dieser historisch stattgefundenen Entwicklung. Jegliche Forderung nach „Eroberung“ der DGB-Gewerkschaften ist damit heute als realitätsferne Illusion abzulehnen.

### In den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?

Bleibt noch die Frage danach, ob man – auch wenn man sie nicht erobern kann – in den „reaktionären Gewerkschaften“ arbeiten muss? Hier hat Engels bereits klargestellt: „*Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der verbürgerten Arbeiter überlassen*“<sup>21</sup>. Dem ist auch heute noch zuzustimmen. Denn auch wenn die gelben Gewerkschaften heute anders als die Gewerkschaften von vor 100 Jahren funktionieren, ist nicht jede:r dort organisierte Arbeiter:in für die Revolution verloren. Ganz im Gegenteil bleibt es weiterhin dabei, dass sich dort noch über lange Zeit Arbeiter:innen sammeln werden, die spontan in den ökonomischen Kampf gegen das Kapital hineingezogen werden. Das ist auch der richtige Kern an einer oft vorgebrachten Argumentation, bei dem DGB handele es

21 | vgl. Marx, Karl / Engels, Friedrich (1858): Engels' Brief von 1858 an Marx über die englischen Arbeiter, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 131/132

sich um die „größte Massenorganisation der Arbeiter:innenklasse“. Tatsächlich sind dort quantitativ noch immer viele Arbeiter:innen versammelt und Lenin hat recht, dass wir die Aufgabe haben, „*systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt*“. Aber zugleich hat der DGB in den letzten Jahrzehnten massiv an Mitgliedern verloren und es ist heute mit ca. 10 Prozent (nach konservativer Schätzung der Anzahl an Rentner:innen, Studierenden und Arbeitslosen) nur noch ein kleiner Teil der Erwerbstätigen dort organisiert. Zum Vergleich: Im Jahr 1920 waren im ADGB noch rund 27 Prozent aller Erwerbstätigen und vermutlich ein noch größerer Anteil der Industriearbeiter:innen organisiert. Ein Großteil der Gewerkschaftsmitglieder ist heute nach wie vor in den großen Industriebetrieben und im öffentlichen Dienst konzentriert, wodurch die DGB-Gewerkschaften dort weiterhin einen stärkeren Einfluss haben.

Allein aus diesen Zahlen ergibt sich, dass der DGB natürlich nicht der einzige Ort ist, wo Arbeiter:innen angesprochen und organisiert werden können, sondern es ein sehr großes Feld an unorganisierten Arbeiter:innen gibt, bei denen nicht automatisch die Organisation innerhalb des DGB heute der beste Schritt ist, um sie in eine klassenkämpferische Arbeiter:in-

nenbewegung einzubeziehen. Umgekehrt ist es so, dass z. B. gerade in den Kernindustrien des deutschen Imperialismus der Anteil an in DGB-Gewerkschaften organisierten Arbeiter:innen noch immer extrem hoch ist. Hier grundsätzlich auf eine Mitarbeit auf gewerkschaftlichen Ebenen, welche nah an der Basis sind – wie etwa Vertrauenskörperstrukturen – zu verzichten, wäre dementsprechend ebenso falsch.

Also ja: Kommunist:innen sollten in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten. Doch wie und mit welcher Perspektive? Mit der Perspektive, in der revolutionären Situation gewerkschaftliche Organisationen zu haben, die nicht nur als Massenorganisationen für die Arbeiter:innenklasse zur Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitals, sondern auch als „*Hebel zur Abschaffung des Lohnsystems*“ im revolutionären Prozess dienen und nach der Revolution als „*Apparat zur Verwirklichung der proletarischen Diktatur*“, als „*Schule des Kommunismus*“.

Da die DGB-Gewerkschaften diese gewerkschaftlichen Organisationen nicht sein werden, darf die gewerkschaftliche Arbeit der Kommunist:innen also grundsätzlich nicht nur auf den DGB begrenzt bleiben oder sich strategisch hauptsächlich darauf konzentrieren. Er darf eben nicht „alternativlos“ sein. Doch wie könnte unsere Alternative aussehen?

## Unsere Alternative

Aus den obigen Analysen gilt es, Schlussfolgerungen für die eigene revolutionäre Strategie und Taktik im betrieblichen Kampf zu ziehen.

Aus der strategischen Nicht-Eroberbarkeit des DGB ergibt sich grundsätzlich die strategische Notwendigkeit, letztendlich eigene gewerkschaftliche Strukturen im Marx'schen Sinne aufzubauen, Strukturen, die heute den ökonomischen Kampf mitprägen können und zugleich als Keimformen von Massenorganisationen der Arbeiter:innenklasse in der Revolution, wie im sozialistischen Aufbau, dienen können. Dies wurde oben bereits ausführlich dargelegt.

Was bedeutet das für uns jedoch heute taktisch?

### 1. Klassenkämpferische Strukturen für den betrieblichen Kampf schaffen – innerhalb und außerhalb der gelben Gewerkschaften

Es bedeutet schon heute in jeglicher betrieblichen Arbeit immer auch eigene Strukturen als Keim solcher gewerkschaftlichen Strukturen mitzudenken und zu schaffen. Das heißt, es gilt, Kerne klassenkämpferischer Kolleg:innen in Betriebsgruppen zusammenzufassen, welche Interesse an einer konsequenten gewerkschaftlichen und klassenkämpferischen Politik haben. Als solche Betriebsgruppen

haben wir die Aufgabe, eine eigenständige Politik im Betrieb zu entwickeln:

- Dauerhafte systematische Kontaktarbeit und Diskussionen mit Kolleg:innen, um das eigene Netzwerk im Betrieb stetig zu erweitern.
- Alle Mittel der politischen Medienarbeit nutzen, um das Klassenbewusstsein im Betrieb zu heben und die politische Stimmung im Betrieb zu beeinflussen.
- Regelmäßig die betriebliche Lage zu analysieren und entsprechend zu reagieren.
- Konflikte aufnehmen und entsprechend der Kräfteverhältnisse Aktivitäten dazu entwickeln – von kleinsten Aktionen bis hin zur Organisation von legalen oder wilden Streikaktionen.
- Vernetzungs- und Organisationsarbeit mit anderen klassenkämpferischen Kräften.

Das heißt, dass wir heute also nicht einfach neue Gewerkschaften gründen können oder sollten, jedoch eigenständige Strukturen schon heute in Keimform angelegt werden müssen, um perspektivisch unserem strategischen Ziel näher zu kommen.

Eine Aufgabe von solchen Betriebsgruppen ist dementsprechend auch, dort, wo die Einzelgewerkschaften des DGB oder anderer gelber Gewerkschaften in den Betrieben, in denen wir arbeiten, noch stark sind, eine gezielte Arbeit innerhalb dieser Strukturen durchzuführen. Politisch gilt es

dabei, eine klassenkämpferische Linie voranzutreiben und gegen die Sozialpartnerschaft einzutreten. Organisatorisch sollten wir uns stets darum bemühen, alle Möglichkeiten zu nutzen, Räume für die Selbstaktivität der Kolleg:innen zu schaffen und zu erweitern und diejenigen innergewerkschaftlichen Strukturen und Mechanismen zu nutzen, die es gibt (z. B. gemeinsam gegen einen schlechten Tarifabschluss zu stimmen etc.). Diese Arbeit darf jedoch niemals dazu führen, dass wir in ihr voll und ganz aufgehen und somit zum Anhängsel der gelben Gewerkschaft und letztlich ihrem linken Feigenblatt werden.

Dort, wo gelbe Gewerkschaften schwach oder gar nicht vorhanden sind, müssen wir derweil genau untersuchen, inwiefern es schon heute möglich ist, hier alleine auf die eigenen Kräfte gestützt eine gewerkschaftsähnliche Arbeit zu entwickeln.

## 2. Kader:innen aus der betrieblichen Arbeit gewinnen

Eine betriebliche Strategie und Taktik darf jedoch nicht nur aus dem engen Gesichtsfeld des betrieblichen Kampfs gedacht werden. Beides muss letztendlich der Gesamtaufgabe untergeordnet sein, vor der die Kommunist:innen als fortgeschrittenster Teil unserer Klasse heute stehen: der Schaffung einer in der Klasse verankerten kommunistischen Partei und mit ihr verbundener Massenorganisationen als Transmissionsriemen in die Klasse.

In diesem Sinne muss die betriebliche Arbeit auch diesem Ziel zuarbeiten. Dafür sind die oben genannten eigenständigen Betriebsgruppen diejenigen Strukturen, welche am besten den Zweck erfüllen, Arbeiter:innen aus den Betrieben für eine klassenkämpferische Linie und Politik zu gewinnen und von betrieblichen Aktiven hin zu kommunistischen Kader:innen zu entwickeln. Wer sich dabei ausschließlich auf die Strukturen des DGB beschränkt, wird scheitern.

Damit die Gewinnung von Kräften aus der direkten Betriebsarbeit gelingt, müssen solche eigenen betrieblichen Strukturen jedoch auch mit anderen klassenkämpferischen Kräften und politischen Kämpfen außerhalb des Betriebs verbunden sein. Auch wenn ökonomische und politische Angriffe innerhalb des Betriebs stärker werden, ist die Politisierung über kulturelle Aktivitäten, kommunistische Bildung und Kämpfe auf der Straße außerhalb der engen betrieblichen Sphäre notwendig, um Arbeiter:innen allseitig politisch zu entwickeln. Aus diesem Grunde müssen klassenkämpferische Massenorganisationen im betrieblichen Bereich auch zu Themen außerhalb des Betriebs arbeiten und selbst Platz für Einflüsse aus anderen politischen Kämpfen schaffen. Dabei können solche betrieblichen Massenorganisationen umgekehrt auch die Rolle einnehmen, selbst die Bedeutung des Betriebs als Kampffeld in andere Kämpfe hineinzutragen, wo diese oftmals unterschätzt werden oder untergehen.

Die betriebliche Taktik für die aktuelle Periode kann deshalb wie folgt zusammengefasst werden: Aufbau eigener klassenkämpferischer gewerkschaftsähnlicher Strukturen in den Betrieben, die je nach Bedingungen auch die Strukturen der betrieblichen „Mitbestimmung“ und der gelben Gewerkschaften für die Umsetzung der eigenen Politik nutzen können; Einbettung dieser Strukturen in betriebsübergreifende allgemeinpolitische Organisationen, die Teil einer umfassenderen klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung werden; Gewinnung kommunistischer Kader:innen aus dieser Arbeit, um eine zu schaffende Partei eng mit dem Betrieb als Kampffeld zu verzahnen.

## Mit der Mystifizierung des DGB brechen

Viele Kommunist:innen in Deutschland teilen grundsätzlich eine kritische Analyse des DGB. Sie prangern dessen Sozialpartnerschaft an und begrüßen auch wilde Streiks und spontane Arbeitskämpfe, wenn diese stattfinden. Zugleich reagieren sie außerordentlich allergisch, wenn diese Analyse konsequent zu Ende gedacht wird und entsprechende Schlussfolgerungen für die eigene Praxis gezogen werden müssten. Wenn die Strategie der Eroberung des DGB-Apparats in Frage gestellt wird oder die Notwendigkeit eigener gewerkschaftlicher Strukturen herausgestellt wird, kann es schnell giftig werden. Hier zeigt sich eine weit verbreitete Mystifizierung

des DGB, in den etwas hineininterpretiert wird, was niemals der Fall sein kann. Man bleibt am Mythos der „Einheitsgewerkschaft“ kleben, auch wenn sich in der Praxis täglich zeigt, dass diese sich letztlich der Bourgeoisie unterordnet und die Arbeiter:innenklasse politisch und organisatorisch entwaffnet. Das Ergebnis ist eine umfassende Nachtrabpolitik, weil per Definition quasi keine wirklich konsequente Opposition stattfinden soll.

Dadurch entsteht die eigentlich absurde Situation, dass es gerade die linken und teilweise sogar revolutionären Kräfte sind, welche die gelben Gewerkschaften mit ihrer Einsatzbereitschaft und Elan am Leben halten und „attraktiver“ machen. Auf unterer Ebene werden immer wieder ganze Strukturen des DGB oder seiner Jugendorganisationen von Genoss:innen getragen, die sich selber als Marxist:innen verstehen – ohne dass sich jedoch die grundlegende Politik des DGB geändert hätte. Im Gegenteil verbleiben leider viele dieser Genoss:innen über viele Jahre auf solchen Posten, werden systematisch integriert, machen ihre politische Aktivität von Geldern des DGB abhängig und werden somit selbst Teil des Apparats.

Wie ist das zu erklären? Hier verschränken sich mehrere Ursachen miteinander. Zum einen sozialdemokratische Traditionen, welche die kommunistische Bewegung seit Jahrhunderten prägen: von der viel zu späten Abspaltung der KPD von der SPD im Jahr 1919 über die nicht zu Ende

geführte Bolschewisierung in den 1920er Jahren und die Rechtsentwicklung der KPD ab den 1940er Jahren bis zur Auflösung großer Teile der K-Gruppen in die Sozialdemokratie.

Zum anderen ein politischer Defätismus, bei dem die Genoss:innen im Angesicht der Schwäche der eigenen Kräfte nicht daran glauben, man könnte selber in die Lage kommen, etwas aufzubauen, und sich aus diesem Grunde an etwas Größeres anlehnen. Damit einher geht eine bestimmte politische Bequemlichkeit, den Konsequenzen einer revolutionären Politik aus dem Weg zu gehen.

Dies wird jedoch auch dadurch verstärkt, dass es noch zu sehr an aktuellen praktischen Beispielen mangelt, in

denen aufgezeigt wird, dass eine andere Gewerkschaftspolitik möglich ist. Dass es möglich ist, Massenpolitik zu machen, ohne nach rechts zu gehen. Die reine theoretische Kritik wird deshalb auch nicht ausreichen, um große Teile der revolutionären und kommunistischen Bewegung von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Wir müssen den Beweis selbst durch die erfolgreiche Entwicklung einer entsprechenden Praxis liefern. Dafür gilt es, auf unsere eigene Kraft als kommunistische Bewegung zu vertrauen, praktisch die heute vorherrschenden falschen Tendenzen von einer revolutionären Strategie ausgehend zu überwinden und Fortschritte beim Wiederaufbau einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung zu erkämpfen.





**Nationaler  
Kurs oder  
Klassenkampf?**

## Die Überwindung von „Links“ und „Rechts“ als Gewinnerformel in der bürgerlichen Politik?

„Als Partei wollen wir Zuschreibungen wie ‚links‘ und ‚rechts‘ vermeiden, weil wir eine neue Kraft sind, die sich von allen anderen Parteien unterscheidet“, so Amira Mohamed Ali im Januar 2024 im Interview mit ntv.<sup>1</sup> Wirtschaftspolitisch sei man „eher links“ zu verorten, während man sich gesellschaftspolitisch „im konservativen Spektrum“ verorte. Die Vorsitzende des „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) steht dabei stellvertretend für ein Phänomen, das sich in diesen Tagen in verschiedensten politischen Parteien und Organisationen zeigt. Auch wenn das BSW den Einzug in den Bundestag knapp verpasste, konnte es mit diesem Kurs bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland zweistellige Wahlergebnisse einfahren. In Brandenburg und Thüringen ist man sogar Teil der Landesregierung.

Auch wenn es bei der Bundestagswahl im Februar für das BSW knapp nicht für den Einzug in den Bundestag gereicht hat, spricht der Politikwissenschaftler Timo Lochocki in seinem gleichnamigen Artikel für das rechte Magazin Cicero von einer „Gewinnerformel“ in der aktuellen bürgerlichen

Politik:<sup>2</sup> „Nur wer als politischer Akteur in kulturellen Fragen eher ‚konservativ‘ steht und in ökonomischen Fragen ‚eher links‘“, könne die Sorgen der Bürger:innen vor „kultureller und ökonomischer Disruption“ beantworten – und sei damit eben im Besitz der „Gewinnerformel“, um im politischen Betrieb in Krisenzeiten erfolgreich zu sein.

Für diese Verquickung klassisch „linker“ und „rechter“ politischer Inhalte gibt es viele Beispiele. Rechte Parteien etwa kapern Forderungen wie die nach „Frieden“ oder einem „Ende von Waffenlieferungen“, die klassischerweise der politischen Linken zugeordnet werden, im Zusammenhang mit aktuellen Kriegen wie in der Ukraine. Sie nutzen gezielt ökonomische Probleme der Arbeiter:innenklasse wie Altersarmut oder die Beteiligung der DGB-Gewerkschaften an der Senkung des allgemeinen Lebensstandards, um auf dieser Grundlage für reaktionäre politische Ziele zu mobilisieren und sich als politische Alternative anzupreisen.

Auf der anderen Seite gibt es auch sich selbst als „links“ oder sogar kommunistisch bezeichnende politische Kräfte wie den PRCF (Sammelpunkt der kommunistischen Erneuerung Frankreichs) in Frankreich oder die PML (RC) (Marxistisch-Leninistische Partei (Kommunistischer Wiederaufbau)) in Spanien, die ihre Agitation und

Propaganda gezielt darauf ausrichten, patriotische oder nationalistische Gefühle in den Massen aufzugreifen oder sogar aufzupeitschen, einen überspitzten Kampf gegen den „Wokeismus“ führen oder selbst eine entsprechende nationalistische Linie entwickeln.

Entsprechend stehen auch verschiedene Zielvorstellungen hinter der Entwicklung einer Politik, die sich weder einfach und klar „links“ noch „rechts“ verordnen lässt. Diese reichen von der Illusion, eine massentaugliche kommunistische Politik über nationalistische Gefühle in den Massen zu entwickeln, über die Rettung der bürgerlichen Demokratie vor den Rechten durch einen eigenen Rechtsruck bis hin zu faschistischen Gesellschaftsvorstellungen eines „solidarischen Patriotismus“ oder „nationalen Sozialismus“.

All dies ist zunächst Ausdruck eines allgemeinen Rechtsrucks in der bürgerlichen Politik, der vor allem den politischen Spielraum des klassischen Reformismus noch stärker einschränkt und auch auf die revolutionäre Bewegung negativ einwirkt.

Allerdings handelt es sich hier keinesfalls um neue Phänomene. Schon in historischen kommunistischen Parteien haben sich nationalistische Überspitzungen entwickelt, genauso wie schon in den 1930er-Jahren faschistische Organisationen wie die Parti Populaire Français (Französische Volkspartei), die maßgeblich von ehemaligen Kader:innen der PCF (Kommunistische Partei Frankreichs) gegründet wurde,

Bezug auf die Arbeiter:innenklasse genommen haben. Auch in Deutschland ist diese Erscheinung nichts Neues. Mit dem aktuellen Erstarren faschistischer Kräfte weltweit und der Normalisierung ihrer Positionen lässt sich jedoch eine neue Welle dieses Phänomens beobachten, das die bürgerliche politische Landschaft verändert.

In diesem Artikel wollen wir deshalb dieses Phänomen und seine Ursachen analysieren und eine kommunistische Antwort darauf herausarbeiten.

## Der tendenzielle Niedergang des Reformismus

Dass heute in Deutschland und anderen imperialistischen Ländern rechte – oder politisch „uneindeutig“ positionierte – Kräfte mehr und mehr in der Lage sind, Teile der Massen auf bürgerlicher Grundlage zu mobilisieren, liegt – neben dem Fehlen von revolutionären Parteien – auch daran, dass die alten sozialdemokratischen Parteien und reformistischen Kräfte kontinuierlich an Unterstützung eingebüßt haben.

Unter Reformismus verstehen wir dabei alle politischen Strömungen der Arbeiter:innenbewegung, die den Kapitalismus durch Reformen verbessern oder abschaffen wollen – unabhängig davon, ob sie sich als Marxist:innen verstehen oder nicht.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> | Mehr zur Rolle des Reformismus und seiner Abgrenzung zum Marxismus kann unter anderem hier nachgelesen werden: Marxismus und Revisionismus, Kommunismus Nr. 26, Kommunistischer Aufbau

<sup>1</sup> | Wir wollen wachsen, aber nach und nach“, 27. Januar 2024, <https://www.n-tv.de/politik/Buendnis-Sahra-Wagenknecht-Interview-zum-Parteitag-in-Berlin-article24692253.html>

<sup>2</sup> | Lochocki, Timo (2022): Wie die demokratische Mitte gestärkt werden kann – Die Gewinnerformel, 12. September 2022, <https://www.cicero.de/innenpolitik/demokratische-mitte-die-gewinnerformel?amp>

Ihre Funktion ist es, die Arbeiter:innenklasse vom konsequenten Klassenkampf abzuhalten und ins kapitalistische System zu integrieren. Dabei stützt sich der Reformismus in erster Linie auf die oberen Schichten der Arbeiter:innenklasse, die Arbeiter:innenaristokratie.

Klassisch-reformistische Vorstellungen, die einen Übergang zum Sozialismus durch Reformen anstreben, gibt es heute kaum noch oder sie werden, wie etwa in Teilen der Linkspartei, nicht in den Vordergrund des eigenen politischen Handelns gestellt.

Aber auch die üblichere Form reformistischer Politik, Reformen auszuhandeln, um die Ausbeutung abzumildern und gleichzeitig den Kapitalismus zu stabilisieren, ist über die Jahrzehnte immer mehr in die Krise geraten. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wird ihr die ökonomische Grundlage entzogen: Die Spielräume für sozialstaatliche Maßnahmen und Reformen werden immer geringer.<sup>4</sup> Aktuell sieht man das in Deutschland und Europa vor allem an den Haushaltsdebatten, in denen um jeden Euro gefeilscht werden muss, um eine möglichst geringe Staatsverschuldung, historische Aufrüstungsprogramme und möglichst auf lange Zeit angelegte statt plötzliche Einschnitte bei den Sozialsystemen unter einen Hut zu bringen. Aus Kapitalkreisen wird hier eine „Kanonen statt Butter“-Rhetorik vorbereitet, während keine Parlamentspartei

außer den Linken überhaupt nennenswerte sozialstaatliche Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Der Linkspartei dürfte diese Abgrenzung zu den anderen Parteien sowie eine Angst vor dem weiteren Erstarken der AfD in Teilen der Bevölkerung bei den vergangenen Bundestagswahlen ihren starken Wiedereinzug in den Bundestag gesichert haben.

Gerade in Deutschland hat das auch zu einer Desillusionierung geführt. Im 21. Jahrhundert war die SPD bisher nur vier Jahre nicht an einer Bundesregierung beteiligt. In dieser Zeit hat sie nicht nur „wenig rausgeholt“, sondern vor allem offen arbeitnehmerfeindliche und Kriegspolitik betrieben. Sie hat sich schon lange vollständig vom Reformismus gelöst und ist zu einer Partei des Monopolkapitals geworden.

Andere, neuere reformistische Projekte wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien sind mit großen Vorsätzen gestartet und dafür umso schneller den gleichen Weg gegangen. So hat Syriza sich in einer Regierung am Ausverkauf des Landes in der Eurokrise beteiligt. Auch die aus der Anti-Krisen-Bewegung hervorgegangene Partei Podemos avancierte zur Regierungspartei.

## Wie die Rechten gezielt versuchen, „linke Themen“ zu besetzen

### Ursachen für den aktuellen Aufstieg des Faschismus

In unserem Artikel „Der Aufstieg der AfD und des Faschismus: Einschätzung und Gegenstrategie“<sup>5</sup> aus dem Sommer 2024 haben wir die aus unserer Sicht zentralen Ursachen für den Aufstieg des Faschismus zusammengefasst, nämlich:

- Die Zerrüttung der Klassenstruktur: Die Entwicklung des Kapitalismus und die in Krisenzeiten noch stärker fortschreitende Konzentration von Kapital führen zum Abstieg von immer größeren Teilen des Kleinbürger:innentums in die Arbeiter:innenklasse. Dagegen formiert sich im Kleinbürger:innentum Widerstand, der sich gegen die Arbeiter:innenklasse, aber auch gegen Teile des Monopolkapitals richtet. Hier entsteht die Massenbasis des Faschismus.
- Die Zunahme der Klassenkämpfe: In umfassenderen Krisenzeiten nehmen auch die Klassenauseinandersetzungen im Vergleich zu vorherigen Perioden zu. Aktuell können wir auch seit der Weltwirtschaftskrise von 2008 ein Ansteigen der Klassenkämpfe beobachten.
- Die Zuspitzung zwischenimperia-

listischer Widersprüche: Außerdem nehmen die Widersprüche auch auf internationaler Ebene zu und die imperialistischen Mächte wollen die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern. Das ist auch heute der Fall, wo seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs 2022 alle imperialistischen Mächte einen neuen Weltkrieg vorbereiten.

Auf dieser Grundlage versuchen AfD und faschistische Bewegung, in den Raum vorzustoßen, den die abgewirtschafteten „Altparteien“ hinterlassen haben. Die Besetzung klassisch linker Themen hat in der Partei dabei vor allem zwei Hintergründe. Einerseits will man parteitaktisch durch Intervention in soziale Bewegungen und das Aufgreifen drängender Alltagsbedürfnisse der Massen neue Wähler:innen gewinnen. Andererseits arbeiten Kräfte innerhalb und im Vorfeld der AfD auch daran, ihre strategische und ideologische Ausrichtung in Richtung einer „Querfrontpartei“ oder eines „solidarischen Patriotismus“ zu entwickeln.

### Erschließung neuer Wähler:innen für die AfD

Bei der zurückliegenden Bundestagswahl im Februar 2025 konnte die AfD mit 20,8 Prozent ihr Ergebnis verdoppeln und damit das beste Ergebnis einer faschistischen Partei bei einer deutschlandweiten Wahl seit Ende des Faschismus einfahren. Dieser Erfolg kam nicht aus dem Nichts, sondern fußt einerseits auf einem Bevölkerungsanteil mit

4 | Siehe hierzu auch: Kommunistischer Aufbau (2015): Die Krise des Imperialismus und der „Europäische Frühling“, <https://romaufbau.org/der-europaische-fruhling/>

5 | Der Aufstieg der AfD und des Faschismus, Einschätzung und Gegenstrategie, 22. Juli 2024, <https://www.klassenbildung.net/der-aufstieg-der-afd-und-des-faschismus-einschaetzung-und-gegenstrategie>

geschlossenem faschistischen Weltbild und andererseits auf einer jahrzehntelangen faschistischen Aufbauarbeit, insbesondere nach der Annexion der DDR, die wiederum dieses Potential systematisch erweitert.

Laut einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2023 vertraten 2022/23 etwa 8,3 Prozent ein „manifest rechtsextremes Weltbild“, was einen Anstieg um 6,6 Prozentpunkte gegenüber den Erhebungen zwei Jahre zuvor ausmacht. 20,1 Prozent der Befragten befanden sich im Graubereich, was zusätzlich fast eine Verdopplung dieses Bereichs bedeutet.<sup>6</sup> Dieses Weltbild leitet sich dabei aus den Eigenschaften „Befürwortung einer Diktatur“, „Nationalchauvinismus“, „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Antisemitismus“ und „Sozialdarwinismus“ ab. Besonders verbreitet sind dabei „Nationalchauvinismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ mit jeweils über 16 Prozent Zustimmungswerten.<sup>7</sup>

Die Leipziger Autoritarismus-Studie von 2014, die mit ähnlichen Parametern arbeitet und zweijährlich erscheint, kommt zu einem „Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild“ von 4,5 Prozent, ein Anstieg um 1,8 Prozentpunkte innerhalb von zwei Jahren. Einen Anstieg gab es hierbei vor allem bei der

Zustimmung zur Dimension der „Ausländerfeindlichkeit“, die bei 21,8 Prozent lag. 2002 bis 2006, 2010, 2012 und 2018 lagen diese Zahlen aber bereits höher.<sup>8</sup> Auch in älteren Studien finden sich teilweise deutlich höhere Werte. 1980 war die bekannte SINUS-Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass 13 Prozent der westdeutschen Bevölkerung über ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ verfügten. 37 Prozent seien empfänglich für „rechtsextreme Denkinhalte“. Genaue Zahlen über das faschistische Potential in Deutschland kann man aus diesen Studien aufgrund der verschiedenen Systematik und Kriterien nicht ziehen, klar ist aber: Dieses Potential reicht für die AfD, die als parlamentarische Partei auch immer auf kurzfristige Wahlerfolge aus ist, nicht aus, um diese zu erzielen. Allein deshalb muss sie sich auch mit anderen Themen als einer einfachen „Ausländer raus!“-Rhetorik profilieren. Besonders die vom völkischen „Flügel“ der Partei dominierten Landesverbände sind deshalb etwa dafür bekannt, stärkere sozialpolitische Forderungen aufstellen zu wollen. „Während Jörg Meuthen die Gesetzliche Rentenversicherung zerschlagen und durch eine steuerfinanzierte Minimalrente sowie eine finanzmarktabhängige Altersvorsorge ersetzen will, tritt der völkisch-nationalistische Flügel um Björn Höcke vordergründig für eine Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung ein“, so der Armutsforscher Christoph Butterwege 2019 über die Rentende-

batten in der Partei.<sup>9</sup> Diese endeten dabei mit einem Sieg von Höcke und Co., nämlich einem Rentenkonzept, das zwar nicht die Superreichen antastet, aber einen Großteil der Beamt:innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen lassen will. Wenngleich Konzepte wie dieses, gerade wegen der Kämpfe zwischen „Neoliberalen“ und „solidarischen Patrioten“ in der Partei, höchstens halbgar sind, reichen sie doch aus, um mit „Die Rente muss zum Leben reichen“ zu plakatieren oder eine Milderung des Unterschieds zwischen Ost- und West-Renten zu fordern und eine der brennendsten sozialen Fragen in Deutschland aufzugreifen. Ähnlich hatten es die Faschist:innen auch in der vielerorts von ihnen getragenen Bewegung „Fridays gegen Altersarmut“ vor der Corona-Pandemie getan. Zugleich werden „soziale“ Forderungen dabei aber auch immer national eingerahmt – sie gelten etwa nur für Deutsche – oder rechte Sozialstaatskonzepte stützen sich in erster Linie darauf, die Geburtenraten in „deutschen“ Familien zu steigern.

Plakatativ dargestellt wird das Besetzen sozialer Fragen aus einem parteitaktischen Hintergrund im Propagandafilm „Der lange Anlauf“, über den Thüringer AfD-Führer Björn Höcke, der vor der Landtagswahl 2024 vom identitären „Filmkunstkollektiv“ erstellt wurde. Hier sieht man etwa die Fraktionsspitze der Landes-AfD, wie

sie einen Bauernprotest besucht – und dort als einzige Parlamentspartei spricht. Höckes kaum bekannter Co-Vorsitzender Stefan Möller erklärt hier auch das Kalkül hinter dem Vorgehen der Partei: „Ab 2016, würde ich sagen, nachdem als großes programmatisches Etikett Migrationspolitik der AfD stand, haben wir uns zusätzlich aber weitere Wählergruppen erschlossen. Das ging dann eben, beispielsweise auch gerade im Bereich der Energiepolitik mit den Windkraftgegnern hier in Thüringen sehr gut, kann man das sehr gut absehen. Dann aber auch im kommunalpolitischen Bereich, wo man jetzt sagt, ist eigentlich so langweilig, da sich kein Mensch für die Kommunalpolitik einer Neugründung interessiert, aber das war eben deswegen nicht richtig, weil wir Themen angesprochen haben, die die Leute brennend interessiert haben, wie zum Beispiel Straßenausbaubeiträge und wir haben da die etablierte Politik ein Stück weit vor uns her getrieben und haben auf der anderen Seite den Kontakt zu Interessenvertretungen bei den normalen Menschen gesucht und auch entsprechend gebunden und konnten die an uns binden, weil man eben gemerkt hat, das ist eine Kraft, die meint es aufrichtig.“<sup>10</sup> Das zeigt nicht nur das Einwirken der Faschist:innen in gesellschaftliche Gärungspotentiale, sondern auch, dass er dies vor allem im und aufbauend auf dem Kleinbürger:innentum tut, wo er nach wie vor das Rückgrat seiner Massenbasis findet.

6 | Zick, Andres; Küpper, Beate; Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2023, S. 71, online abrufbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>

7 | Zick u.a. (2023): S. 68 f.

8 | Leipziger Autoritarismus-Studie 2024, S. 48 f., online abrufbar unter: <https://efbi.de/file/es/efbi/pdfs/Sonstiges/Leipziger%20Autoritarismus%20Studie%202024.pdf>

9 | Butterwegge, Christoph (2019): Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD, aus Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2019, online abrufbar unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/september/antisozialer-patriotismus-die-rentenplaene-der-afd>

10 | Der lange Anlauf, Minute 41:33, <https://www.youtube.com/watch?v=QGx29DUb7Hk>

Ähnlich gehen auch erfolgreiche rechte Parteien in anderen Ländern vor, etwa der Rassemblement National (Nationale Sammelbewegung) von Marine Le Pen in Frankreich, der laut Historiker Thorsten Holzhauser längst „linke Schlagworte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ aufgreife und „zu einem wohlfahrtschauvinistischen Chauvinismus“ umbau. „Sie haben sich so als Anlaufstelle für sozialen Protest und als Sprachrohr jener etabliert, die sich als Inbegriff ‚des Volkes‘ verstehen.“<sup>41</sup>

Hierbei handelt es sich keineswegs um ein neues Vorgehen der faschistischen Bewegung, sondern um eine bewährte Taktik bzw. ein grundsätzliches Merkmal faschistischer Politik. So schreibt der bulgarische Kommunist und Komintern-Funktionär Georgi Dimitroff in seinem bekannten Referat „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ aus dem Jahr 1935: „Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert“, und: „Der Faschismus fängt im Interesse der reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie die enttäuschten Massen ein, die sich von den alten bürgerlichen Parteien abkehren. Aber er imponiert diesen Massen durch die Heftigkeit seiner Angriffe gegen die bürgerlichen Regierungen, durch seine Unversöhnlichkeit gegenüber den

alten Parteien der Bourgeoisie.“<sup>42</sup>

### Antikapitalismus von rechts?

Neben der parteitaktischen Ebene, dem Aufstellen knackiger Wahlkampforderungen und dem Buhlen um „Protestwähler:innen“ arbeiten Ideolog:innen der Neuen Rechten auch daran, das Themen- und Wirkungsfeld der faschistischen Bewegung grundsätzlich zu erweitern und sie ideologisch grundlegend auf breitere Füße zu stellen. Aufbauend auf Theorien des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891 - 1937), geht es der Neuen Rechten darum, eine gesellschaftliche „Hegemonie“ zu erkämpfen, auf deren Grundlage faschistische Parteien dann erfolgreich sein können. Man schießt also nicht einfach auf kurzfristige Wahlerfolge, sondern strebt eine langfristige Veränderung des Denkens, Fühlens und Handelns der Massen an. Dieses Konzept nennen faschistische Intellektuelle auch „Metapolitik“ oder sie sprechen davon, im „vopolitischen Raum“ zu wirken, also den Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, die sich jenseits bzw. „vor“ der Parlamentspolitik abspielen. Um in diesen Bereichen aber tatsächlich hegemonial zu werden, muss sich die rechte Bewegung auch Arbeitsmethoden und -feldern sowie Inhalten bedienen, die klassischerweise der Linken zugeordnet werden. Auf einer tiefergehenden ideologischen Ebene geht es den Rechten dabei auch darum,

12 | Dimitroff, Georgi (1935): Arbeiterklasse gegen Faschismus – Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus, Verlag Das Freie Buch München, S. 10 f.

eine eigene rechte Gesellschaftsvision zu entwickeln, die sich auch linker Elemente bedient bzw. die „soziale Frage“ zu einer Kernfrage faschistischer Politik macht.

In seinem Buch „Querfront“ beschäftigt sich der neofaschistische Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser mit der „Neujustierung politischer Theorie und Praxis“, wie es im Werbetext des neurechten Verlags Antaios heißt.<sup>13</sup> Während er eine „Querfront“ also ein Bündnis aktuell nur mit „minoritären“ Kräften der Linken interessant findet (gemeint sind wohl Kräfte wie die „Freien Linken“), so will er der Neuen Rechten doch einen linken Anstrich verleihen. Sein Modell einer zeitgemäßen und hegemonialen faschistischen Bewegung entwirft er folgendermaßen: „Es erscheint aus diesen Gründen sinnvoller, eigene Ideen konkret auszuformulieren und Begriffe zu ‚setzen‘, mithin die dringend notwendige Erweiterung des Themenspektrums vorzunehmen. Eine ‚Neue Rechte‘, die sich von neokonservativ-neoliberalen Vorstellungswelten absetzt, die sich also gegen die Vorherrschaft des Westens, universale Islamfeindschaft, libertäre Marktgläubigkeit und konservative Kapitalismusaffirmation stellt; eine Neue Rechte, die ein fundiertes eigenes Bild vom zeitgenössischen Imperialismus entwirft und sich geopolitisch für eine ‚Pluralisierung der Hegemonien‘ ausspricht; eine Neue Rechte, die die soziale Frage wieder als ihr ureigenes Subjekt entdeckt; eine Neue Rechte,

13 | <https://antaios.de/gesamtverzeichnis-antaios/reihe-kap-laken/38118/querfront>

die europäisch denkt und mehr als nur einen nationalsozialistisch-populistischen Anti-Brüssel-Block formieren möchte, die die Idee des einigten Europas neu und innovativ, aber rückgebunden auch an Tradition und Herkunft betrachtet; eine Neue Rechte schließlich, die in der Lage ist, die größeren politökonomischen Zusammenhänge beim Großen Austausch und der aktuellen Lage des Finanzmarktkapitalismus zu analysieren und Gegenentwürfe zu entwickeln – eine solche Neue Rechte hätte es nicht mehr nötig, auf der linken Seite nach Partnern für eine Querfront zu suchen.“<sup>14</sup>

In diesem Zitat ist gut sichtbar, wie man in der Neuen Rechten versucht, linke Konzepte und Worthülsen mit zutiefst nationalistischen und imperialistischen Inhalten zu verdrehen. Mit „Antiimperialismus“ meint man eine andere deutsche imperialistische Bündnispolitik, die „soziale Frage“ wird von rechts so gelöst, dass man die Erfüllung (meist geringer) sozialstaatlicher Forderungen nur für „Deutsche“ aufstellt und von der millionenfachen Remigration von Migrant:innen abhängig macht. So greift man soziale Gärungspotentiale für sich ab und versammelt sie hinter dem denkbar aggressivsten Kurs des deutschen Imperialismus nach innen und außen.

Ob die Forderungen sich mit den Faschist:innen am Steuer jemals erfüllen, bleibt dabei ebenso offen. Schon Dimitroff schrieb: „Der Faschismus versprach den Arbeitern einen gerechten

14 | Kaiser, Benedikt: Querfront, Verlag Antaios, 2017, S. 84

11 | Holzhauser, Thorsten (2023): Spaltung der Linken: Sozialismus mit rechtem Code, <https://taz.de/Spaltung-der-Linken/15935275/>

Lohn', in Wirklichkeit brachte er ihnen ein noch niedrigeres, ein bettlerhaftes Lebensniveau.“<sup>15</sup> Schon damals hatten sich etwa die Nazis in Deutschland einen „linken“ bzw. „sozialistischen“ Anstrich gegeben und sich als Partei der „deutschen Arbeiter“ oder eines „deutschen Sozialismus“ positioniert. Diese Positionierung spielt heute in der faschistischen Bewegung nur noch bei kleinen, aber dafür umso gewaltbereiteren und aktivistischen Gruppen wie dem Dritten Weg eine Rolle.<sup>16</sup> Unter dem „deutschen Sozialismus“ wird hierbei jedoch nicht eine Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln verstanden, sondern eine bessere Entlohnung und Anerkennung deutscher Arbeiter:innen und deren Bündnis mit den „schaffenden“ deutschen Unternehmen in einer Volksgemeinschaft. Neurechte Theoretiker wie Kaiser bevorzugen hier Begrifflichkeiten wie „solidarischer Patriotismus“, der im Kern auf eine stärkere und ideologisch faschistisch unterfütterte Sozialpartnerschaft in einem ethnisch gesäuberten Deutschland hinausläuft.

Die von Kaiser beschriebene Strategie schlägt sich nicht nur in den Wahlkampforderungen der AfD nieder, sondern auch darin, dass die Neue Rechte heute auch in Form aktivistischer Gruppen wie der Identitären Bewegung, die linke Aktionsformen kopiert, oder mit eigenen gewerkschaftlichen Projekten aktiv ist. So

15 | Dimitroff (1935): S. 12

16 | Vgl. <https://web.archive.org/web/20241223191222/https://www.ausdemweg.net/der-antikapitalismus-des-iii-wegs-kapitel-1-der-deutsche-sozialismus/>

positioniert sich die faschistische Gewerkschaft „Zentrum“ auch offensiv gegen die staatstragenden DGB-Gewerkschaften: „Ein wesentlicher Impuls für die Gründung war die Erkenntnis, dass Funktionsträger der IG Metall und die Arbeitgeberseite in einer Art Symbiose agierten, die auf enge Zusammenarbeit und gegenseitige Rücksichtnahme ausgelegt war – zulasten der Belegschaften.“<sup>17</sup> Gleichzeitig sorgt sich Zentrum vor allem um die Stellung deutscher Arbeiter:innen im „globalen Wettbewerb“<sup>18</sup>, statt eine internationalistische, dem Standpunkt der Arbeiter:innenklasse entsprechende Position einzunehmen. Auf der Webseite wird dann auch schnell ersichtlich, wie das gewerkschaftliche Profil mit Themen der politischen Rechten, wie dem Compact-Verbot, einer rechten Positionierung zur Migrationspolitik usw. verbunden wird.

## Der Rechtsruck der gesamten bürgerlichen Politik

Neben dem Erstarren der faschistischen Bewegung ist auch ein immer stärkerer Rechtsruck der regierenden bürgerlichen Parteien zu beobachten. Wo die NPD vor zehn Jahren noch plakatierte: „Ist der Ali kriminell, in die Heimat aber schnell“, fordern heute die Grünen in ihrem „Zehn-Punkte-Plan für bessere Sicherheit“: „Nichtdeutsche Gefährder abschieben und Top-Gefährder engmaschig

17 | <https://www.zentrum.tv/historie/>

18 | <https://www.zentrum.tv/ziele/>

überwachen.“<sup>19</sup> Doch es ist nicht nur die heuchlerische „Willkommenskultur“, die zugunsten der Übernahme rechter Forderungen gefallen ist. Auch andere feste Größen wie etwa eine militärische „Zurückhaltung“ Deutschlands wurden in den letzten Jahren nach rechts verschoben oder gleich ganz revidiert.

Schon die beiden Beispiele zeigen, dass das verschiedene Ursachen hat. So hat die beharrliche ideologische Vorarbeit der Neuen Rechten den Raum für offenere rassistische Forderungen geöffnet und diese salonfähig gemacht.

Gleichzeitig gibt es zwei ineinandergreifende Faktoren bei der Rechtsentwicklung der regierenden bürgerlichen Parteien.

- Zum einen macht man Politik in der gleichen welt- und innenpolitischen Situation. Die Entwicklungen, die ursächlich für den Erfolg der faschistischen Bewegung sind, also die Zerrüttung der Klassenstruktur und die Verschärfung der Klassenkämpfe und der zwischenimperialistischen Widersprüche, zwingen auch die übrigen Parteien zu einer reaktionärerem Politik. Dazu zählen ein Krisenmanagement im Sinne der Banken und Konzerne, eine Regelung der Migrationspolitik zugunsten des Arbeitsmarkts, schärfere Versammlungsgesetze und die Bekämpfung politischen

19 | Wort statt Wortbruch. Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit., <https://www.gruene.de/artikel/wort-statt-wortbruch>

Widerstands, historische Aufrüstungspakete in Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg usw.

- Zum anderen versuchen die regierenden Parteien, ihre Herrschaft zu stabilisieren, indem sie ihre Umfragewerte durch Übernahme der Rhetorik und einzelner Forderungen und Argumentationsmuster der Rechten versuchen zu steigern. Hierbei ist es aber wichtig zu verstehen, dass es sich nicht nur um rhetorische Kniffe handelt, sondern die anderen bürgerlichen Parteien so auch ihre eigene, reale Politik rechtfertigen. Damit sind sie Teil des Rechtsrucks und ein wirklicher, klassenorientierter Antifaschismus muss auch sie ins Visier nehmen.

An dieser Stelle soll auch noch einmal erwähnt sein, dass der Rechtsruck der bürgerlichen Politik auch bessere Rahmenbedingungen für eine eventuelle Regierungsübernahme durch eine faschistische Regierung setzt. So muss ein Wahlsieg oder eine Regierungsbeteiligung der AfD noch nicht einen sofortigen Übergang zum Faschismus bedeuten. Sicher ist aber, dass dieser umso entschiedener und auf Grundlage einer vorherigen Politik in die gleiche Richtung vorbereitet werden kann. Auch Dimitroff spricht in seinem oben erwähnten Referat von „der Tatsache, daß vor Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den

Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern.“<sup>20</sup>

## Der Rechtsruck in der Linken

Die Spannweite der politischen Kräfte, die sich selbst als „links“ begreifen, reicht von Teilen der SPD und der Grünen bis in die linksradikalen Teile der kommunistischen und politischen Widerstandsbewegung, also politische Kräfte mit unterschiedlichen Klassenstandpunkten, Strategien und gesellschaftlicher Relevanz. Es gibt jedoch in allen diesen Strömungen der politischen Bewegung Kräfte, die sich von „links“ rechten Positionen annähern. Wir wollen diese Phänomene an dieser Stelle jeweils kurz beleuchten.

### „Linkskonservatismus“ – Reformismus mit rechter Klaviatur

Bereits eingangs haben wir über das Bündnis Sahra Wagenknecht geschrieben. Das BSW und ähnliche politische Kräfte, die sich aus dem Reformismus nach rechts bewegen, werden von bürgerlichen Politikwissenschaftler:innen unter dem Begriff des „Linkskonservatismus“ zusammengefasst. Einig sind sich diese politischen Kräfte oft in zweierlei:

- Sie teilen eine platte Kritik an der „woken“ Linken, die sich an Fragen von Minderheitsrechten arbeite und sich von den Ar-

beiter:innen und deren Forderungen abgewandt habe: *„Ihre ‚konservativen linken‘ Positionen spiegeln den Wandel der Linken und der linksgerichteten Parteien in ihren jeweiligen Ländern wider: insbesondere die Abkehr von einer Politik einer Arbeiterklasse in einer industriell geprägten Wirtschaft und die Hinwendung zu einer Mischung aus Identitätspolitik und Themen, die die Prioritäten der gebildeten Fachkräfte widerspiegeln, die heute den Kern der Unterstützung für viele, wenn nicht sogar die meisten, linken politischen Bewegungen im Westen bilden.“*<sup>21</sup>

- Anstelle dieser Politik der „Lifestyle-Linken“, wie es bei Sahra Wagenknecht heißt, tritt aber keine „echte linke“ oder klassenorientierte Politik, sondern eine nationalistische. Zum einen spiegelt sich dies in der Migrationspolitik wider, wo „Linkskonservative“ eine Begrenzung der Einwanderung fordern. So äußerte sich etwa John Fetterman, demokratischer Senator von Pennsylvania, der ebenfalls diesem politischen Spektrum zugeordnet wird, wie folgt: *„Man kann Einwanderung wirklich sehr unterstützen, aber wir brauchen auch eine sichere Grenze. Wir wollen jedem Migranten den amerikanischen Traum bieten können, aber das wird sehr schwierig, wenn 300 000 Menschen an unserer Grenze auftauchen.“*<sup>22</sup> Zum

21 | Behrent, (2024): The Rise of the Conservative Left, eigene Übersetzung, <https://www.discoursemagazine.com/p/the-rise-of-the-conservative-left>

22 | Behrent (2024)

anderen zeigt sich dieser nationale Kurs auch in der Außenpolitik. Robert Fico (der ebenfalls als Vertreter des „linkskonservativen“ Trends gilt) mit seiner sozialdemokratische Partei Smer-SSD (Richtung - Slowakische Sozialdemokratie) regierte als Ministerpräsident der Slowakei wiederholt und aktuell beispielsweise vor allem mit einer auf „Unabhängigkeit“ vom Westen und stärkerer Bündnispolitik mit Russland ausgerichteten Politik.<sup>23</sup>

Zudem treiben diese politischen Kräfte, die aus der „Linken“ kommen und mit sozialstaatlichem Anstrich nationalistische Politik machen, auch die weitere Normalisierung der faschistischen Kräfte voran. So betonte Fabien Roussel, Vorsitzender der reformistischen Kommunistischen Partei Frankreichs 2021, die Wähler:innen des Rassemblement National seien *„weder rassistisch, noch faschistisch, noch sexistisch, noch homophob“*<sup>24</sup> und spielt damit dem von Le Pen eingeschlagenen Kurs der „Entdämonisierung“ in die Karten. In eine ähnliche Kerbe schlagen Forderungen aus dem BSW nach einem „normalen“ Umgang mit der AfD.<sup>25</sup>

In Anbetracht der ideologischen Schnittmengen zwischen den Kräften ist das auch kaum verwunderlich. So

23 | Vgl. Holzhauser (2023)

24 | Le parti communiste retrouve des couleurs avec Fabien Roussel, [https://rnc.bfmtv.com/replay-emissions/les-grandes-queues/c-est-ca-la-france-de-fred-hemel-le-parti-communiste-retrouve-des-couleurs-avec-fabien-roussel\\_AV-202108310708.html](https://rnc.bfmtv.com/replay-emissions/les-grandes-queues/c-est-ca-la-france-de-fred-hemel-le-parti-communiste-retrouve-des-couleurs-avec-fabien-roussel_AV-202108310708.html)

25 | Vor Landtagswahl in Thüringen: Wagenknecht wirbt für anderen Umgang mit AfD, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wagenknecht-umgang-afd-100.html>

stellen sich beide gegen den „Wokeismus“, der offensiv falsche bürgerliche Antworten auf Diskriminierung und Unterdrückung gibt, und greifen die Vorherrschaft der USA oder des „Westens“ an, um für einen eigenständigeren nationalen Kurs oder Bündnispolitik ihrer jeweiligen Länder einzutreten.

### Politische Widerstandsbewegung zwischen Imperialismus und Revolution

Links des Reformismus (in Deutschland in Gestalt der Linkspartei) besteht die politische Widerstandsbewegung, bzw. „radikale Linke“. Diese schwankt ideologisch, politisch und organisatorisch zwischen Reformismus und Linksradikalismus.<sup>26</sup> Gerade in Krisensituationen werden mehr und mehr Kräfte der politischen Widerstandsbewegung zwischen Imperialismus und Revolution aufgerieben. Darauf haben in den letzten Jahren zahlreiche Organisationen und Gruppen mit einem Übergang auf die Seite des Imperialismus reagiert. Kristallisationspunkte waren dabei unter anderem die Corona-Pandemie und die Positionierung zum staatlichen Ausnahmezustand, der Ausbruch des Ukraine-Kriegs und die Positionierung dazu sowie die Ereignisse in Palästina seit dem 7. Oktober 2023.

So waren es während der Corona-Pandemie mehr und mehr gerade die Rechten, die sich gegen staatliche

26 | Vgl. Wogegen wir kämpfen müssen, aus: Kommunismus 19, Verlag Leo Joghiches, S. 57

20 | Dimitroff (1935): S. 9

## Was ist Wokeismus?

Unter dem Begriff des „Wokeismus“ kann man aus marxistischer Sicht die verschiedenen postmodernen Theorie- und Politikansätze gegenüber verschiedenen Formen von Diskriminierung, Unterdrückung oder gesellschaftlichen Missständen zusammenfassen. Dabei geht es in erster Linie darum, ein „Bewusstsein“ für diese zu schaffen und diese offensiv bürgerlich zu beantworten.

Das geschieht dabei meist auf eine Art, die individuelle Veränderungen des eigenen Verhaltens, der Sprache usw. fordert aber eben nicht einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter:innenklasse und aller Unterdrückten ins Zentrum rückt.

Das entspricht den ideologischen Bedürfnissen des Imperialismus, der die höhergestellten (akademischen) Teile der Arbeiter:innenklasse eben nicht mehr mit alten Spielarten reaktionärer, bürgerlicher Ideologie an sich binden kann. Stattdessen greift er seine eigenen Widersprüche auf und entwickelt bürgerliche „Antworten“ darauf.<sup>1</sup>

1 | Fragen des Postmodernismus und der Identitätspolitik werden unter anderem hier ausführlich bearbeitet: Kommunismus 20, Verlag Leo Joghiches

Maßnahmen aussprachen und eine Massenbewegung gegen diese initiierten bzw. beeinflussen konnten. Statt sowohl gegen die verschwörungsideologischen Inhalte dieser Bewegung als auch für einen antikapitalistischen Protest gegen die Maßnahmen im Sinne der Konzerne zu kämpfen, beschleunigten sich der Rechtsruck und der Zerfall der Linken. Kräfte wie die um Sahra Wagenknecht bewegten sich hier auf die Rechten zu, Strukturen der „radikalen Linken“ machten sich mit den regierenden Parteien gemein, indem sie etwa im Rahmen der Kampagne „Zero Covid“ noch stärkere Einschnitte forderten – oder sie verschwanden gleich ganz von der Bildfläche.

Als der russische Imperialismus im Februar 2022 in die Ukraine einmar-

schierte, führte das zu weiteren Zerfallserscheinungen in der politischen Widerstandsbewegung. Teile gingen gemeinsam mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften offen auf die Position des deutschen Imperialismus über, indem sie vor allem Russland als Hauptaggressor benannten. Große Teile der klassischen Friedensbewegung und der revisionistischen Organisationen gingen dagegen offen auf die Seite des russischen Imperialismus über und verteidigten dessen vermeintlich „antifaschistischen“ Krieg. Eine konsequente Position der Arbeiter:innenklasse gegen den imperialistischen Krieg vertrat dagegen nur eine überschaubare Anzahl klassenkämpferischer Organisationen.

Nach dem Ausbruch des Völkermords in Gaza im Oktober 2023

konnte man ebenfalls eine Entwicklung nach rechts beobachten. Dazu gehören natürlich das Schweigen vieler Kräfte der Linken, ihre sehr verspätete Reaktion oder ihre offene oder halboffene Positionierung zugunsten der israelischen Kriegsführung und des deutschen Imperialismus. Zur Rechtsentwicklung der politischen Widerstandsbewegung in diesem Zusammenhang zählt allerdings auch das Übernehmen arabisch-nationalistischer und bürgerlicher Positionen und die Unfähigkeit, eine antikapitalistische und sozialistische Perspektive in der Palästinasolidaritätsbewegung stark zu machen.<sup>27</sup>

In der sich zuspitzenden Weltlage werden diese Kristallisationspunkte nicht weniger werden. Um hier nicht aufgegeben zu werden, ist der Aufbau eines kommunistischen Projekts mit klarer Strategie und klarem Klassenstandpunkt entscheidend. Wer versucht, dem deutschen Imperialismus bessere Regierungsprogramme zu schreiben oder in spontanen Bewegungen mit spontan bürgerlichem Bewusstsein und Programmatik verloren geht, wird früher oder später vollständig von einem proletarischen Klassenstandpunkt abgleiten und damit letztlich seine politische Existenzberechtigung verlieren.

27 | Siehe auch unser Artikel: Palästinasolidarität in Deutschland ein Jahr nach dem 7. Oktober: Wie weiter?, <https://www.klassenbildung.net/palaestinasolidaritaet-in-deutschland-ein-jahr-nach-dem-7-oktober-wie-weiter>

## Kommunist:innen fürs Vaterland?

Ein weiteres Phänomen, dem wir uns in diesem Rahmen widmen wollen, ist das Abgleiten kommunistischer Parteien und Organisationen, besonders in den imperialistischen Ländern, auf eine nationalistische Linie. Dazu zählen etwa die Partido Marxista-Leninista (Reconstrucción Comunista) (PML (RC)) aus Spanien, der Pôle de Renaissance Communiste en France (PRCF) aus Frankreich oder die American Communist Party (ACP) aus den USA. Hierfür gibt es verschiedene Beispiele, die wir hier knapp anhand gemeinsamer Merkmale analysieren wollen.

Auch an dieser Stelle ist es jedoch noch einmal wichtig zu betonen, dass es sich hier keineswegs um ein neues Phänomen handelt. Vielmehr gab es schon früher ähnliche Entwicklungen aus der Arbeiter:innenbewegung heraus. So ist vielen heute noch bekannt, dass der italienische Faschist Benito Mussolini einst als Sozialist seine politische Laufbahn begonnen hatte. Ebenso wurde in Frankreich die Parti populaire français (PPF), die maßgebliche faschistische und eine der hauptsächlichsten Kollaborateursparteien in Frankreich, vom ehemaligen KPF-Kader Jacques Doriot geführt.

## **Sozialistisches oder „antiimperialistisches“ Programm?**

Die genannten Parteien teilen ein gemeinsames programmatisches Problem: Sie konstruieren strategische

Zwischenetappen auf dem Weg zur sozialistischen Revolution, wo es diese nicht gibt. In imperialistischen Ländern mit bürgerlich-demokratischer Verfassung, wie es die USA, Frankreich und Spanien sind, gibt es keine Notwendigkeit für eine demokratische Etappe der Revolution, vielmehr ist die sozialistische Revolution die historische Frage, die die Arbeiter:innenklasse zu lösen hat.<sup>28</sup>

Der PRCF beispielsweise hält in seinem Programm an erster Stelle den Austritt aus der EU und europäischen Verträgen, die Wiedererlangung der „nationalen Souveränität“ und die Entwicklung einer „unabhängigen und antiimperialistischen Außenpolitik“ fest, die als Schritte vor dem Sozialismus zu gehen seien.<sup>29</sup> Da hilft es auch nicht, dass das Programm als „hundertprozentig kommunistisches Programm“ überschrieben ist. In einem Vorstellungstext der Organisation heißt es etwa, man kämpfe für ein Frankreich „auf dem Weg zum Sozialismus“.<sup>30</sup>

Ähnlich handhabt es die PML (RC), die in ihrem inzwischen von ihrer Webseite gelöschten Programm<sup>31</sup> den Aufbau einer „föderativen Volksrepublik auf

dem Weg zum Sozialismus“ als strategisches Ziel festhält, also ebenfalls von der Notwendigkeit einer demokratischen bzw. Zwischenetappe auf dem Weg zum Sozialismus ausgeht. Diese Organisation hat einen langen Weg der Degeneration durchgemacht. 2009 gegründet und 2014 als Partei konstituiert, galt sie zunächst als vielversprechendes Parteiprojekt. Seit 2019 hat sie sich über verschiedene Zwischenschritte immer weiter nach rechts entwickelt. 2018 beschloss die Partei ihr Programm, das bereits fehlerhafte Positionen in grundlegenden Fragen wie hier geschildert enthält. Inzwischen ist die Partei jedoch faktisch in ihrer Massenorganisationsfront, der Frente Obrero (dt. „Arbeiterfront“, FO) aufgelöst, deren Programm eher an das nationalrevolutionärer faschistischer Organisationen erinnert. Diese Entwicklungsdynamik unterscheidet sie auch vom PRCF, der in seinen Grundpositionierungen eher stabil ist, als dass er eine so heftige Rechtsentwicklung hingelegt hätte.

Gemeinsamer Kern der falschen strategischen und programmatischen Positionen ist dabei die fehlerhafte und verkürzte Analyse des Imperialismus heute. Beide Parteien schieben nämlich vor allem auf mächtigere imperialistische Länder wie die USA oder Deutschland, von denen sich ihre Nation emanzipieren müsse, und überbetonen die Abhängigkeiten ihrer Länder von anderen imperialistischen Ländern.<sup>32</sup> So schreibt die PML (RC)

schon in ihrem Programm, das die Unterdrückung von Teilen Lateinamerikas und Afrikas durch Spanien im Gegensatz zu späteren Äußerungen der Partei immerhin noch anerkennt: „Wir sind zu einem Land der Dienstleistungen geworden, das sich in die Abhängigkeit von europäischen Produzenten begibt. Wir haben die Industrie verloren und unsere Landwirtschaft ist nicht modern. Mit dem Austritt aus diesen Institutionen müssen wir die Souveränität unseres Heimatlandes zurückgewinnen, das derzeit von verräterischen Kapitalisten geführt wird, die es an das europäische Kapital verkauft haben.“

Dabei übersehen sie, dass mit der Umstrukturierung des Kapitalismus seit den 1970er-Jahren die Abhängigkeiten und Verflechtungen zwischen den imperialistischen Ländern massiv zugenommen haben, dass ihre jeweiligen Kapitalist:innenklassen davon, wie von der Mitgliedschaft in der EU, aber auch profitieren. Das verdeutlicht noch einmal, dass sehr einseitige Vorstellungen wie die, dass die USA der „Hauptfeind der Völker der Welt“ sind, ein Einfallstor für die Entwicklung einer nationalistischen Linie in den anderen imperialistischen Ländern sein können.

Bei der American Communist Party (ACP) wird diese Argumentationslinie gewissermaßen auf den Kopf gestellt – aber mit dem gleichen Schluss, dass man an die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln als nächsten strategischen Schritt keinen

Gedanken verliert. Aus der Position der USA als dominante Weltmacht zieht man hier den Schluss, aus vermeintlich sozialistischen Versuchen im „globalen Süden“ zu lernen. „Die öffentlich-private Zusammenarbeit ist die neue Praxis der sozialistischen und fortschrittlichen Staaten des globalen Südens und Ostens des letzten halben Jahrhunderts“, heißt es beim zur Partei gehörenden „Midwestern Marx Institute“.<sup>33</sup> Der Staat müsse deshalb die Wirtschaft „in Zusammenarbeit mit den Großkonzernen“ führen.

### „Patriotismus“ oder Vaterlandsverteidigung?

Auf der Grundlage dieser falschen Strategie entwickeln die Organisationen jeweils eine „patriotische“ politische Linie und Agitation und Propaganda. Hieß es im Programm der PML (RC) von 2018 noch, man wolle ein „Vaterland für alle Völker, die in Spanien leben“, heißt es im heute gültigen Programm der Frente Obrero: „Das spanische Volk war immer eine Kriegerkaste, angesichts einer dekadenten und degenerierten Welt müssen wir diese Essenz zurückgewinnen, wir müssen darauf setzen, den Patriotismus, das Gefühl der Liebe zu unserem Land, mit der Kraft des Arbeiterkampfes zu verschmelzen, wir müssen auf einen revolutionären Patriotismus setzen, der Spanien seinen Platz zurückgibt und der als unverzichtbares Werkzeug für die Transformation

28 | Eine grundsätzliche Betrachtung zu kommunistischer Programmatik, Strategie und der Frage der richtigen Losungen findet sich u.a. in: Kommunismus 22, Mai 2022, Verlag Leo Jogiches, online abrufbar unter: <https://romaufbau.org/kom-22-mai-22-erschienen/>

29 | Le Programme du PRCF : un programme communiste à 100%, <https://www.initiative-communiste.fr/programme-candidat-2012/>

30 | Qu'est-ce que le Pôle de Renaissance Communiste en France (PRCF)?, <https://www.initiative-communiste.fr/prcf-presentation/>

31 | Ergebnisse des IV. Kongress der PML (RC): [https://drive.google.com/file/d/1W1v1O8LW6x\\_EijNyw4MhoVFT-WGAZsl/view](https://drive.google.com/file/d/1W1v1O8LW6x_EijNyw4MhoVFT-WGAZsl/view)

32 | Zum Imperialismus heute siehe auch: Der deutsche Imperialismus in Europa, Kommunismus 16, Verlag Leo Jogiches, <https://romaufbau.org/kommunismus-16-jan-2020/>

33 | Charles Mc Kelvey, MAGA and the working class, <https://www.midwesternmarx.com/articles/maga-and-the-working-class-by-charles-mckelvey>

unserer Gesellschaft dienen wird.“<sup>34</sup>

Beim PRCF richtet sich die „patriotische“ Linie vor allem gegen die USA und die Globalisierung. Er hat deshalb sogar die „*Rettung der französischen Sprache*“ in sein Programm aufgenommen und will z. B. anderssprachige Filmtitel verbieten.

In all diesen Fällen ist die „patriotische“ Linie aber vor allem eine Bemäntelung der Verharmlosung des eigenen Imperialismus. Hier wird praktisch die kommunistische Linie, dass in allen imperialistischen Ländern der Hauptfeind jeweils im eigenen Land steht, verworfen.

### Überspitzter Kampf gegen Identitätspolitik

Bereits weiter oben sind wir auf den „Kampf“ von Wagenknecht und Co. gegen den Wokeismus eingegangen. Auch bei in den Nationalismus abgleitenden oder abgeglittenen „kommunistischen“ Organisationen findet sich eine ähnliche Kritik an identitätspolitischen Konzepten in der politischen Linken, die ebenso platt und überspitzt ist.

Im Fall der PML (RC) war diese Politik ein Brandbeschleuniger. Hier wurde vor allem über den YouTube-Kanal des Vorsitzenden Roberto Vaquero mit Satire-Beiträgen über identitätspolitisch orientierte Kräfte und Bewegungen die Linie der Organisation so weit nach rechts getrieben, dass man sich heute im Programm der FO gegen die „De-

*generation durch Gender-Ideologie“* ausspricht. Über dieses Element der eigenen politischen Linie hat man sich dabei am schnellsten einer faschistischen Politik angenähert und die vorherigen Fehler in Programm und politischer Ausrichtung noch einmal verschärft, wobei man sich anfangs ähnlich wie Wagenknecht versprochen haben dürfte, „die Arbeiter:innen“ mit reaktionärer Äußerungen anzusprechen.

Bei der als „MAGA-Kommunist:innen“ (MAGA: Make America Great Again, Wahlslogan des US-Präsidenten Donald Trump) verschrienen American Communist Party (ACP) setzt man ausgehend von einer „anti-woken“ Positionierung sogar Hoffnungen in die „MAGA-Bewegung“. *„Akademiker:innen und Aktivist:innen neigen dazu zu sagen, dass Trump-Anhänger:innen rassistisch und sexistisch sind und es ihnen an der für unsere Zeit notwendigen Kultiviertheit fehlt. Aber geblendet von ihren eigenen Annahmen haben sie das MAGA-Phänomen nicht sorgfältig beobachtet und verstehen es daher nicht. Obwohl es der MAGA-Bewegung an einem konsequenten antiimperialistischen Bewusstsein mangelt, reagiert sie vernünftig und richtig auf den wirtschaftlichen, politischen und moralischen Niedergang Amerikas“*, heißt es im oben erwähnten Artikel, der übrigens nach dem Amtsantritt Donald Trumps im Januar 2025 veröffentlicht wurde. Dieser „Niedergang Amerikas“ besteht für den Autor in einem Verrat des politischen Establishments „an

*der Nation und am amerikanischen Volk“*. Die MAGA-Bewegung sei eine Art Selbstverteidigungsreaktion der Arbeiter:innenklasse dagegen, die sich gegen „Wokeismus“, „*übermäßigen Imperialismus und endlose Kriege*“, für eine Regulierung von Migration und eine Entwicklung der nationalen Industrie positionieren würde. Deshalb müssten die Kommunist:innen eine Arbeit in dieser Bewegung entfalten.

An diesen Beispielen sieht man, dass eine überspitzte Kritik an identitätspolitischen Konzepten bis hin zu einem Schulterchluss mit faschistischen Kräften und deren Forderungen führen kann. Auch wenn es sich hierbei oft noch um Randerscheinungen handelt, so ziehen sie doch viele junge Kommunist:innen in systemkonforme Bahnen und es ist notwendig, Antworten darauf zu formulieren.

### Wie kann eine Antwort der Kommunist:innen aussehen?

Die Frage, die zwischen den Kommunist:innen und allen in diesem Artikel beleuchteten politischen Kräften steht, ist die des Klassenstandpunkts. Denn sie alle entfalten ihre Politik und Linie ausgehend von einem bürgerlich-nationalen Standpunkt.

So fordern Kräfte wie das BSW, aber auch von Teilen der AfD und rechten Teilen der revisionistischen Bewegung vor allem eine andere bündnispolitische Orientierung des deutschen Imperialismus – wahlweise auf Russ-

land, China oder „antiimperialistische“ Staaten wie etwa den Iran. Hier wird vor allem die Klaviatur von „Eurasien“-Theoretiker:innen wie Alexander Dugin gespielt, die ein Zusammengehen der eurasischen Landmächte gegen die Globalisten fordern und für die Umsetzung dieses Projekts eine Querfront verschiedenster politischer Kräfte aus dem Bereich des hier skizzierten Phänomens im Kopf haben. Dugin selbst entstammt der Nationalbolschewistischen Partei Russlands, die schon in ihrer Symbolik versuchte, Kommunismus und Faschismus zu vermischen (Hammer und Sichel in weißem Kreis auf rotem Untergrund).

Aber auch andere Teile der politischen Widerstandsbewegung haben sich etwa im Rahmen der Debatten rund um die staatlichen Corona-Maßnahmen darauf eingelassen, einen anderen „nationalen Kurs“, andere kapitalistische Regierungsprogramme zu fordern. Die oben genannten politischen Kräfte sind eine Gefahr, weil sie unter linkem Anstrich den Rechtsruck weiter vorantreiben und die Herrschaft des Kapitals stabilisieren. Gleichzeitig können sie gerade wegen dieser Mischung an einem vielerorts herrschenden „Patchwork-Bewusstsein“<sup>35</sup> andocken. Egal ob Faschist:innen, „Linkskonservative“ oder falsche Kommunist:innen – sie alle führen die Massen in die Irre und treiben sie den Rechten in die Arme. Dabei werden brennende Bedürfnisse der Massen, eine zurecht entstandene Frustration

<sup>35</sup> | Siehe hierzu: Kommunismus 19, Die Arbeiter:innenklasse als revolutionäres Subjekt, S. 15, Verlag Leo Jögiches

über identitätspolitische Linke wie auch reaktionäre Einstellungen und Chauvinismus in den Massen aufgegriffen und zu einer Politik mit ausgewiesener Links-Rechts-Schwäche entwickelt.

Als Kommunist:innen müssen wir eine Antwort darauf finden, dass so auch versucht wird, ein Potential für Widerstand und Klassenkampf mit Hilfe verschiedener bürgerlicher politischer Kräfte aufzusaugen.

Für unsere Arbeit in diesem Bereich können wir folgende Grundsätze festhalten:

- **Klarheit über Programm, Strategie und Losungen**

Eine ideologische Klarheit in der Reihe der Kommunist:innen ist eine notwendige Vorbedingung, um nicht in typische Fallen zu tappen und vom Klassenstandpunkt abzugleiten. Das betrifft insbesondere die Frage der Programmatik, der Strategie, der Analyse der Situation im eigenen Land und der Klassenverhältnisse sowie eines Systems von Losungen in der alltäglichen politischen Arbeit. So schafft man es auch, zwischen notwendigen taktischen Schwenks und grundlegenden Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu unterscheiden.

- **Den Parteiaufbau vorantreiben**

Eng damit verbunden ist die Aufgabe des Wiederaufbaus einer Kommunistischen Partei in Deutschland. Ohne eigene kom-

munistische Strukturen ist es nicht möglich, das Schwanken der politischen Widerstandsbewegung zwischen Reformismus und Linksradikalismus auszugleichen und auf Grundlage einer einheitlichen Strategie die Arbeiter:innenklasse zu mobilisieren.

- **Sich nicht verbiegen**

Die Lösung auf den Rechtsruck darin zu suchen, selbst nach rechts zu rücken, würde bedeuten, die eigene kommunistische Linie aufzugeben. Heute besteht die Aufgabe darin, den fortschrittlichen Teil der Massen zur Kommunistischen Partei zu formen. In dieser Situation die eigene Politik darauf auszurichten, rückschrittliche Teile der Klasse anzusprechen, kann nur nach hinten losgehen. Stattdessen müssen wir konsequent bleiben, wenn es darum geht, einen internationalistischen Klassenstandpunkt zu vertreten – auch, wenn wir uns damit nicht überall beliebt machen.

- **Die Demagogie der Rechten entlarven**

Nichtsdestotrotz müssen wir auch versuchen, auf die von den Rechten beeinflussten Teile der Massen einzuwirken. Dazu gehört es auch, die notwendig aufkommenden Halbheiten und die Demagogie in den Forderungen der oben skizzierten politischen Kräfte aufzugreifen und zu kritisieren, beispielsweise wenn sozialstaatliche Forderungen nur aus demagogischen Gründen erhoben werden, tatsächlich kaum eine

Verbesserung bringen, rassistisch eingerahmt sind etc.

- **Die bürgerlichen Kräfte bekämpfen**

Wir müssen im Klassenkampf außerdem die Auseinandersetzung mit allen bürgerlichen Parteien und ihrer reaktionären Politik suchen, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen. Schließlich gibt es relevante Teile der Arbeiter:innenklasse, die von den sogenannten „Altparteien“ zu Recht abgegessen sind – und sich jetzt eben nach rechts wenden.

- **Kampferfahrungen sammeln und schaffen**

Zentral ist bei all diesen Punkten, dass der Einfluss bürgerlicher politischer Kräfte vor allem durch praktische Kampferfahrungen gebrochen werden kann. Deshalb müssen wir eine umso aktivere Massenarbeit in der Klasse entwickeln und an den Kämpfen der Massen als vorantreibender Teil mitwirken.

Diese Ausrichtung ist deshalb wichtig, weil die in diesem Artikel behandelten politischen Kräfte nicht einfach für sich selbst stehen, sondern für ein größeres politisches Phänomen. Dieses umfasst den Rechtsruck der gesamten bürgerlichen Politik und besonders „linker“ bürgerlicher Parteien, faschistische Parteien, die sich einen linken Anstrich geben, und Kommunist:innen, die den Ausweg in der Entwicklung einer „nationalen Linie“ sehen.

Das ist vor allem Ausdruck der eigenen Schwäche und strategischen Armut als Bewegung. Aber die Antwort darauf darf eben nicht sein, in inhaltliche Beliebigkeit zu verfallen und sich selbst nach rechts zu entwickeln oder taktisch aussichtsreichere politische Projekte zu verfolgen, mit denen man sich selbst an den eigenen oder einen fremden Imperialismus oder bürgerliche politische Kräfte bindet.

Als Kommunist:innen bleibt es unsere Aufgabe, den Klassenkampf wieder in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken – gerade wenn unsere Bewegung schwach ist. Dabei ist der Kampf gegen vermeintlich auf dem Standpunkt der Arbeiter:innen stehende politische Kräfte eine besondere Herausforderung, die wir bewältigen müssen.







# **Die Strategie der Frauenrevolution**

und die Frage des Bündnisses  
mit dem proletarischen Mann

---

*Übersetzung aus dem türkischen marxistischen Theorieorgan  
„Marksist Teori“, Ausgabe 61 aus dem Juli-August 2024*

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus dem Türkischen und stammt aus dem marxistischen Theorieorgan „Marksist Teori“ Ausgabe 61 aus dem Juli-August 2024.<sup>1</sup>

In diesem Artikel werden die strategischen Konsequenzen der programmatischen Ansätze der kommunistischen Avantgarde zum Geschlechterwiderspruch erläutert. Wir werden die Frage der Bündnisse nicht im Sinne von Bündnissen zwischen Frauen verschiedener Klassen und politischer Strömungen analysieren, sondern im Sinne von Bündnissen zwischen den Geschlechtern, innerhalb und außerhalb des binären gesellschaftlichen Geschlechtersystems. Darüber hinaus wird sich unsere Diskussion über Bündnisse nicht auf die bestehenden politischen Kräfte konzentrieren, sondern auf die sozialen Kräfte und vor allem auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Widersprüche von Geschlecht und Klasse. Die Frage nach den aktuellen Bündnissen zwischen Frauen wird in diesem Artikel nicht behandelt, es sei denn, die Thematik erfordert es, was dem Ziel des Dossiers von „Marksist Teori“ über die „gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Männlichkeit“ entspricht.

Die Frage der Bündnisse ist eine Frage der Strategie. Das gilt für die Strategie der Frauenbefreiung genauso, wie für jede andere militärische oder politische Kriegsstrategie. Daher ist unsere Diskussion über Bündnisse in

erster Linie eine Diskussion über Strategie und Taktik. Bevor wir das Thema auf den Frauenbefreiungskampf oder allgemeiner auf die Frage der Lösung des Geschlechterwiderspruchs konkretisieren, wollen wir uns einige Grundkenntnisse über die Strategie in Erinnerung rufen.

1. Das grundlegende Problem der Strategie ist das Problem der Reserven. Mit anderen Worten, die Strategie befasst sich hauptsächlich mit Bündnissen.
2. Die Strategie ist mit dem Programm verbunden. Bündnisse sind kein Selbstzweck. Für welches Ziel sammelt man Kräfte? Welche Größe, welche Quantität, welche Qualität der Schlagkraft ist notwendig, um dieses Ziel zu erreichen? Daher wird jedes politische Subjekt, ob es sich dessen bewusst ist oder nicht, für seine eigenen Zwecke auf Bündnisse zurückgreifen.
3. Die Taktik wird im Dienst der Strategie gebildet. Taktische Bündnisse konzentrieren sich auf den Erfolg einer konkreten Schlacht, nicht auf den gesamten Krieg. Taktische Bündnisse werden daher nicht auf dieselbe Weise gebildet wie strategische Bündnisse. Taktische Bündnisse müssen jedoch der Strategie insgesamt dienen.

## Die Verbindung zwischen Strategie und Programm

Die kommunistische Frauenbewegung sieht die universelle Notwendigkeit des historischen Bündnisses zwischen dem weiblichen Geschlecht und dem Proletariat gegen das historische Bündnis zwischen Patriarchat und Kapital und erkennt dies als eine der Voraussetzungen für die Verwirklichung der Frauenrevolution an.

Die Strategie und das Bündnisverständnis der kommunistischen Frauenbewegung sind mit ihrem Programm verbunden. Sie erkennt an, dass sich der Frauenbefreiungskampf nicht damit zufriedengeben kann, durch systeminterne Opposition Reformen im System zu erlangen. Deshalb formuliert sie eine Strategie, die auf die Zerstörung des Systems abzielt, und legt die Bündniskräfte entsprechend fest.

Die Frage der Reserven richtet sich nach dem Programm, nach dem Horizont des Programms, denn die Kraft, die man mobilisieren möchte, muss mit dem Ziel übereinstimmen. Wofür bauen wir Kräfte auf? Wofür sammeln wir Schlagkraft? Wie groß soll diese Schlagkraft sein? Und welche Kräfte können zu diesem Zweck auf welche Art und Weise gebündelt werden? Wenn ihr zum Beispiel in der Position seid, eine interne Kraft, eine interne Dynamik des patriarchalen Systems zu sein, die für einige Veränderungen kämpft, ohne das System des Privateigentums anzugreifen, kann die Bewegung der Teile, deren Forderungen ihr

vertreten, für euch ausreichend sein.

Die Betrachtung des Verhältnisses zwischen dem Proletariat und dem weiblichen Geschlecht als notwendiges Bündnis für die Lösung des Geschlechterwiderspruchs selbst ruft die Reaktion sowohl der traditionell patriarchalen Auffassungen der werktätigen Linken auf der Linie „Frauen und Männer Hand in Hand“ als auch der feministisch-reformistischen Strömungen hervor, die auf der Linie der Unabhängigkeit der Frauenbewegung stehen. Von den beiden Linien, von denen die erste kein Programm zur Lösung des Geschlechterwiderspruchs und die zweite ein Reformprogramm hat, wird vorgeworfen, dass ein solches Bündnis entweder für die Klasse oder für das weibliche Geschlecht spaltend sei.

Die Verbindung zwischen der Frage der Strategie, der Bündnisse und dem Programm führt jedoch dazu, dass die Frage der Bündnisse für jede programmatische Linie anders beantwortet wird. Und das ist nicht unbedingt das Ergebnis bewusster Entscheidungen.

## Männlich dominierte revolutionäre Programme und die Frage der Bündnisse

Die traditionelle Linie der werktätigen Linken, die nicht nur die Lösung des Geschlechterwiderspruchs auf die Revolution und den Sozialismus verschiebt, sondern auch den Ansatz

1 | <https://www.marksistteori6.org/140-marksist-teori/sayi-61-temmuz-agustos-2024/1171-kad-n-devriminde-strateji-ve-proleter-erkekke-i-ttifak-sorunu-2.html>

verfolgt, dass die revolutionäre Macht, die auf einer groben Gleichberechtigung der Geschlechter beruht, dieses Problem zusammen mit allen anderen Problemen lösen wird (und dies ist das Erbe der internationalen kommunistischen Bewegung bis heute), kommt nicht umhin, patriarchal zu sein.

Programmatisch sieht diese Linie vor, dass eine Revolution, die die Bedingungen für die Abschaffung des Privateigentums schafft, den Weg für die Lösung des Geschlechterwiderspruchs öffnen wird. Abgesehen von den verschiedenen Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Art und Weise, wie diese Lösung zustande kommen soll, behandelt sie auch die politische Organisation des Herrschaftsverhältnisses zwischen den Geschlechtern auf eine grob gleichmacherische Weise. Unter diesen Bedingungen ist die Frage, wie der Kampf für die Abschaffung des Privateigentums entschlossen fortgesetzt und in Bezug auf andere Aspekte, wie die Geschlechterfrage, zu Ende geführt werden kann, ein Problem, das uns nicht nur von der Theorie, sondern auch von den vergangenen Revolutionserfahrungen gestellt wird.

Diese Programme, in denen die Schritte zur Auflösung des Geschlechterwiderspruchs im Programm allenfalls einen begrenzten Platz einnehmen; in denen das Verständnis von Gleichheit letztlich auf der Grundlage von „gleichen Rechten“ beruht, welches nicht auf einem tiefgreifenden Bruch mit dem bürgerlichen Verständnis von Gleich-

heit basiert und keine umfassende revolutionäre Kritik daran übt; in denen keine umfassenden Eingriffe in die sexistische Familienstruktur vorgesehen sind; in denen grundlegende wirtschaftliche Vorgehensweisen in Bezug auf die Organisation der Arbeit von Frauen vorgesehen sind, die aber keinen Ansatz für die zu ihrer Umsetzung erforderlichen politischen Mechanismen, ideologischen und politischen Gesetze und Maßnahmen enthalten; und in denen das LGBTI+ Thema völlig ausgeklammert wird, befassen sich auch mit Bündnisbeziehungen im Sinne dieses Ansatzes.

Ungeachtet ihrer Intentionen sind diese Programme patriarchal. Denn jeder plumpe gleichmacherische Ansatz, der den Anteil der Frauen, insbesondere an der politischen Macht, nicht definiert, führt letztlich zur Fortführung bestehender Herrschaftsverhältnisse. Während die Rolle des Privateigentums für die Aufrechterhaltung des Patriarchats anerkannt wird, wird die Rolle des Patriarchats für die Aufrechterhaltung des Privateigentums ignoriert. Die Tatsache, dass die Position des weiblichen Geschlechts im Kampf für die Beseitigung des Patriarchats ihm eine besondere Qualität auch im Kampf für die Beseitigung des Privateigentums verleiht, wird mit einer Verallgemeinerung ignoriert, die nicht nur auf der patriarchalen Mentalität, sondern auch auf dem Reflex der Aufrechterhaltung männlicher Privilegien beruht.

Auch wenn einige dieser Programme zwar unter anderem sehr grundlegende wirtschaftliche Maßnahmen enthalten, wie die Vergesellschaftung der Hausarbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die bei der Schaffung der materiellen Grundlagen der sozialen Umwälzung weiter fortgeschritten sind als die fortgeschrittensten Errungenschaften, die in den gegenwärtigen system-internen Kämpfen erreicht werden können, solange aber das Verhältnis der politischen Herrschaft zwischen Männern und Frauen nicht revolutionär organisiert wird, solange die Sphäre der politischen Herrschaft der Männer nicht eingegrenzt wird und solange dieses politische Verhältnis nicht auf der Basis des kollektiven Geschlechts, sondern auf der Basis des Individuums und auf der Basis einer groben Gleichmacherei organisiert wird, wird die politische Macht ihren patriarchalen Charakter behalten und die Frage, wie und mit welcher Konsequenz diese ökonomischen Maßnahmen angewandt werden, offen bleiben. Mit anderen Worten, ein Bündnisverhältnis zwischen dem weiblichen Geschlecht und dem Proletariat mit definiertem Inhalt, rechtlichem Rahmen und ihre Form sind nicht festgelegt; das weibliche Geschlecht als gesellschaftliche Kraft verschmilzt als Individuum mit dem Proletariat; das weibliche Geschlecht wird der Möglichkeiten seiner eigenen Macht beraubt, und das Proletariat wird der Möglichkeit beraubt, sich aus seiner Situation zu befreien, die durch das bestehende Herrschaftsverhältnis

geprägt und durch das Patriarchat verkrüppelt ist. Keine der beiden gesellschaftlichen Kräfte kann ihr revolutionäres Potenzial bis an die Grenzen ausschöpfen.

Im Hinblick auf die aktuellen Ausichten auf die Bündnispolitik dieser programmatischen Ansätze zur Geschlechterfrage sind zwei wesentliche Merkmale hervorzuheben:

Das eine ist das Verhältnis zur Frauenbefreiungsbewegung als Ganzes. Demnach ist der Frauenbefreiungskampf die „demokratische Frauenbewegung“. Sie ist die „Reservekraft“ der Klassenbewegung und der Revolution. Das Verhältnis des weiblichen Geschlechts als gesellschaftliche Kraft zum Privateigentum wird nicht berücksichtigt. Natürlich gibt es eine demokratische Frauenbewegung, die von der kommunistischen Frauenbewegung und der kommunistischen Bewegung im Allgemeinen „als Reserve gewonnen“ werden muss. Aber so wie das Geschlechterproblem kein reines „demokratisches“ Problem ist, kann die Frauenbewegung nicht auf eine Bewegung reduziert werden, die aus der Lösung eines auf ungleichen demokratischen Rechten beruhenden Problems entsteht. Außerdem erklärt ein solcher Ansatz nicht die Existenz einer Frauenbefreiungsbewegung in den bürgerlichen Demokratien von den USA bis Australien oder sogar in einigen Ländern wie den skandinavischen, die in Bezug auf die Gleichheit der Rechte von Männern und Frauen auf dem Papier, wenn auch mit

hundertjähriger Verspätung, in einigen Punkten einen Schritt weiter sind als die Oktoberrevolution. Insbesondere kann sie nicht die Klassenschichtung innerhalb der Frauenbefreiungsbewegung und den darauf basierenden internen Kampf erklären. Denn wenn die Frauenbefreiungsbewegung nur eine „demokratische Frauenbewegung“ wäre, dürften diese Klassendifferenzierungen nicht zu einer solchen Differenzierung der Forderungen und zu solchen internen Kämpfen innerhalb der Bewegung selbst führen.

Die Reduktion der Frauenbefreiungsbewegung auf eine „demokratische Frauenbewegung“ kann dem großen revolutionären Potential der Geschlechterfrage nicht gerecht werden, weder unter den Bedingungen des Kampfes um die Revolution noch unter den Bedingungen der revolutionären Macht. Eine revolutionäre Macht, die sich auf diesen Standpunkt stellt, kann die Ergebnisse der Revolution nicht in Richtung eines konsequenten, entschlossenen und ununterbrochenen Kampfes für die Zerstörung des Privateigentums voranbringen. Das Patriarchat und die darauf basierende Familien- und Gesellschaftsordnung werden unter den Bedingungen der Revolution selbst zu einem der wichtigsten Pfeiler für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft des Privateigentums und sogar für die Zerstörung der revolutionären Macht selbst.

Die zweite ist die Beziehung zur kommunistischen Frauenbewegung (oder, je nach Programm des jeweiligen politischen Subjekts, zur sozialistischen

Frauenbewegung, zur revolutionären Frauenbewegung, zur proletarischen Frauenbewegung). Dies wird durch die Losung „Frauen und Männer Hand in Hand“ konkretisiert. Die Frauen sind als Individuen Teil der Klasse und daher als Individuen in der Partei organisiert. Die Organisation der Frauen in der Partei erfordert demnach allenfalls organisatorische Mittel, die ihre spezifischen Forderungen und ihre besondere Psychologie berücksichtigen, aber da nur durch die Organisation in der Partei die Gleichberechtigung verwirklicht werden kann, sind die Frauen nur als Individuen und nicht als ein Geschlecht in der Partei. Wenn es einen Bedarf nach einer Frauenorganisation gibt, ist sie nur notwendig, um „andere Frauen“ zu organisieren. Da diese Arbeit am besten von Frauen geleistet werden kann, muss diese Arbeit von Frauen der Partei durchgeführt werden. Folglich ist das Verhältnis zwischen den in diesen Reihen organisierten Frauen nicht das einer organisatorischen und programmatischen Einheit, sondern das einer „Solidarität“ in ihrer fortgeschrittensten Form. Sie beruht nicht auf einer Vereinheitlichung auf programmatische Ziele und einer kollektiven geschlechtsspezifischen Positionierung, sondern auf einer Gemeinsamkeit der Probleme und der individuellen Positionierung.

So ist der Kampf für die Befreiung der Frau „demokratischer“ Natur und steht mit diesem im Zusammenhang, und da die Partei ja „demokratische Rechte“ anerkennt, endet der Kampf für Demokratie und

Geschlechterorganisation in der Partei. Es gibt keinen Geschlechterkampf, der darüber hinausgeht.

Das Gleiche gilt für die Organisation der politischen Macht. Die Lösung der Geschlechterfrage liegt in der Revolution und im Sozialismus, die „demokratische“ Frage endet mit der Verwirklichung der „Demokratie“. Danach besteht sie in der Beseitigung der Rückständigkeits, die sich in der Gesellschaft in Abwesenheit der Demokratie gebildet haben, und in der Organisation der Wirtschaft, um diese reaktionären Tendenzen zu beseitigen. Aber die Frage der politischen Herrschaft ist, bis die Revolution ihre eigenen Grenzen erreicht hat, gelöst.

Sie klammert aus der Frage der politischen Herrschaft den notwendigen Kampf zwischen Mann und Frau aus, der auf der Existenz des Privateigentums beruht und in dem das weibliche Geschlecht als soziale Kraft mit einem größeren Interesse an der absoluten Abschaffung des Privateigentums eine konsequentere revolutionäre Position einnehmen wird. Dies führt nur zu einer patriarchalen Form der politischen Herrschaft, die objektiv zugunsten der Männer ausfällt.

Das Problem besteht darin, dass das Patriarchat zwar seine widersprüchliche Einheit mit dem Kapital aufrechterhält, das Patriarchat aber nicht mit dem Kapital gleichzusetzen ist; der Kampf gegen das Patriarchat erfordert den Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die Vorherr-

schaft des männlichen Geschlechts in allen Klassen. Und die Abschaffung der sexistischen Gesellschaft, die auf der Herrschaft des Mannes und der Versklavung der Frau als der ersten gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Geschichte durch das Privateigentum beruht, ist nicht einfach eine Frage der Demokratie und der Gleichberechtigung. Dies ist der Anspruch der Bourgeoisie, und ein revolutionäres Programm darf dieses Problem nicht einfach als „eine der demokratischen Aufgaben, die die Bourgeoisie nicht erfüllt hat“ übernehmen, sondern muss darüber hinausgehen.

## **Das Verhältnis von Feminismus und Antikapitalismus, die Linie der Reformen und die Frage des Bündnisses**

Laut den reduktionistischen und verallgemeinernden Kritiken der feministischen Bewegung an der sozialistischen Frauenbewegung, von denen einige inzwischen fast so wiederholend sind wie die Verallgemeinerung „der Feminismus ist falsch, weil er sich nicht um die Klasse kümmert“, sehen Kommunist:innen die feministische Bewegung als reformistisch an, weil sie sie nicht an ihrer Haltung gegenüber dem Patriarchat, sondern an ihrer Haltung zum Kapitalismus messen und ihr keinen revolutionären Charakter zuschreiben, solange sie sich nicht im Kampf gegen den Kapitalismus bewährt. Dementsprechend ist es falsch,

die Definition des Begriffs „revolutionär“ an den Kampf gegen den Kapitalismus zu knüpfen und die Frauenbewegung einer Art antikapitalistischem Test zu unterziehen, um ihre Eignung zu beweisen. Es sollte als ein Versäumnis angesehen werden, die Forderungen und den Kampf der Frauen als solche anzuerkennen.

Es stimmt, dass der Feminismus, oder genauer gesagt, die Kämpfe der Frauen, die ideologisch oder politisch-praktisch vom Feminismus geführt werden, nicht revolutionär sein können, solange die Kämpfe nicht antikapitalistisch sind, und die Karikatur dieser Tatsache lässt sie nicht verschwinden. Die Konsequenz aller Kämpfe in der kapitalistischen Ordnung wird von der Lebensrealität immer wieder aufgefordert, sich auf dem Boden des Antikapitalismus zu bewähren, und die Absorption aller Kräfte in das System, die auf diesem Boden nicht bestehen können, ist eine Tatsache, deren Realität in der Geschichte aller Kämpfe immer wieder gesehen werden kann. Dennoch kann eine solche Vorannahme, eine solche Reduktion in abstrakter, rein theoretischer Hinsicht als falsch erkannt werden. Wenn das Leben es nur zuließe! Dieser Ansatz lässt sich immer wieder überprüfen, sei es an den Erfahrungen der Vergangenheit oder an den konkreten Kämpfen der Gegenwart, und es wird sich in jedem Fall zeigen, dass er letztlich richtig ist.

In einem bestimmten Land, in der Geschichte, unter bestimmten sozialen Bedingungen, können Kämpfe, die

sich über nationale, sexuelle usw. Widersprüche erheben, die keinen antikapitalistischen Charakter haben oder extrem schwach sind, durchaus revolutionär sein. Im Falle der sexuellen Widersprüche ist der Spielraum dafür extrem eng, aber theoretisch möglich. Aber das ist immer nur vorübergehend und provisorisch.

Die Notwendigkeit des „Heranreifens“ im Kampf gegen den Kapitalismus ergibt sich nicht aus einem einfachen Vergleich des Geschlechterwiderspruchs mit dem Klassenwiderspruch, aus der Annahme der Überlegenheit des letzteren gegenüber dem ersteren aufgrund einer Vorliebe, einer subjektiven Haltung des „Kümmerns“; sie ist eine notwendige materielle Folge der Art und Weise, wie sich die ökonomisch-soziale Struktur und die Herrschaftsmittel, insbesondere das Patriarchat, auf dieser Struktur bilden, mit anderen Worten, sie ist eine Zwangsläufigkeit, die sich aus dem materiellen Grund des Geschlechterwiderspruchs selbst ergibt.

Es geht nicht darum, ob man „willens“ ist, zur Lösung des Klassenwiderspruchs beizutragen, ob man sich für die Lösung des Klassenwiderspruchs einsetzt oder nicht, sondern ob man „willens“ ist, den Geschlechterwiderspruch auf revolutionäre Weise zu lösen. Objektivität und materielle Bedingungen statt Präferenzen verbinden den Antikapitalismus und die Ebene, die die revolutionäre Lösung des Geschlechterwiderspruchs beinhaltet, nicht die reformistische Lösung

einzelner Probleme, die sich aus dem Geschlechterwiderspruch ergeben, die die Einschränkung, Umwandlung und Glättung der patriarchalen Ordnung stückweise beinhaltet.

Die patriarchale Ausbeutung beruht, wie viele feministische Bewegungen erkennen, letztlich auf dem System des Privateigentums. Das Maß des Revolutionärseins hängt davon ab, ob Ihr Kampf auf dem Ziel beruht, die auf dem Privateigentum basierende Gesellschaftsordnung, im gleichen Sinne das Patriarchat, zu stürzen, oder ob er auf den Zielen der Fesselung, Zerkleinerung, Begrenzung usw. beruht. Die hauptsächliche „Reduzierung“ besteht darin, das Problem der Überwindung des Privateigentums in der Reformismus-Revolution-Debatte auf die Überwindung des Kapitalismus zu „reduzieren“ und sich damit vom Kern des Problems zu entfernen. Außerdem kann die Frage des Antikapitalismus nicht einfach auf die Klassenfrage reduziert werden. Ist der Kampf gegen diesen oder jenen Angriff des Kapitals ein und dasselbe wie der antikapitalistische Kampf? Nein, ganz und gar nicht. Ist jeder Kampf für eine Lohnerhöhung notwendigerweise von dem Subjekt aus ein antikapitalistischer Kampf? Nein, das ist er nicht. Da alle Kämpfe für die wirtschaftlichen und demokratischen Rechte der Arbeiter:innen, der Klasse, gegen die Kapitalist:innen geführt werden, sind sie auch antikapitalistisch? Ist er revolutionär? Steht er außerhalb des Systems? Nein, das ist er nicht.

Kommunist:innen kritisieren den Fe-

minismus in erster Linie als eine system-interne politische Strömung, als Reformismus, ja. Wenn man dies einfach damit verbindet, dass man den sexuellen Widerspruch als zweitrangig und den Klassenwiderspruch als primär ansieht, kann man die Situation nur karikieren. Kommunist:innen betrachten auch den Ökonomismus und den Syndikalismus als reformistisch. Aber es gibt keine „klassengebundene“ Haltung als diese!

Aber warum sollte man den gewerkschaftlichen Reformismus und den feministischen Reformismus unterschiedlich behandeln? Im Gegenteil, bedeutet die Behandlung des Gewerkschaftsreformismus als ernsthaftes Problem und die Betrachtung des geschlechtsspezifischen Reformismus als zweitrangig nicht, dass die Kämpfe, die sich um den sexuellen Widerspruch herum entwickeln werden, in eine zweitrangige Position gedrängt werden?

Es kann durchaus sein, dass die Arbeiter:innen in einer oder mehreren Fabriken z. B. für eine Lohnerhöhung, für die Erlangung von Gewerkschaftsrechten, für die Regelung der Arbeitsbedingungen unter Berücksichtigung aller Erfordernisse der Gesundheit der Arbeiter:innen kämpfen und diesen Kampf gewinnen. Wir behaupten nicht, dass durch einen syndikalistischen Kampf, geschweige denn durch einen gewerkschaftlichen, keine Erfolge erzielt werden können. Im Gegenteil, wir behaupten, dass dies möglich ist. Wir nehmen an solchen fragmentierten Kämpfen teil.

So wie die Bewegung der Arbeiter:innenklasse als reine Arbeiter:innenbewegung ihre revolutionäre Rolle nicht spielen kann, so wie die auf die Arbeiter:innenklasse reduzierte Klassenbewegung zwangsläufig reformistisch sein wird, haben wir wiederholt gesagt, dass die reine Frauenbewegung ebenso reformistisch ist wie die reine Arbeiter:innenbewegung. Feminismus und Syndikalismus sind sich in vielerlei Hinsicht ähnlich. In einer Hinsicht ist der Feminismus als eine unabhängige, reine Frauenbewegung eine Art Syndikalismus des weiblichen Geschlechts. Er ist eine geschlechtsspezifische Version des Syndikalismus und des Ökonomismus.

So ist die Ähnlichkeit einer auf Körperpolitik oder Gewalt gegen Frauen verengten Linie, die keine wirkliche Beziehung zu anderen sozialen Kämpfen und anderen Folgen des Geschlechterwiderspruchs herstellt und sich mit der Opposition der Frauen allein begnügt, anstatt nach einem Weg zu suchen, einen möglichst breiten Teil der Gesellschaft in diesen Problemen zu mobilisieren, mit einer auf Lohnkämpfe verengten Arbeiter:innenbewegung auffällig. Es liegt jedoch in der Natur des Problems, dass der gewerkschaftliche Reformismus, da die Form der Ausbeutung von Arbeiter:in zumindest auf der Ebene der Fabrik und der Werkstatt stattfindet, den Arbeiter:in auf eine breitere „soziale“ Zusammensetzung verengt, während die patriarchale Ausbeutung auf der häuslichen Ebene stattfindet (und wir meinen nicht nur das Haus und die häusli-

che Sklaverei, sondern auch die Liebe, die Familie, alle Bereiche der Eins-zu-eins-Beziehung mit dem Mann), so dass die Verengung der Geschlechterfrage einen noch größeren Raum für Individualismus und Isolation lässt.

Obwohl der Kampf um die Veränderung der Familien- und Gesellschaftsordnung einer viel größeren gesellschaftlichen Umwälzung entspricht als der Kampf um den Sturz der politischen Macht, kann der Kampf um diese Frage nicht „allein an sich selbst“ revolutionär sein. Er kann nicht revolutionär sein, nur weil er auf dem Boden steht und die Schärfe seiner Forderungen hat. Er kann auch nicht revolutionär sein, wegen der Schärfe der Mittel und Formen des Kampfes. Egal, wie stark der praktisch-legitime Widerstand ist, den man organisiert, egal, wie scharf man auf intellektueller Ebene definiert, man darf nicht die wichtigsten Grundlagen des Patriarchats vergessen, die bürgerlich-patriarchale politische Macht, den Staat, der patriarchale Gesetze erlässt, die Institutionen, die sie umsetzen, die Gerichte und den Justizapparat, das Militär, Polizei und andere Gewaltapparate; und wenn man diese nicht zerschlägt, wenn man nicht das Großeigentum angreift, den ökonomischen Lebensnerv der häuslichen Sklaverei und der Lohnsklaverei, wenn man nicht die ökonomischen Mechanismen in Beschlag nimmt, durch die alle Ideologie produziert wird, von der Bildung bis zur Kultur, kann man nicht einmal ansatzweise radikale Schritte zur Abschaffung des Patriarchats unternehmen. Die „Feminisierung“

dieser Mechanismen ist nicht möglich; wenn ihr nicht über die Mittel und die Organisation des Kampfes verfügt, die stark genug sind, um sie zu stürzen, habt ihr auch nicht die Macht, sie zu „feminisieren“. Eure Forderungen werden entweder durch Unterdrückung und Gewalt unterdrückt, oder sie werden verpackt, in Flaschen abgefüllt und im Räderwerk desselben Mechanismus zu Waren gemacht und in den Dienst derselben Ordnung gestellt. Die sozialen Versöhnungsschleier über dem Geschlechterwiderspruch werden allmählich verschwinden, der Geschlechterwiderspruch wird mehr und mehr einen Klassencharakter annehmen, er wird mehr und mehr zum Problem der Armen werden.

Kurz gesagt, der Kampf für die Befreiung der Frau oder, weiter gefasst, für die sexuelle Befreiung, für die Beseitigung der sexistischen Gesellschaft, basiert entweder auf der Beseitigung des Privateigentums oder eben nicht. Wenn er sich darauf stützt, zielt er auf den Sturz der politischen Kräfte und des politischen Systems ab, die es stützen, und damit auch auf die Herrschaft des Kapitals. Um ihn zu stürzen, kämpft man entweder für die Zerschlagung der wirtschaftlichen und politischen Mittel, auf denen er beruht, und für die Errichtung einer anderen Gesellschaftsordnung an seiner Stelle, oder man kämpft für die teilweise Umwandlung dieses Systems in sich selbst, wobei die Grundfesten dieses Systems bestehen bleiben. Das ist das Thema unserer Diskussion über Reformismus und Revolutionärsein. Auch

wenn die Frauenbewegung für ihre eigene Befreiung und nur für ihre eigene Befreiung kämpfen will, aber nicht für die allmähliche und partielle Umwandlung des Patriarchats durch Reformen, sondern für seine Zerstörung, kurz gesagt, nur für ihre eigene revolutionäre Befreiung, steht sie dem Kapitalismus gegenüber, denn objektiv ist der Kapitalismus die bestehende Form der privatwirtschaftlichen, patriarchalen Ordnung. Gerade deshalb sind ein bedeutender Teil der Feministinnen, auch wenn sie auf antikapitalistischer Grundlage stehen oder sich an antikapitalistischen Kämpfen beteiligen, immer noch Reformistinnen, denn ihr antikapitalistischer Kampf findet nicht auf revolutionärer Grundlage statt, sondern in der Form der Begrenzung und Politisierung der Ordnung. Kurz gesagt, der Feminismus wird nicht reformistisch, nur weil sein „Gegenstand ein anderer ist“. Er wird reformistisch, je nachdem, auf welche Art von gesellschaftlicher Umwälzung sein Kampf in dieser Frage abzielt. Es ist auch demagogisch, eine revolutionäre, kommunistische Frauenbefreiungslinie einfach durch die Verallgemeinerung „auf Antikapitalismus zu reduzieren“ zu beurteilen und die kommunistische Frauenbewegung zu verurteilen, indem man ihr eine Art „Geschlechter-Kollaborationismus“ zuschreibt. Die Frauen der Arbeiter:innenklasse können nicht erwarten, dass ihre Forderungen, die Gegenstand des Kampfes für die sexuelle Befreiung sind, nach und nach zur Ware gemacht werden, und dass dann ihre Produktion so weit sozialisiert wird, dass auch die Ärmsten sie

kaufen können und die Produkte billiger werden. Wenn es ein Jahr dauert, bis sie die Frauen der höchsten Klassen erreichen, wird es hundert Jahre dauern, bis sie die Frauen der untersten Klassen und Schichten erreichen, wenn sie sie überhaupt erreichen. Sie können dies auch mit sehr konkreten historischen Daten überprüfen. Der Unterschied zwischen der Geschwindigkeit, mit der das Recht auf eine Kindertagesstätte (oder das Recht, die Arbeitskraft einer weiblichen Betreuungsperson zu Hause zu nutzen) eine europäische Frau aus der Mittelschicht erreicht, und der Geschwindigkeit, mit der es eine indische Frau aus der Arbeiter:innenklasse erreicht (und selbst wenn man diese Zahl berechnet, von der wir nicht wissen, wie viele Jahre sie brauchen wird, da sie noch nicht verwirklicht wurde, indem man die letzten hundert Jahre betrachtet, seit die Forderung nach dem Recht auf eine Kindertagesstätte erhoben wurde, ist das Bild klar), man kann dies auf alle Bereiche ausdehnen, von der Kommodifizierung des Rechts auf Abtreibung, wo immer sie legal ist und wo nicht, bis hin zur Gleichheit im Bildungswesen, und man hat noch nicht einmal die Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit berührt, denn letzteres ist nirgendwo und auf keiner Ebene erreicht worden. Das Gleiche gilt für alle Bereiche des „Mentalitätswandels“. Einen grundlegenden, gesellschaftlich bedeutsamen Mentalitätswandel könnt ihr nur realisieren, wenn ihr die Großproduktion von Bildung und Kultur unter die kollektive Kontrolle des weiblichen Geschlechts bringt. Solange das nicht

so ist, kann man diesen Wandel nicht so organisieren, dass er die Massen der armen und arbeitenden Frauen erreicht, die diesen Wandel am dringendsten brauchen. Die armen und arbeitenden Frauen, die rassistisch und national unterdrückten Frauen, werden die Letzten in der Reihe sein, was sie nicht sein können. Aufgrund des Charakters der kapitalistischen Ordnung kann sich die Sozialisierung auf diese Weise, abgesehen von ihrer Geschwindigkeit, niemals so entwickeln, dass sie alle Bedürfnisse abdeckt und alle Frauen erreicht.

Dieser Widerspruch kann und wurde von bürgerlichen Ansätzen als die „innere Farbe“ des Feminismus gesehen, aber das ist nicht der Fall. Frauen aus der Arbeiter:innenklasse und den unterdrückten Völkern können nicht darauf warten, dass einzelne Reformen sie erreichen. Das ist etwas für das Kleinbürger:innentum und die höheren Klassen, die die Möglichkeit haben, die Übergangszeit mit einem Dach über dem Kopf und unter relativ tragbaren Bedingungen zu verbringen. Der Feminismus war nie in der Lage, einen Ausweg aus diesem Widerspruch zu finden, er war nie in der Lage, ein Kampfprogramm zu definieren, das diesen Widerspruch einschließt, denn dieser Widerspruch ist ein antagonistischer Widerspruch.

Der Frauenbefreiungskampf muss sich zur Revolution hin öffnen, zum Sturz der bestehenden politischen Macht. Also nein, wir versuchen nicht, ein separates Feld des Kampfes gegen den

Kapitalismus durch die Frauen zu eröffnen. Wir versuchen, den Kampf gegen den Kapitalismus als Frauen und für Frauen zu entwickeln, und nicht nur für arbeitende Frauen und nicht nur für die Gleichheit auf der Ebene der Fabrik und des Arbeitsplatzes.

Von diesem Punkt aus können wir nun die feministische Behandlung der Frage der Bündnisse betrachten.

Auch hier ist die Bündnis- und Strategiefrage unmittelbar mit programmatischen Ansätzen verknüpft. Die herausragenden Merkmale sind hier Strategielosigkeit, Eigenständigkeitsdenken und Intersektionalität.

Betrachten wir zunächst die Tatsache der Strategielosigkeit. Der herausragende Ansatz in den Reihen der Feministinnen ist das Fehlen eines konkreten Programms oder einer konkreten Strategie. Da eine mehr oder weniger ganzheitliche gesellschaftliche Transformation nicht angestrebt wird, da es gilt, eine „innere Farbe“, eine „innere Opposition“ der patriarchalen Ordnung zu bleiben, tritt die Strategielosigkeit in den Vordergrund. Entsprechend ist auch die Bündnispolitik geprägt. Punktuelle Reformkämpfe sind zwangsläufig taktische Kämpfe und laufen über taktische Bündnisse.

Kämpfe für rechtliche Reformen wie das Gesetz, das Justizsystem, die Umgestaltung der Familie, die Politik der Sexualität und des Körpers, das Recht auf Abtreibung, das Recht auf Scheidung sowie Kämpfe für Forderungen zur Begrenzung der Armut

und der Auswirkungen des Kapitalismus auf Frauen gehen natürlich nicht über die Position der system-internen Opposition hinaus. Abgesehen davon, dass der eine oder andere dieser Kämpfe der wichtigste ist, sind sowohl die Selbstorganisation der Frauen als auch die konkreten Kämpfe und Bündnisbeziehungen eingeschränkt und zeitlich begrenzt, selbst wenn es sich um den ganzheitlichsten oder kontinuierlichsten Kampf handelt. Absolute Unabhängigkeitskonzepte, bei denen das männliche Geschlecht und gemeinsame Organisationen („gemischte Organisationen“ im feministischen Sinne) von Kämpfen, die Geschlechterwidersprüche beinhalten, völlig ausgeschlossen werden, sind einer der führenden Ansätze. Vor allem in den Kämpfen der Mittelschicht ist diese Linie stärker ausgeprägt und kompromissloser.

Die extremste Form dieses Ansatzes ist der TERF-Ansatz, bei dem sogar die LGBTI+ Bewegung, unter Ausschluss von Schwulen und trans Personen, nicht als Bündnis angesehen werden kann. Zumindest entsteht ein Zögern und eine Unentschlossenheit, was die Ganzheitlichkeit des sexuellen Widerspruchs angeht. Anstatt die Reihen des sexuellen Widerspruchs mit einer bestehenden LGBTI+ Bewegung zu erweitern, manifestieren sich eine Apolitisierung, ein Intellektualismus und ein Elitismus, der so weit geht, sich auf Wege zur Spaltung dieser Bewegung zu konzentrieren, wie in den Diskussionen über die Bündnisse mit LGBTI+ Personen.

Ein Programm der zersplitterten system-internen Opposition erfordert entweder anarchistische, autonome, bewusstseinsbildende, kollektive Brüche und Entpatriarchalisierung oder lose Netzwerkorganisationen auf der Basis von feministischem „Aktivismus“ in Form von Aktionsbündnissen (in der Geschichte des Feminismus haben sich weitaus fortgeschrittenere Organisationsformen herausgebildet, darunter auch politische Parteien, die Gegenstand einer eigenen Studie sind, wir beschränken uns hier aber auf die derzeit dominierenden Strömungen).

Die Grundlage für die Selbstorganisation von Frauen im Feminismus ist nicht in erster Linie Einigkeit, sondern Solidarität. Dies ist zweifellos fortschrittlich, da es sowohl eine Form als auch ein Produkt der Vergesellschaftung im Problem der Geschlechter ist, die auf der Grundlage der häuslichen Sklaverei unterdrückt werden, wo Unterdrückung und Ausbeutung im Wesentlichen häuslicher Natur sind und sich auf der Grundlage von Familie und Beziehungen entwickeln. Aber in dieser Form ist es auf jeden Fall keine Form des revolutionären Kampfes gegen das Patriarchat, sondern eine Form der kollektiven Existenz der system-internen Opposition.

Was die Bündnispolitik der heutigen feministischen Bewegung betrifft, so ist der offensichtlichste und wichtigste Trend die Intersektionalität. Intersektionalität ist heute sowohl in der Frauenbewegung als auch in der LGBTI+ Bewegung eine stark entwi-

ckelte Tendenz. Eine wichtige Quelle des Intersektionalismus entwickelte sich als interne Kritik schwarzer Feministinnen aus den linken, werktätigen und unterdrückten Reihen an den dominanten feministischen Strömungen, die Ethnie und Klassenwidersprüche ignorierten. In dieser Zeit spielte sie eine fortschrittliche Rolle innerhalb der feministischen Bewegung, indem sie die Aufmerksamkeit auf Rassismus, Armut, Fragen der Arbeiter:innenklasse und den gemeinsamen Kampf der Frauenbewegung mit der antirassistischen politischen Bewegung gegen den weißen Feminismus der Mittelschicht lenkte. Seitdem hat sich der Intersektionalismus innerhalb der Frauenbewegung rasch ausgebreitet und ist heute eine der dominierenden Tendenzen. Ein Aspekt der Tendenz zur Intersektionalität ist nach wie vor durch den Wunsch und die Ausrichtung auf einen ganzheitlichen Kampf gegen die patriarchalische kapitalistische Ordnung, den Imperialismus, die nationale und rassistische Unterdrückung gekennzeichnet. Ein weiterer Kanal sind postmoderne, individualistische und unpolitische Konzeptionen von Intersektionalität. Der Postmodernismus, der auf der totalen Ablehnung von Ganzheitlichkeit, Geschichtlichkeit, Kausalität und Universalität beruht, interpretiert die Intersektionalität in einem anderen Kontext neu. Demnach ist Unterdrückung für jedes Individuum einzigartig. Der Kampf, wenn er überhaupt als „Kampf“ definiert werden soll, ist individuell und kulturell. Die Behandlung von Individuen als kollektive

soziale Kräfte ist eine weitere Form der Produktion von Unterdrückung und Ausbeutung. Letztendlich gibt es ihrer Meinung nach keine Verbindung zwischen den Kämpfen gegen Sexismus, gegen Heterosexismus, gegen Kapitalismus, gegen diese oder jene konkrete rassistische Unterdrückung, gegen diese oder jene konkrete nationale Unterdrückung. Sie sind Gegenstand von separaten Kämpfen. Sie müssen autonom gemacht werden. Je mehr sich die Kampffelder autonomisieren, je mehr die Formen der Unterdrückung und Ausbeutung als autonom angesehen werden, desto mehr wird die Besonderheit und Einzigartigkeit der individuellen Erfahrung erreicht. Und zwar so, dass kollektive Kämpfe und kollektive Programme völlig abgelehnt werden und Positionen eingenommen werden, die ausschließlich auf der Veränderung des individuellen Verhältnisses der Individuen zur Gesellschaft beruhen. In dem Maße, in dem sich Souveränität und Unterordnung von allen sozialen Bindungen lösen, erhalten sie eher einen wahrnehmungsbezogenen als einen materiellen Charakter. Im Rahmen eines Gesellschaftsverständnisses, das nicht auf Gemeinsamkeiten, sondern auf Unterschieden beruht, kommt man zur Personalisierung von Geschlecht, Ethnie und allen anderen Formen der Unterdrückung und ihrer Ablehnung als soziale Kategorien.

So fortschrittlich die intersektionalen Tendenzen zur Einheit der Kämpfe der Unterdrückten sind, so reaktionär und desorganisierend sind die Tendenzen

zur Ablehnung von „kollektiven Subjekten“, sozialen Kämpfen und sozialen Kräften, die Verurteilung eines gegen die Quellen der Unterdrückung und der Unterdrückung gerichteten Kampfes als „social engineering“ und die Tendenzen zu anarchistischen Kulturbewegungen, die darauf beruhen, dass das Individuum sein Verhältnis zur Gesellschaft verändert, anstatt politische Kämpfe zu führen.

Andererseits sieht die Intersektionalität, selbst in ihrer fortgeschrittensten Form, nicht nur keine Einheit des Programms vor, sie lehnt auch einen einheitlichen Kampf gegen die patriarchale heterosexistische kapitalistische Ordnung ab. Tatsächlich spiegelt die Intersektionalität die gegenwärtigen Gefühle und Einstellungen der Arbeiter:innenklasse und der Unterdrückten zueinander unter der gegenwärtigen Hegemonie der bürgerlichen Ideologie und der aktuellen Stimmung der spontanen Kämpfe wider. Die Unterdrückten sind einander zugeneigt, aber distanziert und zurückhaltend. Sie brauchen einander und erkennen dies an, aber sie misstrauen einander. Und im Grunde sind sie unentschlossen, sich gegen den Hauptfeind zu wenden. Da der Intersektionalismus nicht von einer objektiven Analyse der materiellen Bedingungen und der Frage ausgeht, wie man die Quellen von Unterdrückung und die Rolle des Subjekts/der Subjekte dabei zerstören kann, sondern direkt von der Unterdrückung selbst und der Notwendigkeit individueller/subjektiver Verteidigung gegen die Unterdrückung in

einer subjektivistischen Weise, geht der Intersektionalismus von der Überschneidung von Unterdrückungen aus, nicht von Zielen und Zielsetzungen, und macht die Unterdrückten von Anfang an verwundbar.

Das grundlegende Merkmal einer intersektionalistischen Bündnispolitik ist folgendes: Einzelne Subjekte aus verschiedenen Sektionen, die sich gegen die bestehende Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen und begonen haben, gegen die Mechanismen der Unterdrückung zu kämpfen, aber in Form von autonomen Oppositionszweigen agieren, beteiligen sich an dem Kampf auf den Ebenen, auf denen sich ihre konkrete Unterdrückung überschneidet. Die Intersektionalität beinhaltet also die Positionierung der individuellen Subjekte, die Adressaten von mehr als einem dieser Probleme sind, in Übereinstimmung mit den sich überschneidenden Unterdrückungen innerhalb der zahlreichen ineinandergreifenden Unterdrückungssysteme.

Intersektionalität bedeutet, wie der Name schon sagt, Einheit in dem Maße und in dem Ausmaß, in dem sich Forderungen und Probleme überschneiden. Diese lose, solidarische Ebene ist an sich fortschrittlicher als isolierte Kämpfe. Sie ändert jedoch nichts an der isolierten Existenz der Kämpfe und damit am Charakter der Kämpfe, die nur auf die Errungenschaften im Fragment ausgerichtet sind und die Einheit nur im Fragment, in der Schnittmenge, beinhalten. In jedem Fall geht diese Fragmentierung von der Ordnung aus

und erzeugt sie. Ein Kampfverständnis, das vom unterdrückten Subjekt ausgeht, sich aber nicht auf die Quelle der Unterdrückung, ihre materielle Basis, die ökonomischen und politischen Mechanismen ihrer Aufrechterhaltung konzentriert, kommt der Beseitigung der Unterdrückungsmechanismen nicht einmal nahe und bleibt im Wesentlichen in den Grenzen der „Bewusstseinsbildung“.

### **Eine revolutionäre Strategie für ein revolutionäres Programm**

Das Programm der Kommunist:innen zur Befreiung der Geschlechter stützt sich auf die Abschaffung des Privateigentums. Für ein Programm, das darauf abzielt, die auf dem Privateigentum basierende Gesellschaftsordnung zu beenden und die sozialen Grundlagen des Geschlechterwiderspruchs zu zerstören, versucht es, alle gesellschaftlichen Kräfte, die ein Interesse an der Zerstörung des Privateigentums haben, auf dem das Patriarchat basiert, auf der Achse des Geschlechterwiderspruchs, auf der Seite des Frauenbefreiungskampfes und des anti-heterosexistischen Kampfes zu positionieren und sie auf diesem Boden zu gewinnen. Denn die Kräfte, die für den Kampf für den Umsturz der auf Privateigentum basierenden Gesellschaft notwendig sind, sind nicht dieselben wie die Kräfte, die für den Kampf für z. B. eine partielle Gesetzesänderung notwendig sind.

Die Gesellschaft, die auf dem Privateigentum basiert, ist in den heutigen materiellen Bedingungen, in der kapitalistischen Ordnung, im imperialistischen kapitalistischen System verkörpert. Die materiellen Grundlagen des Patriarchats sind die auf der Herrschaft des Kapitals beruhende ökonomische Gesellschaftsordnung und deren staatliche und politische Struktur. Der Umsturz des Patriarchats erfordert den Umsturz dieses politischen Systems. Dieser Zusammenbruch kann den Weg für die Auflösung der geschlechtsspezifischen Gesellschaft ebnen, vorausgesetzt, dass die Position des weiblichen Geschlechts in der neuen Macht so bestimmt wird, dass sie den Hauptentscheidungsmechanismus in allen Problemen auf der Achse des Geschlechterwiderspruchs und den gleichberechtigten Entscheidungsmechanismus in allen anderen Problemen darstellt.

Aber nicht nur das weibliche Geschlecht hat ein Interesse daran, die gegenwärtige politische Macht des Privateigentums zu liquidieren. Das Proletariat als Klasse ist der Totengräber der Privateigentumsgesellschaft. Das weibliche Geschlecht allein kann die Ordnung des Privateigentums nicht stürzen, es kann nicht den Sturz aller materiellen gesellschaftlichen Grundlagen des Patriarchats garantieren. Dieser Kampf erfordert ein grundlegendes Bündnis zwischen den Kräften in der Gesellschaft, die an der Zerstörung des Privateigentums interessiert sind. Dies ist das Bündnis zwischen der Frau als Geschlecht und

dem Proletariat als Klasse.

Um dieses grundlegende Bündnis zu erreichen, ist es notwendig, die gesellschaftlich versöhnlichen Kräfte zu isolieren und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte um dieses Grundbündnis gegen das Patriarchat herum zu reinigen.

Im Verhältnis zur Existenz und Schärfe der nationalen Widersprüche ist die Situation für Männer unterdrückter Nationalitäten in jedem Land und jeder Region auch ähnlich. Dieses Bündnis ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, weil in der kapitalistischen Ordnung alle wirtschaftlichen Beziehungen, einschließlich der patriarchalen Ausbeutung, der häuslichen Sklaverei und aller Formen der sexuellen Ausbeutung, der Kapitalproduktion unterworfen sind. Und die Klassendifferenzierung innerhalb des männlichen Geschlechts ist so, dass der bürgerliche Mann der konsequenteste Vertreter des männlichen Geschlechts ist, weil die Verwertung des Kapitals den proletarischen Mann vom bürgerlichen Mann in einem antagonistischen Widerspruch trennt. Der proletarische Mann kann, obwohl er ein Interesse an der patriarchalen Ausbeutung hat, ein Bündnis mit dem weiblichen Geschlecht für die Umwälzung des Privateigentums eingehen, da seine Interessen objektiv mit der Umwälzung des Privateigentums verbunden sind.

Das weibliche Geschlecht ist auch in sich selbst nach Klassen

unterschieden. Hinzu kommen nationale Unterdrückung, Kolonialismus und Differenzierung nach Nationalität sowie Unterdrückung und Ausbeutung aus religiösen und konfessionellen Gründen, doch lassen wir diese vorerst beiseite. Die Klassendifferenzierung unter den Frauen ist jedoch so, dass die Existenz des Privateigentums die bürgerliche Frau an die kapitalistisch-patriarchale Ordnung bindet und sie von ihrem Geschlecht entfremdet, weil ihre Interessen an der Erhaltung des Privateigentums objektiv Vorrang haben. Damit befindet sich die kleinbürgerliche Frau in einer widersprüchlichen Position gegenüber der subversiven, revolutionären Lösung des Geschlechterwiderspruchs. Im Gegensatz zum männlichen Geschlecht, wo die Kraft der Repräsentation des Geschlechts beim bürgerlichen Mann konzentriert ist, ist es beim weiblichen Geschlecht die proletarische Frau, die ihr Geschlecht am konsequentesten vertritt. In diesem Fall ist ein Bündnis zwischen dem weiblichen Geschlecht und der männlichen Hälfte des Proletariats für die Aufhebung des Patriarchats, die Aufhebung des Privateigentums und die revolutionäre Lösung des Geschlechterwiderspruchs notwendig.

Die männliche Herrschaft ist gleichzeitig ein großer sozialer Schlichter, der systematisch die Klassenkollaboration organisiert und das Proletariat systematisch an die Ordnung bindet. Der Pol des unterdrückten Geschlechts vom Geschlechterwiderspruch ist einer, in dem das nicht Destruktive nicht

ausreichend vereinheitlichend ist. Der Pol des Unterdrückergeschlechts vom Geschlechtswiderspruch neigt dagegen naturgemäß dazu, eher schützend als zerstörend zu wirken. Das ist es, was im Wesentlichen regulierend wirkt. Die klassenschlichtende Kraft der männlichen Herrschaft, um den Geschlechterwiderspruch herum die Arbeiter:innenklasse zu spalten, ist viel größer, im Gegensatz zu dem, was in den Reihen der werktätigen Linken mit einem patriarchalen Gedächtnis wiederholt wird, hat sie eine unvergleichlich größere Macht, die Klassenversöhnung zu organisieren, als der Feminismus. Deshalb ist der Kampf gegen das Patriarchat auch notwendig für die Klasseneinheit des Proletariats und die Entwicklung des Klassenbewusstseins.

Dieses Bündnis kann jedoch nicht nach dem Muster der von männlich dominierten revolutionären Programme geschmiedet werden, die auf plumper Gleichmacherei, „Männer und Frauen Hand in Hand“ und der Verallgemeinerung beruhen, dass der Sozialismus alle Probleme löst. Die Grenzen des Bündnisses, seine Form, die Aufteilung der Rechte und Befugnisse müssen klar und deutlich sein. Dieses Bündnis kann nicht darauf beruhen, dass einzelne Frauen als einzelne Frauen in einer allgemeinen Organisation aufgelöst werden. Die Frauen müssen in diesem Bündnis als Kollektiv, als kollektive Vertreterinnen ihres Geschlechts auftreten. Dieses Bündnis muss sich auf kollektive Strukturen stützen, die das weibliche Geschlecht

vertreten, auf die Organisationen des weiblichen Geschlechts selbst, innerhalb der kommunistischen Partei, innerhalb aller gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen und innerhalb der revolutionären Macht selbst.

Das grundlegendste Problem ist auch hier das Problem der politischen Vorherrschaft. Dieses Bündnis muss eine Antwort in den aktuellen Kämpfen und in der Aufteilung der Souveränität in der revolutionären Macht finden.

Im aktuellen Sinne müssen sich alle Unterdrückten um das unterdrückte Geschlecht Frau und LGBTI+ in geschlechtsspezifischen Problemen scharen. Dazu gehören die Organisation der Frauen in allen Massenorganisationen und der Kampf für eine gleichberechtigte Vertretung in den Führungsgremien, die Durchsetzung von Quoten- und Paritätssystemen in allen Organisationen, die Beseitigung aller Hindernisse für die unabhängige Organisation von Frauen, die Übertragung von Entscheidungsrechten in allen geschlechtsspezifischen Fragen an Frauenorganisationen, die Organisation von politischen Aktivitäten zu geschlechtsspezifischen Agenden in originären Formen und unter dem Vorbehalt des Willens der Frauen und der Kampf gegen die gesellschaftliche Männlichkeit mit allen Mitteln.

Die revolutionäre politische Macht muss hingegen so organisiert werden, dass sie die Organisation und Ermächtigung der eigenen Machtmechanis-

men des weiblichen Geschlechts in allen geschlechtsspezifischen Fragen und die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an allen anderen Fragen durch kollektive Organisationen einschließt. Die notwendigen Schritte für Veränderungen in Wirtschaft, Familie, Bildung, Kultur und in allen Bereichen können nur möglich sein, wenn die politische Souveränität so gestaltet wird, dass die Macht des unterdrückten Geschlechts gesichert ist.

Betonen wir noch einige Grundzüge der Bündnispolitik der Kommunist:innen.

Erstens: Die Hauptkraft für die Lösung des Geschlechterwiderspruchs ist das weibliche Geschlecht. Die sexistische gesellschaftliche Arbeitsteilung beruht letztlich auf der Geburtenkontrolle, der Bevölkerungskontrolle. Die Form, die dies in der imperialistischen kapitalistischen Ordnung annimmt, ist die Produktion und Kontrolle von Arbeit für das Kapital, die Produktion und Kontrolle von Soldat:innen für imperialistisch kolonialistische Kriege. Die Organisation des Familien-, Gesellschafts- und Wirtschaftslebens wird auf dieser Grundlage gestaltet. Die jahrtausendealte gesellschaftliche Mentalität, die sich auf dieser Grundlage herausgebildet hat, hat alle Entsprechungen in Traditionen und Kultur hervorgebracht und reproduziert sie ständig. Alle Formen der sexuellen Unterdrückung und Ausbeutung, auch der Heterosexismus, zielen letztlich darauf ab, diese große gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den

Geschlechtern zu erhalten. Die kapitalistische Ordnung hat ein ureigenes Interesse an all diesen Formen der sexuellen Unterdrückung und Ausbeutung, aber sie hat kein Interesse an der Auflösung von Traditionen und Kulturen, die sich über Tausende von Jahren angesammelt haben und für die es sich lohnen würde, soziale Investitionen zu tätigen, um mehr oder weniger weitreichende Veränderungen in diesen Bereichen zu erreichen. Hinzu kommt, dass mit der Verschärfung der Widersprüche die Notwendigkeit der absoluten Mehrwertausbeutung und der imperialistischen und kolonialistischen Kriege immer unausweichlicher wird, was eine ständige Reorganisation der Bevölkerungs- und Familienpolitik in einer Weise erforderlich macht, die die sexistische Politik verschärft. Das weibliche Geschlecht ist die grundlegende gesellschaftliche Kraft für die Aufhebung dieser grundlegenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und für die Lösung des Geschlechterwiderspruchs durch die Revolution. Dies gilt sowohl für die qualitative Position, die es innerhalb der sexistischen Ausbeutungsordnung einnimmt, als auch für die quantitative.

Welche Teile des weiblichen Geschlechts innerhalb der eigenen Klassendifferenzierung nicht die Qualität haben, eine fortschrittliche Position in der Frage der sexuellen Befreiung einzunehmen, welche Teile welche Rolle in diesen Kämpfen taktisch oder strategisch spielen werden, wie politische Subjekte, die diesen gesellschaftlichen Kräften entsprechen, geläutert, isoliert

oder gewonnen werden sollen, in welcher Konsequenz sich verschiedene feministische politische Kräfte sowie Kommunistinnen an diesen Kämpfen beteiligen können, wird von Land zu Land, von Region zu Region unterschiedlich sein, je nach Entwicklungsstand des Kapitalismus, der konkreten Situation der Klassen- und nationalen Widersprüche.

Zweitens ist es, wie bereits erwähnt, für die Beseitigung des Privateigentums, auf dem die sexistische Gesellschaft beruht, notwendig, ein grundlegendes Bündnis zwischen dem Proletariat und dem weiblichen Geschlecht herzustellen, und alle anderen Bündnisse werden entsprechend organisiert.

Drittens muss diese Organisation der Bündnisse die Isolierung der wichtigsten gesellschaftlichen Schlichtungskräfte beinhalten. Die Formen der männlichen Vorherrschaft in den Reihen der werktätigen Linken, in den revolutionären und antifaschistischen Bewegungen sind die wichtigsten dieser sozialen Schlichter. Zweitens der Mittelschichtsfeminismus, der der instabilste Teil des Feminismus ist, und die Bewegungen der Mittelschicht wie der postmoderne Feminismus, der auf individuellem Libertarismus und politischem Pazifismus basiert, und der Liberalismus, der auf grobem Gleichheitsdenken und Konsumentendenken beruht (einer der wichtigsten Vertreter der Politik der sexuellen Gleichberechtigung der Mittelschicht in der Türkei und in Kurdistan ist die CHP und das

grobe egalitäre säkulare Verständnis der Gleichheit zwischen Männern und Frauen, das auf Lebensstil und persönlichen Freiheiten beruht).

Viertens: Eine weitere Achse, die sich innerhalb des Geschlechterkampfes entwickelt, ist der Bereich der Geschlechtslosigkeit, der Geschlechterkampf außerhalb der binären Geschlechter. Als eine sich entwickelnde Kampflinie gegen die sexistische Gesellschaft ist die LGBTI+ Bewegung die andere Seite des unterdrückten Pols des Geschlechterwiderspruchs und die engste Verbündete des Frauenbefreiungskampfes. LGBTI+ Menschen, die den am meisten unterdrückten Pol des Geschlechterwiderspruchs darstellen, haben am meisten von der Auflösung des Geschlechterwiderspruchs und der Zerstörung der sexistischen und geschlechtsspezifischen Gesellschaft zu profitieren und sind deren brutalster Ausbeutung und Gewalt, Unterdrückung und Zwang ausgesetzt.

Es ist besonders wichtig, dieses Thema zu betonen, da mit der Entwicklung der LGBTI+ Bewegung und der Infragestellung der binären geschlechtlichen gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Position der LGBTI+ Bewegung einen größeren Platz auf der Diskussionsagenda des Frauenbefreiungskampfes einnimmt.

Eine der Fragen, die in den Debatten auftauchen, ist der Platz und die Rolle der LGBTI+ Bewegung im Kampf für sexuelle Befreiung. Da das kom-

munistische Programm den Umsturz der sexistischen, auf Geschlechtern basierenden Gesellschaft und die vollständige Abschaffung der auf Geschlechtern basierenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung anstrebt und LGBTI+ Menschen den am meisten unterdrückten Pol des Geschlechterwiderspruchs darstellen, warum ist die LGBTI+ Bewegung nicht die grundlegendste Kraft des Geschlechterwiderspruchs?

Die Tatsache, dass die LGBTI+ Bewegung der engste Verbündete der Frauenbewegung ist, schließt nicht aus, dass das grundlegende Bündnis, das für die Lösung des Geschlechterwiderspruchs durch die Revolution stattfinden muss, zwischen dem proletarischen Teil des männlichen Geschlechts und dem weiblichen Geschlecht stattfinden muss. Vor allem geht das kommunistische Programm, wie wir oben betont haben, nicht von der Form und Quantität der Unterdrückung aus. Es geht von den objektiven materiellen Verhältnissen aus. Es geht davon aus, wie die Quellen der Unterdrückung und der Unterdrückung beseitigt werden und wie welche Kraft positioniert wird und welche Rolle sie in diesem Kampf in Bezug auf ihren Platz in den wirtschaftlichen und materiellen Beziehungen spielen wird.

Ein zweites Thema der Diskussion ist die offensichtliche ideologische Hegemonie des postmodernen Subjektivismus und Idealismus innerhalb der LGBTI+ Bewegung. Zwar sind die revolutionären Bewegungen in dieser

Frage sowohl schwach als auch deutlich entpolitisiert, doch ist dies bis zu einem gewissen Grad nur natürlich. Allerdings erscheinen Individualismus und Subjektivismus an sich als der innere Charakter der LGBTI+ Bewegung. Dieser soll sich aus der Natur der Unterdrückung ergeben, was aber nicht der Fall ist. Sogar die eigene Entwicklung der LGBTI+ Bewegung und ihre eigenen Experimente zeigen, dass die Entwicklung der LGBTI+ Bewegung zu ihrer aktuellen Position tatsächlich durch eine „Konstruktion des sozialen Subjekts“ erfolgt, die die Postmodernen mit größtem Hass verurteilen, und nicht durch „Dekonstruktion“, „Atomisierung“, „Autonomie der Unterdrückung“, „Individualisierung“.

Drittens ist die LGBTI+ Bewegung weder ein Teilbereich des Frauenbefreiungskampfes noch des Feminismus, und das zu sein, nützt auch weder der Frauenbewegung noch der LGBTI+ Bewegung. Ein großer Teil der feministischen Bewegung nimmt eine defensive Position gegenüber der LGBTI+ Bewegung ein. Eine der negativsten Formen davon ist die Tendenz, die LGBTI+ Bewegung nach dem Grad der „Weiblichkeit“ zu beurteilen, zu spalten und einen bestimmten Teil von ihr zu einer internen Kraft, einer Untergruppe des Frauenbefreiungskampfes zu machen. Diese Art von Position, die LGBTI+ Bewegung zu trennen und ihre „entmännlichten“ Teile in die Frauenbewegung zu integrieren, ist eine äußerst leere intellektuelle und unpolitische Haltung. Die Tendenz,

Schwule außerhalb der LGBTI+ Bewegung und damit außerhalb des Bündnis- und Einheitsbereichs der Frauenbewegung im Rahmen der Kämpfe für sexuelle Befreiung zu definieren und, was noch schlimmer ist, trans Frauen und trans Männer vom Kampf für sexuelle Befreiung in verschiedenen Formen auszuschließen, ist von vornherein ein Produkt der oben kritisierten autonomen, system-internen Beschränktheit des Feminismus. Der Kampf für sexuelle Befreiung muss nicht feministisch sein. Er muss auch keine reine Frauenbewegung sein. Die Entwicklung der LGBTI+ Bewegung spielt eine Rolle, die das Gedächtnis der starrsten Teile der feministischen Bewegung stört, besonders in dieser Hinsicht.

Viertens hat sich unter den Bedingungen der Entwicklung der LGBTI+ Bewegung und des großen Durchbruchs des Frauenbefreiungskampfes in den letzten Jahrzehnten die Infragestellung der sexistischen Gesellschaftsordnung im Allgemeinen und des binären Geschlechtersystems im Besonderen weltweit beschleunigt, insbesondere in kapitalistischen Zentren wie Europa und den USA. Einerseits durch die Selbstregulierung der herrschenden Ideologie durch die Politik des „Pinkwashing“ und „Purplewashing“, die Manifestation einiger Effekte des Kapitals, die das Patriarchat innerhalb der widersprüchlichen Einheit von Kapital und Patriarchat untergraben, die Tatsache, dass die Postmoderne mit ihrer dominanten Wirkung auf kulturelle und ideologische Instrumente die

Geschlechterfrage auf der Tagesordnung hält, und die Möglichkeiten, die sich dem Kapital bieten, indem es eine so wertvolle Ware wie Sexualität und, wenn nötig, eine wirksame Droge auf diese Weise in den Mittelpunkt stellt, erweitern diesen Boden. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich anarchistische Haltungen, die auf der individuellen Ablehnung des binären Geschlechts beruhen, wie Nicht-Binärität und Fluidität, die über die Grenzen der LGBTI+ Bewegung hinausgehen, als sozialer Trend, ausgehend von der Jugend der relativ reichen kapitalistischen Zentren. Obwohl diese Tendenz in ihrer gegenwärtigen Form keine brauchbaren Ergebnisse hervorbringt, da sie politisch auf Anarchismus und der Veränderung des eigenen Verhältnisses zur Gesellschaft basiert und ideologisch eine geordnete Infragestellung der sexistischen Ordnung unter dem Einfluss postmoderner bürgerlicher Theorien ist, stellt sie letztlich eine der zukunftsweisenden Fragen und Tendenzen der Menschheit dar. Die Entwicklung einer Art kultureller Bewegung, die auf der Infragestellung und Ablehnung des binären Geschlechtersystems basiert, ausgehend von der aufgeklärten Jugend, hat das Potenzial, den bestehenden patriarchalen heterosexistischen Status quo in dem Maße zu erschüttern und zu beeinflussen, in dem sie Idealismus und Subjektivismus, Individualismus und Apolitismus ablehnt und auf ein revolutionäres Programm und revolutionäres Handeln trifft. Unter der ideologischen Hegemonie der Bourgeoisie führt diese Tendenz jedoch zu reak-

tionären politischen Ergebnissen wie der Ablehnung des Frauenbefreiungskampfes und der Kategorie der Frau, der Ablehnung der Definition der Frau als soziales Subjekt und der direkten Konfrontation mit den feministischen Bewegungen, anstatt einen fortschrittlichen anti-heterosexistischen Druck gegen den Frauenbefreiungskampf und den Feminismus aufzubauen. Solche Phänomene öffnen den Raum für ein Konkurrenzverhältnis zwischen der feministischen Bewegung und der LGBTI+ Bewegung im Besonderen und zwischen der Frauenbefreiungsbewegung und der LGBTI+ Bewegung im Allgemeinen.

Da die kommunistische Frauenbewegung den Kampf um den Geschlechterwiderspruch nicht als Sektionskämpfe des weiblichen Geschlechts versteht, behandelt sie die LGBTI+ Bewegung als eine der direkten Komponenten des Geschlechterwiderspruchs. Auf dieser Grundlage bestimmt sie ihren Bündnisansatz.

## **Die Rolle des Geschlechterwiderspruchs in der politischen Mobilisierung gegen das faschistische Chefregime**

Unter den Bedingungen des faschistischen Chefregimes<sup>2</sup> verschärft sich der Geschlechterwiderspruch zu einer der Hauptachsen der politischen Polarisierung. Der Befreiungskampf

2 | Charakterisierung der aktuellen politischen Herrschaft in der Türkei durch die Autorin des Textes.

der Frauen entwickelt sich als Teil des Kampfes der Arbeiter:innenklasse, der Werktätigen, des kurdischen Volkes, der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten gegen das faschistische Regime. Der effektive Widerstand des Frauenbefreiungskampfes gegen die Angriffe des faschistischen Regimes und seine verschiedenen Errungenschaften geben der Arbeiter:innenklasse und den Unterdrückten eine große Moral. Diese Errungenschaften werden massiv unterstützt. Diese Situation ist ein wichtiger Indikator für die Macht des Geschlechterwiderspruchs, der nicht nur die Frauen, sondern auch die breiten Massen, die sich dem Faschismus widersetzen wollen, läutert.

Die männliche Rückschrittlichkeit nimmt einen wichtigen Platz unter den sozialen Grundlagen des faschistischen Chefregimes ein. Die männliche Herrschaft unter der Führung des faschistischen Chefregimes versucht, die soziale Spaltung in Richtung einer männlich-weiblich Spaltung zu vertiefen, die das Niveau eines Krieges zwischen den Geschlechtern erreicht, was insbesondere die Eskalation der Gewalt von Männern aus den unterdrückten Klassen gegen Frauen aus den unterdrückten Klassen beinhaltet. Es ist notwendig, diese Gleichung zu durchbrechen. Das faschistische Chefregime versucht auch, die soziale Spaltung als politische Spaltung zwischen Frauen und Frauen zu vertiefen. Es versucht, die Entfremdung zwischen „akzeptablen“, „ehrenhaften“ Hausklavinnen und „freien Frauen“,

insbesondere Frauen, die im Frauenbefreiungskampf aktiv sind, Arbeiterinnen, Intellektuelle, Frauen, die sich von der Hausklaverei ein Stück weit unabhängig gemacht haben, zu organisieren und zu vertiefen. Auch diese Gleichsetzung muss durchbrochen werden.

Um die Frontenverschärfung zwischen Frauen und Frauen, Frauen und unterdrückten Männern zu stören, um die sozial versöhnlerischen Kräfte zu isolieren, die das weibliche Geschlecht und die unterdrückten Männer gegenüber dem Patriarchat unterstützen, sowie die grobe egalitäre, säkularistische, individualistische und marktwirtschaftliche Geschlechterpolitik, die heute ihren prominentesten Ausdruck in der CHP findet, zu isolieren und die Kluft zwischen dem faschistischen Chefregime und den Frauen und den Unterdrückten zu vertiefen, ist es notwendig, die Achse des Geschlechterwiderspruchs als eine der Hauptachsen des Kampfes gegen das faschistische Chefregime, des antifaschistischen Kampfes zu nehmen.

Die wichtigste Dimension dieser Ausrichtung ist natürlich die Mobilisierung der breiten Masse der Frauen, die unter den verschiedenen Arten von Angriffen des faschistischen Regimes, der männlichen Vorherrschaft und einzelner Mitglieder des männlichen Geschlechts, ihren wirtschaftlichen Folgen, der männlichen Gewalt, der häuslichen Sklaverei und der doppelten Ausbeutung leiden.

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die allgemein mobilisierten, kämpfenden sozialen Schichten, die antifaschistischen Massen, die Alevit:innen, die Arbeiter:innen, die Jugendlichen, die werktätigen Beamten:innen, die Armen aus den Vierteln usw. aktiver werden, sich stärker im geschlechterorientierten politischen Kampf mobilisieren. Wir haben gesagt, dass das Bündnis zwischen dem weiblichen Geschlecht und dem Proletariat, insbesondere der männlichen Hälfte des Proletariats, ein strategisches Bündnis für die Zerstörung des Patriarchats ist. Aber handelt es sich dabei neben der Förderung des politischen Handelns von Frauen in verschiedenen sozialen Fragen auch um ein taktisches Bündnis im Hinblick auf die Ausrichtung der Männer in der Geschlechterfrage? Wo kommt das taktische Bündnis zum Tragen und kann es eine Auswirkung auf die Geschlechterfrage haben?

Mit anderen Worten: Welche Position vertritt der proletarische Mann derzeit in der Geschlechterfrage? Welche Rolle spielt der Geschlechterwiderspruch in seiner taktischen Position? Wie manifestiert er sich in den taktischen Kämpfen, die darauf abzielen, die geschlechtsspezifischen Angriffe des faschistischen Chefregimes abzuwehren?

Kurzum, wie wird die männliche Hälfte des Proletariats der Frauenbewegung, dem weiblichen Geschlecht, beweisen, dass sie eine taktisch wertvolle Bündniskraft ist? Wie wird sie ihre „Reife“

beweisen? Denn man muss zugeben, dass sie seit vielen Jahren keine aussagekräftigen praktischen Fakten vorweisen kann. Kommunist:innen und vor allem kommunistische Männer haben in dieser Hinsicht keine sinnvolle, erfolgreiche Praxis, keine erfolgreiche Führung gezeigt.

Die Situation ist offensichtlich. Es gibt keine Frauenorganisation, keine Quote, keine gleichberechtigte Vertretung in den Gewerkschaften. Es gibt keinen sinnvollen Kampf in dieser Frage. Eine der beschämendsten Haltungen in dieser Frage kam nicht von den nicht organisierten Arbeiter:innen, sondern aus den Reihen der werktätigen Linken, von der EMEP<sup>3</sup> mit ihrer reaktionären Haltung zur Frauenorganisation in Egitim-Sen<sup>4</sup>. Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich nicht bemüht, den Frauenstreik zu organisieren und zu unterstützen.

In der Beziehung zu den Kämpfen der Arbeiterinnen hat es keine besondere Solidarität gegeben, keine Infragestellung der Männlichkeit, keine besondere Praxis der Solidarität von Männern mit Frauen, die über den Durchschnitt hinausgeht.

Bei den wichtigsten Themen, die in den letzten Jahrzehnten auf der Tagesordnung der Frauenbewegung standen, insbesondere bei der Gewalt gegen Frauen, hat sich die praktische Solidarität auf einem sehr

3 | EMEP ist die Abkürzung für die linke Emek Partisi (Partei der Arbeit).

4 | Egitim-Sen ist die Abkürzung für Egitim ve Bilim Emekçileri Sendikası (Gewerkschaft für Bildung und Bildungswerktätige).

begrenzten, rückständigen Niveau entwickelt. Die beiden Themen, die sich in der Praxis leicht überdurchschnittlich entwickelt haben, sind die soziale Reaktion auf den Mord an Özgecan Aslan<sup>5</sup> und die Außerkraftsetzung der Istanbul Konvention, wobei man sagen muss, dass die politische Haltung zu letzterem ebenfalls äußerst begrenzt ist. Die allgemeine Perspektive der Arbeiter:innenbewegung ist immer noch sehr männlich. Das lässt sich vor allem an ihren Vertretern in den Gewerkschaften und im Widerstand ablesen.

Von den klassenkämpferischen Gewerkschaften ist bisher keine sinnvolle Intervention gegen diese Situation ausgegangen. Die Männerherrschaft ist nicht zu einem wichtigen Thema des Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie geworden. Kurz gesagt, der größte Beitrag des männlichen Proletariats zur Frauenbewegung besteht derzeit darin, dass es sie nicht „überschattet“.

Kommen wir auf die gleiche Frage zurück: Wie kann die männliche Hälfte des Proletariats dem weiblichen Geschlecht beweisen, dass sie dieses Bündnisses würdig ist?

Betrachten wir den zweiten Teil der Frage. Die Frauenbewegung gibt sich in der Tat hauptsächlich mit dem Zustand des männlichen Proletariats zufrieden. Subjektiv kritisiert sie, reagiert, ist vielleicht sogar „verärgert“,

5 | Özgecan Aslan war eine Studentin, die am 11. Februar 2015 in einem Kleinbus in Mersin, Türkei, ermordet wurde, als sie sich einer versuchten Vergewaltigung widersetzte. Ihre verbrannte Leiche wurde am 13. Februar entdeckt.

aber diese Unzufriedenheit nimmt keine praktische Form an. Man kann sagen, dass die Frauenbewegung es für ausreichend hält, dass die praktische Position der Männer als „Neutralität“ gestaltet wird, und nicht will, dass sie darüber hinausgeht. In dieser Hinsicht müssen wir erkennen, dass die Frauenbewegung sich in einem Status-quo-Kompromiss befindet, sogar gegen weitere politische Aktionen, was kein guter Kompromiss ist.

Die Frauenbewegung tut sich schwer damit, innerhalb des Geschlechterkampfes einen Raum für Schwule, trans Männer und sogar trans Frauen zu öffnen, geschweige denn für das männliche Proletariat, das die direkten Adressaten des Geschlechterwiderstands sind.

Dieser politische Kompromiss, diese Vereinbarung der „Neutralität“ führt nicht zu einer sozialen „Neutralisierung“, sondern zu einer Beschränkung des Kampfes gegen die soziale Männlichkeit auf den allgemeinen politischen Einfluss der Frauenbewegung. Die Frauenbewegung stört die Bequemlichkeit der Männer aus den unterdrückten Klassen nicht wirklich. Der Adressat ihrer Aktionen ist im Wesentlichen der Männerstaat. Sie kämpft nicht gegen die männliche Reaktion, gegen einzelne Männer, von denen bekannt ist, dass sie für Verbrechen gegen Frauen verantwortlich sind, mit direkten Mitteln, Gruppen- oder Massengewalt. In der Sphäre des direkten Kontakts und der Intervention befinden sich nur Männer, die auf der einen

oder anderen Ebene in politischen oder demokratischen Organisationen organisiert sind. Diese Art von „Neutralität“ „neutralisiert“ im Wesentlichen die politischen Männer, jenen Teil des männlichen Geschlechts, der sich in anderen Kämpfen gegen das faschistische Chefregime, gegen die fortschrittlichsten Vertreter des Patriarchats engagiert, verhindert dessen männerdominierte Eingriffe, eröffnet Raum für eigene Aktionen, trägt aber dadurch nicht wesentlich zur „Neutralisierung“ der Männer außerhalb dieses Bereichs bei.

Männer in der Gesellschaft werden in dem Maße „neutralisiert“, wie sie von den allgemeinen Errungenschaften der Frauenbewegung ideologisch oder politisch beeinflusst werden. In dem Maße, in dem abschreckende Maßnahmen entwickelt werden, unterlassen sie es, ihre männerdominierten Aktionen bis hin zur Gewalt auszuführen und so weiter.

Aber seien wir ehrlich: Feministinnen sind nicht in den Arbeitervierteln organisiert. Sie sind nicht in den Fabriken organisiert. In Kurdistan sind sie überhaupt nicht organisiert. Es ist eine Tatsache, dass die kommunistische Bewegung auch in diesen Gebieten an Kraft verliert. Die Situation in der Kolonie, in Nordkurdistan, ist zum Teil anders, wegen des nationalen demokratischen Kampfes und der kurdischen Frauenbewegung. Kurz gesagt, solange dieser soziale Wandel nicht in politischen Bündnissen verankert ist und solange er nicht systematisch er-

folgt, greift er nur über zwei Kanäle in das ideologische Feld der männlichen Vorherrschaft ein: Zum einen hat sie in den von ihr berührten Bereichen einen Wandel bewirkt, d. h. vor allem in der kleinbürgerlichen Intelligenz und nur durch die „Bewusstseinsbildung“ der Frauen, in ihren Beziehungen zu den Männern, insbesondere in ihren familiären und intimen Beziehungen, Stellung zu beziehen; zum anderen sind es die Auswirkungen ihrer politischen Erfolge.

Kurz gesagt, es ist ein dringendes Bedürfnis sowohl der Frauenbewegung als auch des antifaschistischen Kampfes im Allgemeinen, ausgehend von den antifaschistischen und kämpferischen Sektoren, die Reihen um den Geschlechterwiderspruch und das Feld der politischen Aktion zu erweitern. Es ist notwendig, eine breitere gesellschaftliche Kraft zu mobilisieren, ausgehend von den Strukturen der werktätigen Linken, den Gewerkschaften, den Berufskammern und den demokratischen Massenorganisationen. Dies muss von einer Bewegung zur Konfrontation der gesellschaftlichen Männlichkeit mit dem sozialen Verfall begleitet werden, so wie die Konfrontation mit dem Chauvinismus durch die Arbeiter:innen und Werktätigen der herrschenden türkischen Nation, so wie die Praxis der Konfrontation mit dem armenischen Völkermord, so wie die verschiedenen Arten von Konfrontationspraktiken, die sich angesichts von Hassverbrechen entwickelt haben. Hier ist es notwendig, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie

die Aufgabe, die unterdrückten Männer zu führen, erreicht werden kann. Das Subjekt des Frauenbefreiungskampfes sind zweifelsohne die Frauen. Das Subjekt der Konfrontation mit der Männlichkeit ist jedoch aufgrund der Definition und der Natur der Aktion der Mann. Frauen können in diesem Kampf Führerinnen und Anführerinnen sein. Sie können ihn anführen. Der Akt der Konfrontation muss jedoch von den Männern ausgehen. Das gilt sowohl in den Reihen der kommunistischen Avantgarde als auch in der Gesellschaft.

Dabei geht es nicht nur um die ideologische Umgestaltung der Menschen. Es geht nicht darum, eine Gruppe von aufgeklärten Menschen zu schaffen. Dafür kann nur ein Teil der Energie aufgewendet werden. Der Kampf um die ideologische Umgestaltung ist notwendig und wesentlich. Er ist eine notwendige Voraussetzung für die Mobilisierung der politischen Kräfte. Außerdem ist es notwendig, Kader für diesen Wandel zu schaffen, Männer, die diesen Wandel innerhalb des männlichen Geschlechts anführen werden. Es ist auch notwendig, die Hindernisse, die dem Handeln der Frauen im Wege stehen, abzubauen. Die kommunistische Vorhut ist jedoch keine bewusstseinsbildende Bewegung. Weder für die Frauen noch für die Männer.

Das Hauptproblem besteht darin, die politische Ausrichtung zu lenken. Die politische Ausrichtung auf den Geschlechterwiderspruch in Form eines

Geschlechterkrieges zwischen dem unterdrückten weiblichen Geschlecht und dem herrschenden männlichen Geschlecht zu organisieren, der bis hin zu Massakern gegen das weibliche Geschlecht geht, um das weibliche Geschlecht zu unterjochen und den Freiheitskampf um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Angesichts des faschistischen Chefregimes, das versucht, die männliche Herrschaft aus der Krise zu führen, muss man versuchen, diese Läuterung in Form der Läuterung der Arbeiter:innenklasse und der Unterdrückten gegen den Faschismus unter der Führung des weiblichen Geschlechts voranzutreiben und zu versuchen, den reaktionären Kompromiss zu brechen, den die proletarischen und unterdrückten Männer mit den herrschenden Klassen um ihrer Geschlechterprivilegien willen geschlossen haben. Genauso wie der Versuch, den reaktionären Klassenkompromiss mit dem Kolonialfaschismus auf chauvinistischer Grundlage um der Privilegien der herrschenden Nation willen zu brechen.

### **Krise der männlichen Souveränität und faschistische politisch-islamische Restauration**

Die Einheit von Kapital und Patriarchat ist eine widersprüchliche Einheit. An der Wurzel des Widerspruchs liegt der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten

Charakter des Eigentums. Während die Vergesellschaftung der Produktion unweigerlich die Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben (als Produzentinnen, Konsumentinnen und Waren) erzwingt, zieht der private Charakter des Eigentums sie unweigerlich aus dem gesellschaftlichen Leben heraus und in die Enge des Hauses. Die revolutionäre Lösung dieses Widerspruchs besteht in der vollständigen Vergesellschaftung der Frauenarbeit, einschließlich der Hausarbeit selbst.

International gerät das Patriarchat immer mehr in eine Krise, die durch diese widersprüchliche Einheit bedingt ist und durch die Verschärfung des Widerspruchs unter den Bedingungen der imperialistischen Globalisierung noch vertieft wird. Eine dauerhafte Lösung dieses Widerspruchs ist für das Kapital nicht möglich, da er mit seiner Existenzform kollidiert. Die verschiedenen Zugeständnisse, die gegenüber den Forderungen der Frauen gemacht wurden, ebnen den Weg für die Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben, wodurch das Patriarchat untergraben und der Kampf für die Befreiung der Frauen gestärkt wird. Die Beteiligung der Frauen an der gesellschaftlichen Produktion als billige Arbeitskräfte untergräbt die häusliche Sklaverei und schwächt die bürgerliche Familie. Die Schwächung der Familie schränkt die Möglichkeiten ein, die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital durch die Ausbeutung der Hausarbeit zu glätten, und schwächt die ideologische Hegemonie der Bour-

geoisie. Die Bemühungen zur Stärkung der Familie verengen die Quellen billiger Arbeitskräfte für die Kapitalist:innen.

Darüber hinaus haben sich alle Widersprüche des Kapitalismus so verschärft, dass er seine Krisen nicht durch weitreichende wirtschaftliche Zugeständnisse bewältigen kann.

Der Kapitalismus versucht, die Krise auf folgende Weise zu bewältigen: die Eindämmung der sich entwickelnden Frauenbefreiungskämpfe in überschaubaren Grenzen durch Gewalt oder ihre Zähmung durch ideologische Einkreisung; die Verschmelzung von Maßnahmen zur Stärkung der bürgerlichen Familie für die arbeitenden und werktätigen Massen und die Armen mit der Öffnung von Räumen für bürgerliche Familienformen als Alternative zur klassischen Familie für die Mittelschichten; die Rentabilisierung männlicher Sexualität und Gewalt durch deren Kanalisierung in die Unterhaltungs- und Sexindustrie; die Ausweitung der Sphäre der häuslichen Produktion und ihre Einbindung in globale Produktionsketten; die zunehmende Kommodifizierung häuslicher Arbeitsräume in einer Weise, die die häuslich-familiäre Organisation stärkt, aber den Geschlechterwiderspruch aufweicht; die Vertiefung der Läuterung innerhalb des weiblichen Geschlechts und die Festigung der bürgerlichen ideologischen Hegemonie durch die Schaffung einer Art „Geschlechteraristokratie“ aus Frauen der Mittelschicht usw.

Aus vielen Gründen sind die Türkei und Kurdistan einer der Orte, an denen sich die Krise der männlichen Vorherrschaft in Verbindung mit anderen sozialen Problemen am heftigsten manifestiert. Einerseits haben die weitere Vergesellschaftung der weiblichen Arbeitskraft und ihre Öffnung für die direkte Ausbeutung des Kapitals mit der beschleunigten Entwicklung des Kapitalismus, andererseits die bedeutenden Errungenschaften der Frauenbewegung Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre einerseits und die revolutionären Ergebnisse der Entwicklung der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung und der kurdischen Frauenbewegung in Kurdistan andererseits diese Krise der männlichen Vorherrschaft in einer Weise bedingt, die schwerwiegende Folgen für die bürgerliche Familien- und Sozialstruktur sowie für die Wechselwirkung zwischen dem antifaschistischen Massenkampf und dem Geschlechterwiderspruch hat. Die Eskalation der Gewalt gegen Frauen ist einer der Indikatoren dafür.

Das faschistische Chefregime versucht, auch die Krise des Patriarchats mit der politisch-islamischen Restauration zu beheben. Auf dieser Grundlage versucht es einerseits, einen Geschlechterkrieg zu organisieren, wie wir oben zusammengefasst haben, und andererseits einen „Geschlechterfrieden“, eine Versöhnung der Geschlechter auf der Grundlage des Ideals „akzeptable weibliche Sklavin - akzeptabler männlicher Herr“ zu organisieren. Zusätzlich zu den Verän-

derungen, die sie in der Struktur der Familie und der Gesellschaft vorsieht und die durch gesetzliche Regelungen unterstützt werden, tendiert sie auch dazu, die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Plans mit ihren Bemühungen in Richtung einer Politik der Heimarbeit mit verschiedenen Formen der Heimarbeit und der Entlohnung von Betreuungsarbeit und einer Politik der Heimarbeit zu gestalten.

Insgesamt ist diese Politik eine der wichtigsten Säulen des Ziels, das faschistische Chefregime zu stabilisieren. Aufgrund des hervorgehobenen Umfangs und des strategischen Charakters des Ausmaßes und der Ziele des Angriffs besteht eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Periode darin, die Bündnisse des Frauenbefreiungskampfes zu erweitern und sicherzustellen, dass er in den taktischen Kämpfen eine ernsthafte Präsenz hat. Alle Ansprechpartner:innen des Geschlechterwiderspruchs müssen das Problem mit dieser Ernsthaftigkeit angehen.

## Bildquellenverzeichnis

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, Bild 183-18594-0045 / CC-BY-SA 3.0 DE ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-18594-0045\\_Berlin\\_Novemberrevolution.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-18594-0045_Berlin_Novemberrevolution.jpg)), „Bundesarchiv Bild 183-18594-0045, Berlin, Novemberrevolution“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, Bild 119-1983-0021 / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_119-1983-0021\\_Kapp-Putsch\\_Berlin.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_119-1983-0021_Kapp-Putsch_Berlin.jpg)), „Bundesarchiv Bild 119-1983-0021, Kapp-Putsch, Berlin“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, Bild 183-H28422 / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-H28422\\_Reichskabinett\\_Adolf\\_Hitler.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-H28422_Reichskabinett_Adolf_Hitler.jpg)), „Bundesarchiv Bild 183-H28422, Reichskabinett Adolf Hitler“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, Bild 146-1982-004-13A / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_146-1982-004-13A\\_Aufmarsch\\_am\\_Abend\\_der\\_Machtergreifung\\_Hitlers.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1982-004-13A_Aufmarsch_am_Abend_der_Machtergreifung_Hitlers.jpg)), „Bundesarchiv Bild 146-1982-004-13A, Aufmarsch am Abend der Machtergreifung Hitlers“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Mil.Ru ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Soviet\\_troops\\_and\\_T-34\\_tanks\\_counterattacking\\_Kursk\\_Voronezh\\_Front\\_July\\_1943.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Soviet_troops_and_T-34_tanks_counterattacking_Kursk_Voronezh_Front_July_1943.jpg)), Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004 / Katherine Young / CC BY-SA 3.0 DE ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F078072-0004\\_Konrad\\_Adenauer.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F078072-0004_Konrad_Adenauer.jpg)), „Bundesarchiv B 145 Bild-F078072-0004, Konrad Adenauer“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: CDU ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KAS-Kohl\\_Helmut-Bild-14701-1.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KAS-Kohl_Helmut-Bild-14701-1.jpg)), „KAS-Kohl, Helmut-Bild-14701-1“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Bundesarchiv, B 145 Bild-F057026-0021 / Engelbert Reineke / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F057026-0021\\_Bonn\\_Pflanzung\\_von\\_Kanzler-Gedächtnisbäumen.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F057026-0021_Bonn_Pflanzung_von_Kanzler-Gedächtnisbäumen.jpg)), „Bundesarchiv B 145 Bild-F057026-0021, Bonn, Pflanzung von Kanzler-Gedächtnisbäumen“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Besuch\\_Bundeskanzlerin\\_Angela\\_Merkel\\_im\\_Rathaus\\_Köln-09916\\_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Besuch_Bundeskanzlerin_Angela_Merkel_im_Rathaus_Köln-09916_(cropped).jpg)), Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Noir (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlinermauer.jpg>), „Berlinermauer“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 1, Seite 8/9: Lear 21 at English Wikipedia ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:West\\_and\\_East\\_Germans\\_at\\_the\\_Brandenburg\\_Gate\\_in\\_1989.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:West_and_East_Germans_at_the_Brandenburg_Gate_in_1989.jpg)), „West and East Germans at the Brandenburg Gate in 1989“, Collage von Roter Stern Verlag, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

*Aus der Klasse für die Klasse!*

# KLASSENBILDUNG

Wir wollen uns und unser Projekt Klassenbildung hier kurz vorstellen. Wir sind ein revolutionäres Kollektiv von Kommunist:innen, welche alltäglich in unseren Stadtvierteln, Betrieben, Schulen und Universitäten versuchen Menschen zusammen zu bringen.

Bei unserer politischen Massenarbeit mit Menschen aus der Arbeiter:innenklasse ist uns aufgefallen, dass es quasi keine „populären“ Informationen und Bildungsmaterialien gibt, die einfach und verständlich eine revolutionäre Perspektive aufzeigen.

**Dies wollen wir mit diesem Projekt ändern.**

Wir produzieren Videos und Podcasts. Wir veröffentlichen und erstellen revolutionäre Kunst und Kultur. In mehreren Städten in Deutschland veranstalten wir Lesekreise. Mit diesem Magazin und weiteren Texten leisten wir einen Beitrag zur Bildungs- und Theoriearbeit innerhalb der revolutionären Bewegung.

Wir stehen mit unserem Projekt dennoch gerade erst am Anfang. Helft uns Klassenbildung so schnell wie möglich bekannt zu machen, teilt und liked unsere Social Media Kanäle und empfiehlt uns bei euren Genoss:innen, Kolleg:innen, Freund:innen und Nachbar:innen. Gebt uns Rückmeldung wie euch unsere Inhalte und Formate gefallen

Wenn ihr uns finanziell unterstützen wollt, spendet an den *Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung e.V.*  
Mehr Infos auf [www.klassenbildung.net/spenden](http://www.klassenbildung.net/spenden)

Ihr findet uns hier:



In dieser Ausgabe analysieren wir im Text „Die Entwicklung des deutschen Imperialismus“ die aktuelle Lage Deutschlands als kapitalistische Großmacht und diskutieren mögliche Entwicklungsszenarien für die nächsten Jahre. Wir untersuchen diese und andere Fragen aufbauend auf einer Darstellung der bisherigen historischen Entwicklung Deutschlands als Großmacht – und widmen uns der Frage, wie die kommunistische und politische Widerstandsbewegung auf die neuen Großmachtpläne der BRD reagieren sollte.

Im zweiten Text beschäftigen wir uns mit der Rolle der DGB-Gewerkschaften. Wir legen historisch und anhand der konkreten Ausgestaltung des DGB dar, wie dieser heute ein integraler Bestandteil des deutschen Imperialismus und eines seiner wichtigsten Instrumente zur Integration kämpferischer Arbeiter:innen und politischer Aktivist:innen ist. Unter welchen Umständen es ratsam ist in seinen Strukturen zu arbeiten und welche Strategie wir ansonsten für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für richtig halten, legen wir in diesem Artikel dar.

Es ist ein Phänomen der letzten Jahre, dass politische Kräfte linke Themen mit Nationalismus vermischen oder sich Strömungen der politischen Widerstandsbewegung in kürzester Zeit weit nach rechts entwickeln. Diesem Thema widmen wir uns in unserem dritten Artikel. Darin untersuchen wir ebenfalls, wie rechte Bewegungen heute gezielt versuchen, „linke Themen“ aufzugreifen und „Querfronten“ zu initiieren. Was davon zu halten ist, dürfte vielen bereits klar sein – was wir als Kommunist:innen konkret für eine Arbeit dazu entwickeln sollten, diskutieren wir im letzten Abschnitt des Textes.

Auch in dieser Ausgabe haben wir einen Gastbeitrag, diesmal eine Übersetzung aus dem türkischsprachigen marxistischen Theorieorgan „Marxist Teori“. Thema des Artikels ist „Die Strategie der Frauenrevolution und die Frage des Bündnisses mit dem proletarischen Mann“. Darin geht es unter anderem um männlich dominierte revolutionäre Programme, das Verhältnis von Feminismus und Antikapitalismus und die „Krise der männlichen Souveränität“, die am Beispiel der politischen Situation in der Türkei und Kurdistan diskutiert wird.

---

Ein Magazin von:

*Aus der Klasse für die Klasse!*  
**KLASSENBILDUNG**

[www.klassenbildung.net](http://www.klassenbildung.net)

